

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

Agrarpolitische Tage 1988

Der freie Bauer - gibt es ihn ?

38

April 1988 / 8. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:

- Heft 30 „Mythos — cogito, ergo...“
- Heft 31 „Menschenrechte“
- Heft 32 „Wirtschaft und Unternehmer“
- Heft 33 „Wohin sind wir beraten?“
- Heft 34 „Recht und Politik“
- Heft 35 „Gesundheit und Politik“
- Heft 36 „Kirche und Politik“
- Heft 37 „Die politische Kultur in Österreich“

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark

Medieninhaber: ÖVP Steiermark

Ständige Redaktion:

Herwig Hösele, Ludwig Kapfer, Dr. Manfred Prisching

Hersteller: Klampfer OHG., 8160 Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich:

Helmut Wolf

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus

Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

- Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER
- Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK
- Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER
- Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY
- Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL
- Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER
- Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK
- Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN
- Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER
- Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER
- Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER
- Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE
- Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER
- Univ.-Doz. Dr. Wolfgang ZACH

Inhalt:

Editorial	1
Josef Krainer Agrarpolitische Tage 1988	2
Theodor Piffl-Perčević Kudlich — Raiffeisen — Rosegger — Ihr Wirken für den Bauernstand	5
Günther Burkert Der Weg zum freien Bauerntum in Österreich	8
Heinrich Orsini-Rosenberg Der europäische Bauer zwischen eigenen und fremden Zwängen	12
Ulrich Schmotzer Vom grünen Dirigismus zur Staatswirtschaft	17
Meinungen der Teilnehmer	22
Hans Schiffmann Freiheit ohne Grenzen?	26
Abhängigkeit durch Partnerschaft?	32
Waltraud Klasnic Abhängigkeit und Unabhängigkeit von morgen	34
Karl Totter Das steirische Rapsprojekt	38
Adolf Kastner Waldviertler Initiativen	40
Martin Gasteiger Die Löcher im Topf konsequent gestopft	42
Helmut Weinhandl Das Modell Hafendorf	44
Bischof Johann Weber Freiheit und Verantwortung	46
Josef Riegler Freiheit durch (Markt)ordnung	48
Fred Strohmeier Bauernfreiheit — Dichterfreiheit — Narrenfreiheit	54
Heimo Widmann Europa heißt auch Osteuropa	56
satiricum	58
Chronik	59
Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes: „politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.	

EDITORIAL

Wie frei ist heute der Bauer? Wenn man sich in der Bauernschaft herumhört, dann kommen einem Zweifel darüber auf, daß er wirklich noch frei ist. Es wird Klage darüber geführt, daß der Staat immer mehr reglementiert, daß der Markt diktiert, was und wieviel erzeugt werden darf, daß man schließlich auch von den Betriebsmitteln abhängig ist. Vom freien, unabhängigen Bauernstand könne also keine Rede mehr sein, wird gesagt.

Ich weiß schon, daß manches etwas überspitzt formuliert wird, und ich kenne die Situation ja aus eigenem Erleben — gerade deshalb kann ich sagen: Ich verstehe die Leute schon, die die Bauernfreiheit in gewisser Weise bedroht sehen. Ich glaube, für viele ist diese Frage sogar schon zu einem brennenden Problem geworden, und daher haben wir uns vom Bauernbund aus auch dazu entschlossen, die diesjährigen Agrarpolitischen Tage unter das Generalthema zu stellen: „Der freie Bauer — gibt es ihn?“

Ich halte es für ganz wesentlich, daß wir in dieser Tagung auch eine historische Rückschau halten. Bekanntlich ist es in Österreich heuer vor 140 Jahren zur sogenannten Bauernbefreiung gekommen. Im Juli 1848 hat der junge Schlesier Hans Kudlich in der Nationalversammlung den Antrag eingebracht, das Untertänigkeitsverhältnis samt allen daraus entspringenden Rechten und Pflichten aufzuheben.

Nach tausendjähriger Hörigkeit ist dann im folgenden September die Untertänigkeit des Bauern beendet worden. Wir müssen uns aber auch in Erinnerung rufen, was danach in dieser verhältnismäßig kurzen Zeitspanne alles geschehen ist. Wir sehen, daß der plötzlich freie Bauer rasch hat erkennen müssen, daß er für sich allein den wirtschaftlichen Wettkampf nicht bestehen kann. Wir wissen auch, daß allein in der Steiermark Tausende und aber Tausende von bäuerlichen Existenzen zugrunde gegangen sind. In Roseggers „Jakob der Letzte“ wird das mit erschütternder Tragik geschildert.

Raiffeisens Idee der Selbsthilfe hat in unser Land kommen müssen. Und die Bauern haben sich auch politisch zusammenschließen müssen. So ist in dieser Zeit ja auch unser Steirischer Bauernbund entstanden.

Was ich damit sagen will: Jedes Zusammenschließen schafft ein bißchen Abhängigkeit, führt zu ein bißchen Unfreiheit — gleichsam im Gegenzug wird der einzelne für sich aber gestärkt, bekommt er mehr wirtschaftliche Sicherheit.

Ich bin davon überzeugt, daß diese Erfahrung, die unsere Bauern im vorigen Jahrhundert haben machen müssen, gera-

de heute auf gar keinen Fall vergessen werden darf!

Aus der Entwicklung in diesem Jahrhundert möchte ich nur einen Punkt herausgreifen: das ist die Technisierung der Landwirtschaft. Haben wir nicht geglaubt, daß der Bauer dadurch noch unabhängiger, noch freier wird? Er ist nicht mehr auf fremdes Personal angewiesen, trotzdem kann er die Arbeit noch flotter machen, und er bringt's zu einer viel höheren Leistung.

Aber wir wissen längst, daß wir uns damit eine neue Abhängigkeit geschaffen haben — vor allem sind wir abhängig geworden vom Geld, das uns die Maschinen kosten. Vom oft sinnlosen Wett-eifern um den größeren und moderneren Traktor will ich in dem Zusammenhang gar nicht reden; das soll's halt auch gegeben haben, und das war eine ganz spezielle Form der sich selbst auferlegten Unfreiheit.

Aber ich möchte deshalb doch darauf hingewiesen haben, weil wir uns in manchen Bereichen selber ehrlich fragen müssen: Wo haben wir uns selber Zwänge, Abhängigkeiten und Unfreiheiten geschaffen? Wo wäre es gescheiter, man würde auf einiges verzichten und hätte dafür mehr Freiheit? Ich weiß schon, es hört sich allweil besser an, wenn man auf andere losgeht, die einem Grenzen auferlegen. Nur ist das halt das Grundelement der bäuerlichen Selbständigkeit, daß man nicht nur im Betrieb anschaft — und dann die Arbeit auch selber macht —, sondern daß man auch über seinen Lebensstil auf dem Hof und in der Familie entscheiden kann. Ich weiß nicht, ob ein großer Berufsstand dieses Ideal überhaupt jemals erreichen kann: ganz sein eigener Herr zu sein und zugleich auch

totale soziale und wirtschaftliche Absicherung zu haben.

Wenn wir's genau betrachten, hat der Bauer die älteste Abhängigkeit und zugleich die älteste Sicherheit: er ist abhängig vom Boden und vom Wetter, und der Boden ist für ihn auch ursprüngliche und verlässlichste existentielle Absicherung.

Schließlich muß uns auch klar sein, daß die moderne Landwirtschaft ohne gesetzliche Maßnahmen und bestimmte marktleitende Instrumente nicht auskommt. Und diese werden halt oft so empfunden, daß sie die Bauernfreiheit einengt. Aber auch hier müssen wir uns fragen: Wollen wir mehr Freiheit und weniger Sicherheit oder umgekehrt? Oder gibt's doch noch Wege, wie wir uns beides in einer optimalen Weise sichern könnten?

Wie soll die Bauernbefreiung gegen Ende des 20. Jahrhunderts, die gelegentlich gefordert wird, ausschauen? Soll ein Kudlich politisch gegen eine neue Untertänigkeit auftreten oder muß der Bauer von sich aus etwas tun?

Das alles sind Fragen, die ich an den Beginn dieser Tagung stelle. Wir haben dazu internationale Fachleute und Experten aus unseren Bereichen eingeladen. Sie werden versuchen, Antworten darauf zu geben. Ich bin nicht so vermessen, zu glauben, daß wir jetzt nach drei Tagen genau wissen, was wir jetzt zu machen haben. Aber diese Tagung ist unsere Zukunftswerkstätte. So wie in den vergangenen Jahren werden auch von dieser Impulse ausgehen, welche die notwendigen Leitbilder für uns mitprägen. Das wird aber nur möglich sein, wenn Sie in diesen Tagen rege mitdiskutieren und mitarbeiten. Dazu lade ich Sie herzlich ein und darum bitte ich Sie.



AGRARPOLITISCHE TAGE 1988

Es ist mir eine außerordentliche Freude, Eurer Einladung gefolgt zu sein und heuer die Eröffnung der Agrarpolitischen Tage 1988 vorzunehmen. Es entspricht der Tradition und dem Ruf des Steirischen Bauernbundes, daß in diesem Forum auch brenzlige Themen von hochqualifizierten Fachleuten behandelt werden.

Wie es schon Präsident Buchberger erwähnte, ist in diesem Kreise damit zu rechnen, daß anstehende Probleme völlig offen erwähnt und auch ohne irgendeine Scheu in jener freien und offenen Weise, die dem Steirischen Klima entspricht, ausdiskutiert werden.

Es liegt mir ganz besonders am Herzen, daß solche Probleme unter dem Gesichtspunkt eines möglichen Beitritts Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften aufgeworfen werden. Viel wird Euch zu diesem Thema auch Landwirtschaftsminister Josef Riegler am Ende dieser Tagung auf den Heimweg mitgeben können, der gerade aus Berlin zurückgekehrt ist und somit über den aktuellen Stand bestens Bescheid geben kann.

Für mich sind diese Agrarpolitischen Tage ein besonderes Charakteristikum für

die Politik der Steirischen Volkspartei. Seit Jahrzehnten wird hier nämlich über die Tagesaktualität hinaus, vor Eurem Forum, die Agrarpolitik über den Tellerand hinaus bis ins Morgen und Übermorgen analysiert.

Für solche Betrachtungen war die Steiermark schon immer ein guter Nährboden, und wir Steirer können auf eine stolze Tradition zurückblicken. Ich erinnere nur an den früheren Landwirtschaftsminister Franz Thoma, den die Älteren unter Euch noch persönlich kennenlernen konnten. Auch sein Nachfolger Eduard Hartmann hatte stets dieses Augenmaß vor Augen. Auch er wehrte sich gegen ein Ghetto, gegen eine Konzentration auf bloße agrarpolitische Probleme, sondern hatte stets deren Einordnung in einen größeren politischen Rahmen vor Augen. Landwirtschaft — nicht umsonst in der Volkswirtschaft als ein Primärsektor bezeichnet — geht uns nämlich alle an. Hier bieten sich auch für Josef Riegler in seiner neuen Funktion als Minister ungeheure Möglichkeiten, auch für die Agrarpolitik insgesamt gestaltend wirken zu können. Er ist einer der Persönlichkeiten in der Politik, die nur selten anzutreffen ist. Seine eigene Herkunft aus dem Ober-

steirischen Bergbauertum, gepaart mit einem großen politischen Talent, garantieren ein größtmögliches Durchsetzungsvermögen für meine und Eure Anliegen.

Ich warne aber davor, die Erwartungen allzu hoch anzusetzen. Unser Freund Josef Riegler ist zwar eine jener seltenen Erscheinungen am politischen Horizont, aber die Probleme sind gewaltig, die wir in den Stürmen dieser Jahre zu bewältigen haben.

Ich komme wieder auf den Vollbeitrag der EG zurück: Es ist der einzige Weg, der uns meiner Meinung nach in eine einigermaßen gesicherte Zukunft führen kann; in einer Zeit, in der die Lösbarkeit der Probleme noch schwieriger als je zuvor sein wird.

Ich konnte mich darüber auch kürzlich mit dem Bayerischen Wirtschaftsminister lange unterhalten. Täuschen wir uns aber nicht darüber hinweg, daß es ohne EG viele Probleme zwar nicht gäbe, aber auch eine Mitgliedschaft keine sorgenlose Zukunft bedeutet.

Und da hat Euer heuriges Thema „Der freie Bauer — gibt es ihn?“ eine ganz entscheidende Bedeutung. Auch auf höchsten Ebenen ist darüber lange gerungen





worden. Ich verweise da nur beispielsweise auf die neo-liberale Marktwirtschaft, auf die Politik Ludwig Erharts und den Kreis um Eucken aus dem Freiburger Kreis; ein Forum, das jahrzehntelang solche Thesen wissenschaftlich umsetzte.

Auch die heute, so meine ich, unbestrittene Agrarmarktordeung war ja keine Selbstverständlichkeit, weil sie doch im Gegensatz zu vielen Grundsätzen unserer freien Marktwirtschaft zu sehen ist.

Ausgehend von der Kriegswirtschaft nach 1945 sind viele Prinzipien heute schon fast zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Auf die Einzelheiten im Hinblick auf die aktuellen Marktordnungsverhandlungen will und kann ich gar nicht eingehen, weil das meine Aufgabe sprengen würde.

In diesem Zusammenhang ist die Position des freien Bauern ganz besonders auch von einer soziologischen Warte zu betrachten. Inwieweit bestehen Beziehun-

gen zwischen der Freiheit des einzelnen und ökonomischen Grundbedingungen? Viele Antworten könnten darauf gegeben werden. Im Prinzip ist es Sache des einzelnen, ob er als Bauer, Hilfsarbeiter oder Akademiker sein Berufsleben mehr oder weniger frei verbringt. Sehr oft wird diese Fragestellung schließlich auch auf eine ökonomische Entscheidung reduziert.

Unter welchen Bedingungen kann insbesondere heute ein junger Bauer noch frei sein? Will er über ein bestimmtes garantiertes Einkommen verfügen und dafür andere Zwänge in Kauf nehmen? Inwieweit ist unsere Gesellschaft verpflichtet, jene Voraussetzungen zu schaffen und zu erhalten, die in einem gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang sinnvoll erscheinen. Freiheit besteht auch in der Entscheidung jedes Menschen, letztlich über diese Dinge entscheiden zu können.

Meine ursprüngliche Arbeit an der Universität als Direktor des Steirischen Bauernbundes und als Landesrat waren dafür

sehr befruchtend. Ausmaße an Selbsthilfe und Selbstbindung unter den Betroffenen im ländlichen Raum sind zum Teil faszinierend. Der nunmehrige steirische Agrar-Landesrat Hermann Schaller etwa hat mich, als er von seinen Eindrücken beim Tag der Landjugend erzählte, bestätigt. In diesen Tenor stimmte auch der viel ältere Landesrat Dr. Helmut Heidinger ein. Er sagte mir, er habe schon viel erlebt, aber dieses übergroße Maß an persönlichem Engagement der jungen Menschen, wie er es am Landjugendtag erlebte, erfüllte ihn mit viel Zuversicht. Diese Tüchtigkeit, diese wirkliche Kultiviertheit und eine ins Heute übernommene Volkskultur unseres Landes ist ganz im Sinne des Vermögens unseres großen Hanns Koren zu sehen.

In diesem Sinne begrüße ich Euch alle herzlich als Landeshauptmann. Ich bin stolz darauf, diesem Kreis anzugehören, in dem auch für alle anderen somit gearbeitet wird, und wünsche Ihnen ein Steirisches Glückauf!

Alois
Puntigam

Red' ma drüber

Wie oft nehmen wir — manchmal nur so dahingeleudert, manchmal auch ernsthaft gemeint — den Begriff „Freiheit“ in den Mund, ohne darüber nachzudenken, daß der Gesprächspartner vis a vis darunter vielleicht etwas ganz anderes versteht, als wir meinen. Jeder wird — möglicherweise spontan — aus seiner momentanen Lage, zumindest aber aus seiner wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Stellung heraus unter Freiheit etwas ganz anderes verstehen.

Derjenige, der — aus welchen Gründen immer — in seiner Bewegungsfreiheit eingeengt ist, möchte sich fürs erste einmal nur frei bewegen können. Ein anderer, dem wegen seiner Schulden das Wasser bis zum Hals steht, will nur eines: frei sein von Schulden. Ein Dritter wieder, auf dem seine Mitmenschen ständig herumtrampeln, möchte einmal das tun können, was er will, um dadurch frei zu sein. Ein erfolgreicher Manager, dem seine Umgebung praktisch jeden Wunsch von den Augen abliest, möchte vielleicht öfter als man glaubt, aus jener Freiheit ausbrechen, um die ihm andere so beneiden. Und diese Liste ließe sich beliebig lang fortsetzen.

Drei Tage lang haben wir gemeinsam darüber nachgedacht, ob es den freien Bauern wirklich noch gibt bzw. heute überhaupt noch geben kann. Obwohl von der Referenten- wie von der Teilnehmerseite her viele Winkel der Freiheit ausgeleuchtet und den einzelnen auch Lösungen angeboten worden sind, hat sich für mich dabei der Begriff „Freiheit“ auf das Wesentliche eingeengt und zugleich ungemein erweitert. Frei ist für mich jeder, der bereit ist, sein Leben zu leben und sich möglichst wenig von seiner Umwelt und ihrem Konsum sowie Prestigedenken anstecken läßt.

Freiheit bedeutet für mich auch, das sagen zu dürfen, was man denkt und fühlt, ohne zugleich die negativen Auswirkungen am eigenen Körper verspüren zu müssen. „Voraussetzender Gehorsam“ zum Beispiel, mit dem manche ihre Scheinfreiheit zu schützen versuchen, ist für mich ein besonderer Grad der Unfreiheit. Dem Zwang, der vorhanden ist, stellt man die Freiwilligkeit voraus und meint, damit die Quadratur des Kreises erfunden zu haben.

Den Umfang seiner persönlichen Freiheit kann nur der einzelne selbst festlegen. So wie sich ein Hausierer in völliger „Freiheit“ vollkommen unfrei fühlen würde, so muß auch jeder Mensch das Maß seiner Freiheit selbst finden. Keiner kann die vollkommene Freiheit, sondern bestenfalls sein Idealmaß dafür finden, aber trotzdem sollte niemand aufhören, ständig danach zu suchen.

Das meint zumindest Ihr

A. Puntigam



KUDLICH — RAIFFEISEN — ROSEGGER — IHR WIRKEN FÜR DEN BAUERNSTAND

Von drei Stimmen soll die Rede sein, die sich heute unserem Ohr, wohl nicht in allem, aber in Entscheidendem, als harmonischer Dreiklang zu verbinden scheinen.

Freilich zu einem Dreiklang der Sorgen, zu einem Dreiklang der Bemühungen um Bestand und Wohlbestand des Bauernstandes.

Wir dürfen annehmen, ja davon ausgehen, daß jeder der drei Männer, die ihre Stimme erhoben, die ihre Tatkraft — jeder auf eine andere Weise — für das Wohl des Bauernstandes einsetzten, daß jeder von dem anderen wußte, ohne einander je gesehen und kennengelernt zu haben.

Der älteste, der Rheinländer Friedrich Wilhelm RAIFFEISEN, geboren 1818, gestorben 1888, also 70jährig, in seinem Heimatland. Der am ältesten gewordene, der Österreichisch-Schlesier Hans KUDLICH, geboren 1823, gestorben 1917, also 93jährig, in den USA. Der jüngste von ihnen, der Steirer Peter ROSEGGER, geboren 1843, gestorben 1918, also 75jährig, in seiner steirischen Heimat. Nur die ihnen zur gleichen Zeit geschenkt und von ihnen, jeder in seiner Weise und unabhängig von einander mitgestalteten Jahre der bäuerlichen Geschichte, nämlich die 40 Jahre von 1848 bis 1888, dem Todesjahr RAIFFEISENS, seien nunmehr in Betracht gezogen.

Die einschneidenden, Europa gestaltenden politischen Ereignisse jener 40 Jahre sind ja bekannt: die 48er-Revolution; die 1849 einsetzende Restauration und Wiederkehr des Absolutismus; die für Österreich unheilvollen Kriege 1859 und 1866, die somit vollzogene Hinausdrängung Österreichs aus jener geschichtlichen, politischen Stellung und Aufgabe, in der es durch Jahrhunderte war; 1867 der Ausgleich mit Ungarn, die Schaffung der Doppelmonarchie, die Festigung der Konstitution, 1871 die Schaffung des Bismarckreiches, das Aufkommen der Arbeiterfrage und im Gefolge der Aufbau des zunächst noch viele Jahrzehnte den Bauernstand überschendenden sozialrechtlichen Gebäudes.

Wie also gestaltete sich ab 1848 das bäuerliche Schicksal?

Hans KUDLICH

Noch war am 13. März 1848, dem Tag des Ausbruchs der Revolution in Wien, der Ruf des österreichisch-schlesischen Bauernsohnes, des 25jährigen Jusstudenten Hans Kudlich, im Hof des nö. Landhauses in der Wiener Herrngasse unter dem lauten Gewoge der Städter untergegangen: Er selbst berichtet: *„Ich rief öfter auf den Brunnen hinauf: Robot, Robot — allein die dort oben schienen das Wort nicht zu verstehen. Juden, Presse, Ge-*

wissen, Lehren und Lernen — alles wurde emanzipiert, nur nicht die Bauern.“

Vor dem Landhaus kommt es zum Eingreifen des Militärs. Kudlich, nach eigenem Bericht am Aufeinanderprall nicht tätig beteiligt, zumal fußbehindert auf einen Stützstock gestützt, humpelnd, wird von einem Bajonett die rechte Hand durchstochen.

Zur Genesung daheim in seinem Geburts- und Heimatort Lobenstein, bewirbt er sich um das Abgeordnetenmandat für den zum erstenmal einberufenen österreichischen Reichstag, überflügelt Mitbewerber und wird, wie sich zeigen sollte, mit 25 Jahren jüngster aller 385 Abgeordneten.

Aufhebung des Untertänigkeitsverhältnisses

Erzherzog Johann eröffnete den konstituierenden Reichstag am 22. Juli 1848 in der Spanischen Hofreitschule zu Wien. Bereits am 25. Juli stellte der jüngste Abgeordnete, Hans Kudlich, den für Österreichs Geschichte so überaus bedeutungsvollen Antrag: „Die hohe Versammlung möge erklären: Von nun an ist das Untertänigkeitsverhältnis samt allen daraus entspringenen Rechten und Pflichten aufgehoben, vorbehaltlich der Bestimmung, ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei.“





1873 schreibt Kudlich über seinen Antrag: „Als ich vor 25 Jahren jenen Antrag stellte, war ich ein junger unerfahrener Mann, durch Kränklichkeit meiner vollen Kraft beraubt. Mein einziges Verdienst bestand in meinem Enthusiasmus für alles Gute und Edle, in meiner Ehrlichkeit, meiner Opfervilligkeit. Meine Ansichten waren gut — meine Kräfte schwach!“

6 73 Abänderungsvorschläge, 141 Wortmeldungen führten schließlich am 31. August 1848 zur Annahme des vom öö. Abgeordneten Josef von Lasser eingebrachten, in Einzelheiten gegliederten, in der entscheidenden Norm aber auf Kudlichs Antrag aufbauenden Gesetzesbeschlusses, getragen von 174 Ja-Stimmen bei 144 Verneinungen, 36 Enthaltungen und 17 Abwesenden, also getragen von einer Minderheit des Reichstages, gleichwohl nach der Geschäftsordnung gültig und demgemäß am 9. September von Kaiser Ferdinand sanktioniert.

Ermaß Kudlich, nunmehr von einem begeisterten bäuerlichen Fackelzug durch die Straßen Wiens geleitet, alle Aus- und Folgewirkungen des Reichstagsbeschlusses? Erkannte er insbesondere die Auswirkungen der Aufhebung der für viele Tausende alpenländische Gebirgsbauern unentbehrlichen Holz-, Streubezugs- und Weiderechte auf Herrschaftsgrund? Die Aufhebung also jener Rechte, die wir heute nicht als Servituten, sondern als eine besondere Art des geteilten Eigentums bezeichnen müssen? Eines Rechtes also, dessen vielfacher Verlust ein Hauptgrund des so beklagten späteren Bauernsterbens in den Bergen werden sollte, obgleich das kaiserliche Patent des Jahres 1853, die Gefahr endlich erkennend, mit Ablöse- und Regulierungsbestimmungen die 1848 überstürzte entschädigungslose

Aufhebung dieser lebensnotwendigen Bauernrechte zu sanieren bemüht war. Modernere Gesetze und spezielle Agrarbehörden und ein oberster Agrarsenat betreuen die noch übriggebliebenen und noch heute für tausende Bauernhöfe lebensnotwendigen Rechte.

Wir wollen uns gerne der Überzeugung hingeben, daß Kudlich — hätte der Reichstag fortgewährt — die Aufhebung der bäuerlichen Wald- und Weidgerechtigkeiten in ihrer bedrohlichen Wucht erkennend, ihre Wiederbelebung eingefordert hätte.

Peter ROSEGGER

Hier nun, bei Betrachtung der persönlich frei gewordenen Bauern ebenso wie ihrer verlorengegangenen, zurückgedrängten oder verkürzten Nutzungsrechte an Wald und Weide, ist der Ansatzpunkt, um jener bedrohlichen Entwicklung zu gedenken, die uns Peter Rosegger im Jahre 1888, also genau 40 Jahre nach Kudlichs Freiheitsmanifest, in dem Zeitgemälde „Jakob der Letzte“ vor Augen führt.

Aus dem Vorwort mögen seine beklemmenden Sorgen selbst zu uns sprechen:

Dieses Werk hat einen tieferen Sinn... Es soll eine auffallende und wichtige Erscheinung der Gegenwart schildern, es soll ein Bild geben vom Untergang des Bauerntums in unseren Alpen.

Was heute vorgeht da draußen in den Bergen, es vollzieht sich nicht so sehr von Natur wegen, es vollzieht sich durch die Schuld der Menschen.

Wenn man einwendet, daß etwa zu Studien „eine größere Fähigkeit nötig sei als zum Bauernstande“, so wäre, abgesehen

von anderem, darauf zu entgegnen, daß heutzutage der Bauer schon eine sehr tüchtige Kraft sein und einen sehr klugen Kopf haben müsse, wenn er sich in seinem Stande tapfer soll behaupten können. Denn es ist fast alles gegen ihn. Während man allerorts, vom Reichsrat bis zum letzten Winkelverein herab, die Phrasen von der Wiederaufrichtung des braven Bauernstandes hören kann, spitzen sich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse auf das schärfste zum Nachteil unseres Bauernstandes zu. Mancher reiche Herr, der im Parlament schöne Reden hält für den Bauern, für den Mann der Arbeit, drückt daheim auf seinen Gütern die Arbeiter, so arg er kann, bringt die nachbarlichen Bauern um Haus und Hof und zwingt ihnen, wenn sie sich nicht lieber in der weiten Welt zerstreuen und verlieren, wieder die Zustände der alten Hörigkeit auf.

Aber der Bauer ist in dieser Sache auch nicht ohne Schuld, und nun kommt der Grund, aus welchem man dem Landsmann von heute die Bildung absprechen muß. Er mag und will sich nicht mehr schicken in seinen Stand, er schämt sich seiner, nicht allein, weil dieser Stand gedrückt und verhöhnt wird, sondern noch viel mehr, weil auch der Bauer der Größenwahn erfaßt hat. Er will etwas „Beseres“ sein als der Vater gewesen.

Er trachtet zu lernen, aber nicht für seinen Stand oder des Wissens wegen, sondern um möglichst ein „Herr“ zu werden...

Nichts will im Staate mehr Grundstein bilden, alles will Dachgiebel sein — wäre es ein Wunder, wenn eines Tages der Bau das Übergewicht bekäme?...

Schon heute vollzieht sich alljährlich eine Völkerwanderung von den Städten aufs Land, ins Gebirge. Noch kehren sie, wenn die Blätter gilben, wieder in ihre Mauern zurück, aber es wird eine Zeit sein, da werden die wohlhabenden Stadtleute sich Bauerngründe kaufen und bäuerlich bewirtschaften, Arbeiter sich solche aus der Wildnis roden und reuten. Sie werden auf Vielwisserei verzichten, an körperlicher Arbeit Gefallen und Kräftigung finden, sie werden Gesetze schaffen, unter denen wieder ein festständiges, ehrenreiches Bauerntum bestehen kann und das Schlagwort vom „ungebildeten Bauer“ wird man nicht mehr hören.

In wenigen Tagen werden es also 100 Jahre her sein, da Rosegger dies geschrieben! 1888, das ist das Todesjahr Raiffeisens!

Friedrich-Wilhelm RAIFFEISEN

1888 ist also das Todesjahr Raiffeisens, des Mannes, dessen weiterwirkendem Werk wir in überaus hohem Maße mitverdanken, daß die Wucht der von Rosegger befürchteten Vernichtung des alten Bauerntums weithin aufgefangen

werden konnte, Raiffeisens, dessen sich weiterentwickelndes Werk aber, zumal auch mit Hilfe des Raiffeisen-Bausparens, neben anderen Zeitkräften, zur Bewahrheitung jener Vision Roseggers von der „Völkerwanderung von den Städten aufs Land, ins Gebirge“ mitbeiträgt.

Wenden wir jedoch den Blick zum Ausgangsjahr des gewählten 40jährigen Betrachtungszeitraumes, also zum Jahr 1848, zurück.

Da finden wir Friedrich Wilhelm Raiffeisen, tags zuvor eben 30 Jahre alt geworden, am 1. April als amtsanretenden Bürgermeister in Flammersfelden, rund etwa 30 km südöstlich von Bonn. Er entwickelte eine überaus segensreiche Arbeit für seinen Amtsbereich. So besorgte er etwa persönlich den hiedurch billiger zu beschaffenden Forstsamen für seinen 33 Einzelgemeinden umfassenden Amtsbereich. Kauft auf Kredit für seinen Betreuungsbereich Saatkartoffeln u.v.a.

In Preußen, zu welchem das Rheinland im Zuge der napoleonischen Umwälzungen gekommen war, hatte das Bauernbefreiungsgesetz des Freiherrn von Stein die Gutsuntertänigkeit schon 1810 aufgehoben gehabt.

Gleich wie 38 Jahre später in Österreich, wurden mit dieser Befreiung aber auch alle sozialen Sicherungen abgebaut. Entgegen allen Hoffnungen bringt die Befreiung zunächst nicht Fortschritte, sondern fördert krasse Mißstände zutage.

Ingrid Bauert-Keetmann schreibt in ih-

rem Buch über Raiffeisen: *„Der befreite Bauer, seit vielen Generationen daran gewöhnt, unfrei oder sogar als leibeigener dahinzugehetten, ist in keiner Weise für seine neue Aufgabe vorbereitet“*...

Raiffeisen *„sieht klar, daß unter der Oberfläche einer scheinbar glänzenden und fortschrittlichen Welt kein Frieden wohnt, daß vielmehr der Kampf ums Dasein mit einer früher unbekannten Härte geführt wird, daß die Liberalisierung die Menschen zu rasch und zu radikal ihren Bindungen entriß.“*

Ingrid Bauert-Keetmann zitiert nun Raiffeisen selbst: *„Unsere gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse isolieren den einzelnen Gewerbsgenossen vollständig, sie stellen ihn mehr auf sich selbst, lassen ihn aber in der Not ohne Hilfe. So ist, wenn auch in einer gegen früher veränderten Form, die Zeit des Faustrecht und des Faustkampfes wiedergekehrt. Es gilt im wirtschaftlichen Verkehr nur das Recht des Stärkeren.“* ... *„Wenn es wie bisher fortgeht, so werden bald nur noch Millionäre und Bettler vorhanden sein. Die letzteren werden dann die ersten totschlagen. Eine soziale Revolution mit all ihren Schrecken wird das Ende der jetzigen Zeitrichtung sein.“*

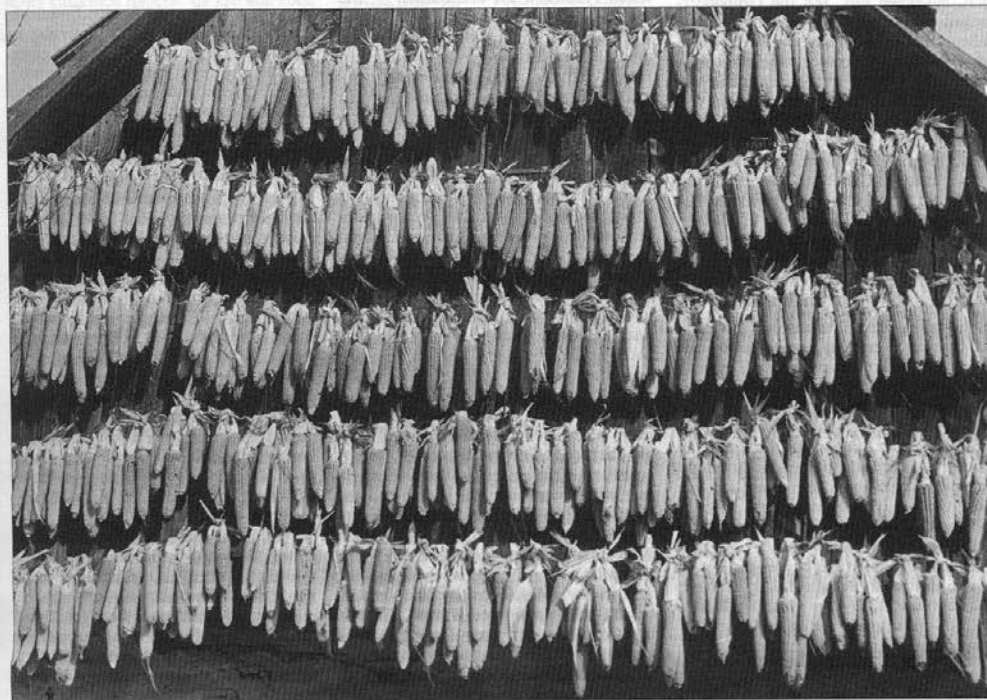
Der drohenden Entwicklung entgegenzuwirken ist Raiffeisen, trotz des immer voranschreitenden Augenkraftverlustes, mit stets sich neuaufraffender, unermüdlicher Energie und Gestaltungskraft am Werke — am Werke mit meist einer sei-

ner Töchter diktierten Eingaben an Behörden, Aufrufen an seine Betreuungsbehörden, Beiträgen in Zeitungen und Zeitschriften, auf Studien-, Erkundungs- und Vortragsreisen. Auf Versammlungen und Vortragsreisen spricht der immer mehr Erblindende frei, gestützt auf sein Gedächtnis, erfüllt von seinen Ideen, verwachsen mit seinem Werk.

Enttäuschungen und Rückschläge bleiben Raiffeisen nicht erspart, aber sie machen ihn nicht mutlos.

1864 etwa, als es in seinem Flammersfelder Wohltätigkeitsverein Austritte von um ihr eingelegtes Geld besorgten Mitgliedern gibt, spricht sie der stets in einer religiösen Grundhaltung gefestigte Raiffeisen mit dem biblischen Gleichnis von den Geladenen, die nicht zur Hochzeit erscheinen, an: *„Wenn Sie nicht mehr mittun wollen, meine Herren, dann gehe ich hinaus an die Landstraßen und Zäune und hole mir die Blinden und die Lahmen.“*

Auf dieser Flammersfelder Generalversammlung 1864 kommt ihm nun, wie er selbst berichtet, die entscheidende Idee, sein Planen auf das Genossenschaftsprinzip umzustellen, das er 1866 in einem Buch festhält. 1887, also im Jahr vor seinem Tode, kommt dann schon die von neuen Erfahrungen und Erkenntnissen geprägte 5. Auflage seines Buches heraus, gleichsam sein sozial-ökonomisches Testament! Heute vor 100 Jahren.



DER WEG ZUM FREIEN BAUERNTUM IN ÖSTERREICH



Die Entwicklung bis 1848

Maßnahmen, die auf die Regelung der bäuerlichen Dienste und Schuldkonten gegenüber der Grundherrschaft hinzielten, begegnen uns, seit die Grundherrschaft existiert. Diesen Schutz übte vor allem das Königtum aus, das die Notwendigkeit einer Bauernschutzgesetzgebung als sozial-politische Aufgabe erkannt hatte. Seit dem 16. Jahrhundert wurde von Seiten der Herrscher versucht, das Hauptsteuerobjekt, den Grund und Boden, möglichst ertragreich zu machen. Unter diesem Gesichtspunkt wurde vor allem die Umwandlung der minderen Besitzrechte (Freistift) in Erb- und Kaufrecht gefördert. So konnte der Bauer leistungsfähig erhalten werden und für die gegen die Türken benötigten Truppen finanzielle Aufwendungen tragen.

Die Anfänge der „Bauernbefreiung“ sind in Österreich erst im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts anzusetzen („Tractatus de iuribus incorporalibus“, 1679), wobei sich die staatliche Intervention auf die Beseitigung gewisser Auswüchse beschränkte. Der Staat wollte vor allem die Sicherung der ordentlichen Kontribution (Steuer) durchführen, die allein auf den untertänigen Liegenschaften lastete, während das Herrenland grundsätzlich steuerfrei war. Erste Versuche, die Leistungen der Bauern zu begrenzen — vor allem durch die Patente Karls VI. vom 22. Februar 1717 und vom 27. Jänner 1738 — scheiterten am Fehlen eines Beamtenums, das zur Durchführung dieser Gesetze notwendig gewesen wäre.

Durch den Physiokratismus, der Grund

und Boden als einzige Quelle des Reichtums eines Landes betrachtete, wurde der Bauer zum wichtigsten Bürger. Da nach der physiokratischen Lehre nur der Ackerbau einen Reingewinn abwarf, ist nur der Bauernstand zum Steuerträger prädestiniert und hat die anderen „Klassen“ des Staates zu erhalten.

Auch die Reformen Maria Theresias hatten als Zielsetzung nicht das freie Bauerntum, sondern sollten vor allem die finanzielle Stellung der Monarchie stärken („Theresianischer Kataster“, 1748). Da die Leibeigenschaft in unseren Ländern kaum ausgebildet war, änderten die Reformen Maria Theresias und Josefs II. (Untertanenpatent, 1781) außer dem Entzug der Steuerhoheit für die Grundherren nichts Wesentliches. Die Jahre 1740—1790 brachten aber den Aufbau einer Verwaltung, die nach 1848 wichtig werden sollte.

Der Vormärz

Der Vormärz war im Rahmen der politischen Freiheiten für den Bauern — wie für die Gesamtbevölkerung — eher ein Rückschritt. Wirtschaftlich sind allerdings in den Donau- und Alpenländern Intensivierungs- und Modernisierungstendenzen zum tragen gekommen, die zu einem hohen Niveau der landwirtschaftlichen Produktion geführt hatten. Durch die langandauernde Unterbrechung der Reformtätigkeit nach dem Tode Kaiser Josefs II. wurde Österreich allerdings politisch zu einem gegenüber vielen anderen mitteleuropäischen und vor allem westeuropäischen Staaten rückständiges Gebiet. Viele Herrschaftsverwalter klagten über Mißachtung ihrer Verordnungen und einem stark spürbaren Autoritätsverlust. Auch Hans Kudlich stammte aus einer Familie, die diese Entwicklung unmittelbar spürte. Sein Vater — Mitglied der „Dorfaristokratie“ von Lobenstein bei Jägerndorf in Österreich-Schlesien — nahm als Sprecher der Bauernschaft gegenüber der Liechtensteinischen Herrschaft eine besondere Stellung ein. Immer wieder mußte er mit Verhandlungsgeschick, Zähigkeit und Vorsicht versuchen, fällige Roboten zu erleichtern oder neue Forderungen abzuwenden. Nicht zuletzt dienten aber Bestechungsgelder für den Herrschaftsbeamten zur „Verbesserung“ des politischen Klimas. Gerade hier offenbart sich aber der krasse Gegensatz zwischen Wohlhabenheit und politischer Rechtlosigkeit auf der einen und angemaßtem Recht und mühsam bewahr-

tem sozialem Dekorum auf der anderen Seite.

Hans Kudlich und die Grundentlastung

Es ist aber nicht weiter verwunderlich, daß gerade Hans Kudlich, der 1839 von der Liechtensteinischen Herrschaft die Erlaubnis zum Studium der Rechtswissenschaften erhalten hatte, eine zentrale Rolle bei der österreichischen Bauernbefreiung spielen sollte. Die Ereignisse des 13. März 1848 zeigten ihn im Zentrum der Revolution, wobei er hier den Unmut über das „Vergessen“ der Bauern durch die anderen Revolutionäre heftigst beklagte. Von seinem Heimatwahlkreis in den nun zusammengetretenen Reichstag entsandt, widmete er sich daher vollkommen der Bauernbefreiung. Dort stellte er am 25. Juli 1848 seinen berühmten gewordenen Antrag: „Die Reichsversammlung möge beschließen: Von nun an ist das Untertänigkeitsverhältnis samt allen daraus entspringenden Rechten und Pflichten aufgehoben, vorbehaltlich der Bestimmungen, ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei.“ In der Änderung des von Josef Lasser am 26. August eingebrachten Antrages kam es zur Durchführung der Grundentlastung. Entgegen dem Drängen konservativer Adelskreise hielt die kaiserliche Regierung ihr Versprechen und erließ 1849 und 1850 die Entschädigungsgesetze.

Mit dem 7. September 1848 endete somit die Gehorsamspflicht der Untertanen gegenüber ihren Herrschaften. Ohne Entschädigung wurden alle Abgaben aufgehoben, die auf dem persönlichen Untertanenverband beruhten (Todesfallabgabe, Abfahrtsgeld, Waisendienste, Heimfallsrecht, herrschaftliches Weide- und Jagdrecht, Schankrecht, Roboterleistung zu Jagdzwecken, Wartung von Jagdhunden). Allein an Naturalroboten wurden damals in der Steiermark noch über eine Million Fuß- oder Handroboten und beinahe 300.000 Zugroboten abgelöst. Für alle jene Verpflichtungen, die als Hypothek auf dem Grund und Boden lagen, war eine Entschädigung zu zahlen (Grunddienst und Geld- und Naturalabgaben, Robotgeld, Laudemium und Moratorium, Zehent). Die Art der Berechnung der Entschädigungsgebühren begünstigte die zahlungspflichtigen Untertanen und den Fiskus und benachteiligte gleichzeitig den Grundherrn. Zur Durchführung der Grundentlastung wurde in jedem Kronland eine Grundentlastungs-

kommission eingesetzt. Präsident der steiermärkischen Landeskommission wurde Franz von Kalchberg, der verdiente Vorkämpfer der Bauernbefreiung. Das gesamte Entschädigungskapital betrug 23.612.391 Gulden und 18 Kreuzer. Davon erhielt allein Fürst Franz von Liechtenstein eine Entschädigung von rund 1,1 Millionen Gulden. Für Ignaz Graf Attems wurden etwa 860.000 Gulden ermittelt. Im Durchschnitt erhielten die ehemaligen Grundherren 15.000 Gulden. Dabei zeigte sich, daß es in der Steiermark nur wenige wirklich große Grundherrschaften gab, die vor allem in der mittleren und unteren Steiermark lagen.

Folgen der Grundentlastung

Österreichs Bauern mußten bei der Grundentlastung nur relativ bescheidene Beträge zu günstigen Zahlungsbedingungen entrichten. Die Grundentlastung führte daher nicht zu Notverkäufen einzelner Grundstücke oder zur Zwangsversteigerung von Höfen. Allerdings kam es auch nicht zu dem von Angehörigen des liberalen Bürgertums und Bauernvertretern erhofften Aufblühen des Bauernstandes, da an die Stelle der grundherrschaftlichen Abgaben neue oder erhöhte staatliche Steuern traten.

Die Ausweitung der Staatsmacht führte zu einer Erweiterung der persönlichen Freiheit und der staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen Bauern. Es gab nun eben eine gleichmäßigere, von persönlicher Abhängigkeit nicht beeinflusste Verwaltungsarbeit und Gerichtsbarkeit. Auch in den Vertretungskörpern tat sich einiges: An die Stelle der alten, ständischen Landtage traten neue Landtage, in denen das bäuerliche Element zunächst durch das Kurienwahlrecht beschränkt war. Allerdings kamen mit jeder Wahlrechtsänderung mehr Bauern in den Landtag. Die Bildung bäuerlicher Interessengemeinschaften in Form von politischen Vereinen und das Reichsvolksschulgesetz von 1869 ermöglichten es, daß nach der Jahrhundertwende im steirischen Landtag die Bauernvertreter die absolute Mehrheit bildeten.

Diese erfreuliche Entwicklung im Bereich der persönlichen Freiheit fand allerdings in anderen Bereichen keine Parallelen. So traf die Freiheit im Bereich der Wirtschaft viele vollkommen unvorbereitete. Die Bauern profitierten vorerst von der Inflation. Bereits Ende der fünfziger Jahre hatten sie ihre aus der Entlastung resultierenden Schulden größtenteils bezahlt. Die in den nächsten Jahrzehnten auftretenden Schwierigkeiten hatten somit hauptsächlich die österreichische Agrarstruktur schlechthin als Grund. So wiesen die Mittel- und Untersteiermark die kleinsten Besitzungen auf (17 Joch), was teilweise mit dem Weinbau und der damit zusammenhängenden Neigung zur Besitzteilung und Bildung



von Kleinstbetrieben zusammenhängt. Die Obersteiermark kannte dagegen durchschnittliche Besitzgrößen von 84,7 Joch. In diesem Bereich traf die Bauern vor allem die Aufhebung des Bestiftungszwanges 1868 voll. Die Verkehrsfreiheit von Grund und Boden erlaubten den Abverkauf von Grundstücken aus dem bäuerlichen Gut und die Teilung bei der Übergabe. Freier Veräußerung, Zersplitterung und Aufteilung stand nichts mehr im Wege. Aber auch der Streit um die Servitutsrechte berührte den Bereich der wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit. Gerade die Ablösung dieser Servitutsrechte traf die Existenzgrundlage vieler Betriebe. Die Durchführung der Bestimmungen des Patentes über die „Regulierung und Ablösung“ der Holzbezugs- und Weiderechte in den herrschaftlichen Forsten brachte enorme Härten mit sich. Vor allem der Rückgang der bäuerlichen Wirtschaften in den Gebirgsgegenden in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ist zum Großteil auf sie zurückzuführen. Den Forstherren — und hier im besonderen der staatlichen Forstverwaltung — war es auf durchaus legalem Weg möglich, den Bauern die Ausnützung der ihnen zustehenden Holznutzungs- und Weiderechte unmöglich zu machen. Die Aufsaugung von Bauerngütern und die Bildung großer Jagdreviere auf früher bäuerlichem Kulturboden wurde wesentlich erleichtert.

Seit 1875 führten die industrielle Krise und die neuen Transportmöglichkeiten zu einem anhaltenden Preisverfall der Agrarprodukte. Die Alpenländer waren davon am meisten betroffen, da sich die ungarische Konkurrenz immer stärker bemerkbar machte. Zur unmittelbaren Bekämpfung der Agrarkrise wurde verstärkter Zollschutz gefordert. Die Bauern in der Obersteiermark kamen durch die Stagnation der Eisenindustrie und Umstellung auf mineralische Kohle (bisher Holzkohle) bei der Eisenverarbeitung

ebenfalls in eine bedrohliche Situation.

Neben der Verschlechterung der Einnahmenseite war aber die Ausgabenseite hauptverantwortlich für die rasch anwachsenden Schwierigkeiten. Zwar wurde noch wenig für Maschinen und Kunstdünger ausgegeben, dagegen zeigten die Landerbeiterlöhne allgemein eine steigende Tendenz, die sich durch die Industriearbeiterlöhne ergab. Auch die Forderungen nach Steigerung der Naturalleistungen wurde immer häufiger gestellt. Trotzdem nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Dienstboten in Österreich im Zeitraum von 1890—1900 um 274.967 ab.

Als neue Hilfe traten nun für den Bauern in dieser Zeit die Genossenschaften auf, die im verstärkten Wirtschaftskampf die Schwächen des einzelnen auszugleichen versuchten. Vor allem schränkte die verminderte Rentabilität die Fähigkeit zum Zinsendienst für die während der Konjunktur in viel zu hoher Zahl übernommenen Hypotheken entscheidend ein. Es war daher äußerst wichtig, daß 1887 Friedrich Wilhelm Raiffeisen in seiner Schrift über „Die Darlehenscassensvereine als Mittel zur Abhilfe der Noth der ländlichen Bevölkerung“ die Grundlage für das bäuerliche Kreditwesen legte, da insbesondere die abschließende Gestaltung der Raiffeisenkassen viele Bauern vor dem Ruin rettete. Der Sturz in die Armut war für viele Bauern trotzdem unvermeidlich. Die Zahl der Exekutionen, das „Bauernlegen“, wie es uns Peter Rosegger in seinem „Jakob der Letzte“ schildert, nahm immer mehr zu.

Die Freiheit in der Ersten Republik

Heinrich Arndinger schrieb 1919 in seinem Werk „Sozialdemokratie und Landwirtschaft“ aus der Sicht des Bauernbündlers: „Auf Freiheit hat der Mensch

ein Recht! / Der Sozialismus macht zum Knecht. / Er will: wir sollen Sklavenherden / auf fremden Grund und Boden werden. / Wir aber sind trotz seinem Wutgeplärr / Auf eigener freier Scholle ein Herr!“. Dieses Gedicht hat die Ereignisse unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg als Hintergrund, als Volkswehrheiten die Hungersnot durch Requirierung von Vieh aus Ställen lindern wollten.

Allerdings hatte die Entwicklung zur „Unfreiheit“ schon im Ersten Weltkrieg begonnen. Die Kriegswirtschaft der Jahre 1914–1918 brachte die Zwangsaufbringung durch das Kriegsleistungsgesetz. Die Dezimierung des Viehstandes, der Mangel an Arbeitskräften (Militärdienst) und das Fehlen wichtiger Betriebsmittel (Treibstoffmangel) führten zwangsläufig zu einem bedrohlichen Absinken der Produktion. 1916 sank die Ernte auf die Hälfte der Vorkriegszeit, ein akuter Futtermangel setzte ein, der den Vieh- und Pferdebestand weiter dezimierte. Die ungünstige Ernährungslage der letzten Kriegszeit erforderte von den staatlichen Stellen durchgreifende Maßnahmen, die diese mit dem Ablieferungszwang und den diesen folgenden Beschlagnahmen auch durchführten. Oft wurden von den Bauern Verstecke angelegt (z. B. einnähnen im Sofa), um wenigstens das Saatgetreide über den Winter zu bringen.

Die ungünstige Ernährungslage bewirkte auch, daß nun die Städter hinaus aufs Land wanderten, um ihre spärlich vorhandenen Lebensmittel zu ergänzen. Diese neue soziale Stellung der Bauern führte teilweise zu einer feindseligen Stimmung zwischen den Erzeugern und Verbrauchern von Nahrungsmitteln, die — verstärkt nochmals durch das Ende des Zweiten Weltkrieges — das Verhältnis Stadt / Land bis in unsere Tage belastete. Die Bauern gerieten dadurch auch in die starke Polarisierung der politischen Parteien, wobei sie vor allem von den Programmen der christlichsozialen und deutschnationalen Gruppierungen angesprochen wurden. Ihr gesellschaftliches Ansehen war in diesem politischen Bereich der Ersten Republik gegeben. Agrarische Parteien und Wirtschaftsverbände behinderten auch Verbrauchs- und Angebotsregulierungen.

Nach dem Ersten Weltkrieg sollte Österreich auch trachten, die Versorgung soweit als möglich selbst in die Hände zu nehmen. Infolge des geringen Selbstversorgungsgrades war Österreich allerdings gezwungen, mit den agrarischen Oststaaten eine liberale Handelspolitik zu betreiben. Die unter dem Eindruck der Hungersnot 1919 geschlossenen, zum Teil unkündbaren Verträge führten dazu, daß Österreich mit Lebensmitteln aus dem Ausland förmlich überschwemmt wurde. Versuche, mit höheren Zöllen den Bauern Schutz zu bieten, schlugen fehl. So machte der Preisverfall bei

Schweinen unter die Gesteungskosten umfangreiche Stützungen notwendig.

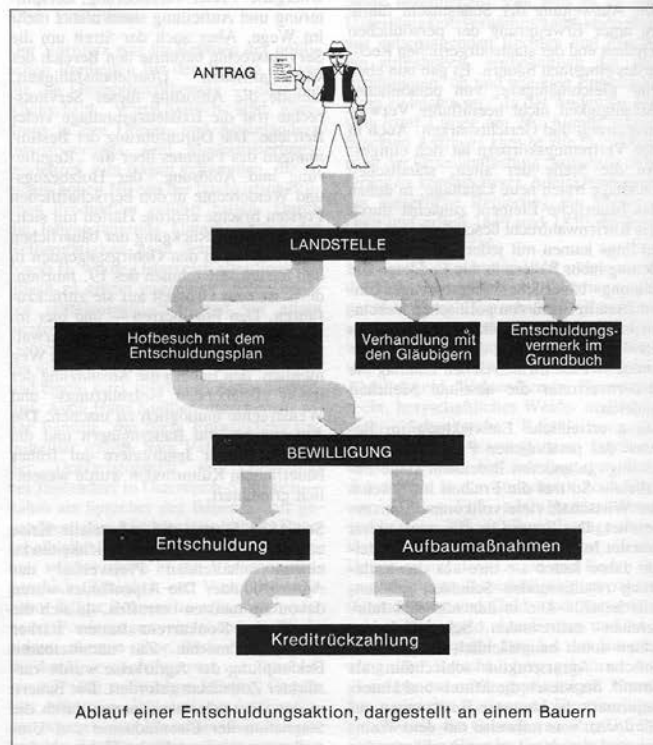
Die Agrarkrise

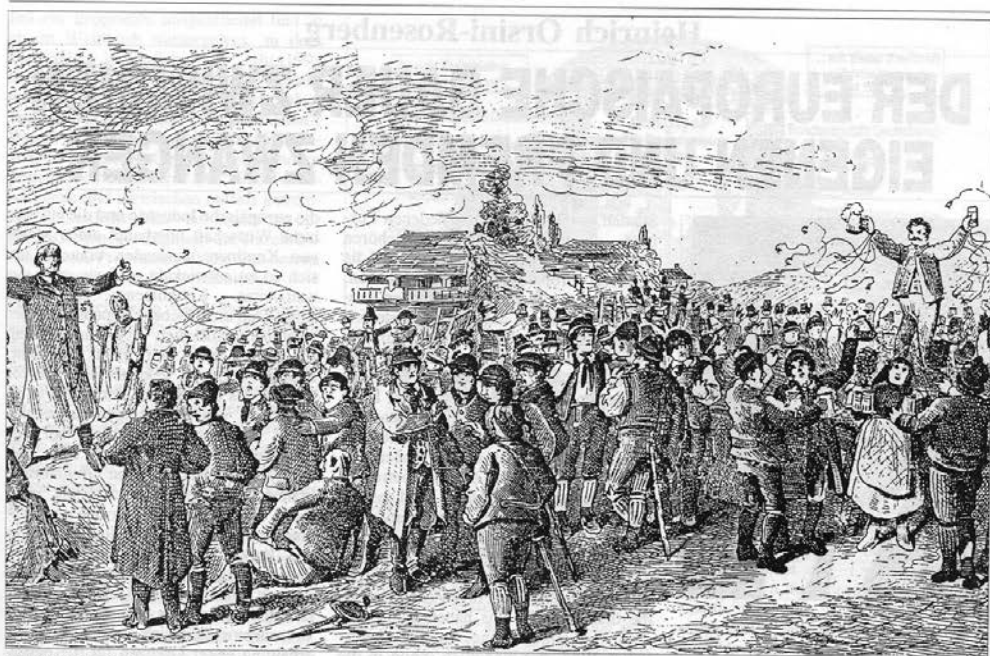
Die tiefgreifende Verschiebung auf dem Weltagrarmarkt, sinkende Preise für Getreide und Vieh ab 1929, die Krise der Zuckerindustrie und des Weinbaus ab 1926 zwangen die Regierung stärker als zuvor, die heimische Produktion gegenüber dem ausländischen Konkurrenzdruck abzusichern. Die 1926 sogar diskutierte Monopollösung für heimisches Getreide und Vieh stieß jedoch auf die Ablehnung der Wirtschaftsverbände. Infolge der landwirtschaftlichen Überproduktion in den überseeischen Ländern, die eine internationale Agrarkrise von bisher ungeahntem Ausmaß auslöste, kam es ab 1930 zu einem katastrophalen Preisverfall aller landwirtschaftlichen Weltmarktprodukte.

Rasch anwachsende Neuverschuldung landwirtschaftlicher Betriebe führte vielfach zu Zwangsversteigerungen. In den Jahren 1931 bis 1933 setzten sich österreichische Bauern mit militanten Aktionen gegen die Versteigerungen zur Wehr, wobei neben Kärnten die Steiermark ein Zentrum darstellte. Andere Versteigerungen wurden durch die Schatzmeister ad absurdum geführt, die

den Anbotpreis maßlos überdehnten. Der Erfolg der Exekutionsverhinderungen war unterschiedlich. Allerdings beinhalten die Bewegung nicht zu unterschätzende politische Konsequenzen. So schrieb Anfang 1933 der Gendarmerieposten Bruck/Mur an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit: „Die Bauern sind der Meinung, daß es für sie keine Rettung mehr gibt. Dieses Regierungssystem kann sich nicht mehr lange halten, da es die Produktionspreise der Bauern herabdrückt, die Steuern aber stets erhöht.“

Damit wurde die unterschiedliche Agrarpolitik Deutschlands und Österreichs offenkundig. In Deutschland verband der nationalsozialistische Staat über starre Marktordnungen „Erzeugungssteigerung und Einkommenspolitik“. Das Hauptziel der Agrarpolitik Schuschniggs bestand in der Produktionsdrosselung und Einkommensstabilisierung. Dies führte zum sogenannten „Milchkrieg“. Enorme Produktionssteigerung hatte nicht zur allgemeinen Steigerung des landwirtschaftlichen Einkommens geführt. Hierzu hätte es erhöhter Konsumbereitschaft und auch Konsummöglichkeiten bedurft. Massenarbeitslosigkeit und Lohnabbau machten dies aber unmöglich. Die Regierung versuchte durch die künstliche Verknappung von Futtermitteln indirekt die Milchpro-





Aus: Der Streif, 2. Jg.

duktion zu drosseln. Da jedoch 1935 64% der Marktproduktion auf dem Verkaufserlös von Milch und Molkereiprodukten beruhten, traf dies die österreichischen Bauern sehr hart.

Der „Anschluß“

Diese Wirtschaftspolitik führte zu einer zunehmenden Distanz der Bauern zur Regierung. 1937 trat durch das stärkere Anlaufen der industriellen Produktion zwar eine Besserung im Absatz landwirtschaftlicher Produkte ein, doch hatte sich bereits ein Großteil der Bauernschaft dem Nationalsozialismus zugewandt. Dieser hatte es verstanden, bereits 1936 durch Aufkäufer aus dem Reich den Bauern vor Augen zu führen, daß ihnen ein „Anschluß“ den großen Absatzmarkt Deutschlands eröffnen würde.

Für den Tag des „Anschlusses“ war bereits die Verordnung vom 5. Mai 1938 vorbereitet worden, die nunmehr die rechtliche Grundlage für die „Entschuldung“ der österreichischen Landwirtschaft bildete. Bis zum 31. Dezember 1938 hatte jeder österreichische Bauer die Möglichkeit, diese Entschuldung zu beantragen. Der Entschuldungsantrag wurde an die Landstelle gerichtet. Diese ließ im Grundbuch den Entschuldungsvermerk eintragen und setzte einen Hofbesuch mit dem Entschuldungsplan an. Alle Probleme des Bauern wurden durchbesprochen und die tragfähige Rendite festgesetzt: 1.) Die Schulden des Bauern wurden getilgt; dafür erhielt er ein rück-

zahlbares Darlehen vom Reich. 2.) Umwandlung der darüber hinausgehenden Schulden in langfristige Darlehen für die Gläubiger (Handwerker wie Schmied, Schuster, Wagner oder Kaufmann). 3.) Aufbauskredite wurden für Baumaßnahmen, Viehaufstockung, Geräteergänzungen oder Handelsdünger verwendet.

Die österreichische Landwirtschaft teilte nach den Märzereignissen von 1938 das Schicksal des Deutschen Reiches bis zu dessen Ende. Sie wurde in die Kriegsernährungswirtschaft einbezogen, deren Leitung der Reichsnährstand (= RNS) innehatte. Dieser faßte alle privaten und öffentlichen agrarischen Organisationen zusammen. Auch alle landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Institutionen des Landhandels und die Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse gehörten ihm an. Neben den rein wirtschaftlichen Aufgaben diente der RNS der Propagierung der antisemitischen und militarischen „Blut und Boden“-Ideologie!

Eine Auswirkung dieser Ideologie war das Reichserbhofgesetz, das den unveräußerlichen, unteilbaren, vor Zwangsvollstreckung gesicherten und unbelasteten „Erbbhof“ schuf. Er mußte noch in Anerkennung vererbt werden und „Bauer“ konnte nur sein, wer „deutscher Staatsbürger, deutschen oder stammesgleichen Blutes und ehrbar“ war. Als Mindestgröße eines „Erbbhofes“ wurde eine Ackernahrung festgesetzt, die in der Regel mindestens 7,5 ha entsprach. Kleinbesitzer waren somit nicht erbbhoffähig und gehörten der unterprivilegier-

ten Schicht der „Landwirte“ an. Die Festsetzung dieser Größe berücksichtigte Erfahrungswerte des Ersten Weltkrieges. Es hatte sich damals gezeigt, daß die Mittel- und Kleinbetriebe unter den extremen Bedingungen der Kriegswirtschaft ihre Leistungsfähigkeit und Flexibilität am besten bewahren konnten. Nur für den Weinbau wurde die Hälfte der Fläche vorgeschrieben.

Somit hatte der Bauer seine Freiheit mit dem Anschluß eigentlich schon verloren. Er war nur mehr ein kleines Glied in einer bis ins letzte auf Kriegswirtschaft ausgerichteten Landwirtschaft. Der Maschineneinsatz sollte nur noch die letzte Vorbereitung sein, um es den Frauen allein zu ermöglichen, die schwere Feldarbeit zu verrichten, sobald der Bauer zum Kriegsdienst eingezogen wurde.

Eine paradoxe Erscheinung in der Geschichte der Bauern in den letzten 150 Jahren muß abschließend noch hervorgehoben werden: Die Bauern standen in der Steiermark, als sie noch 90 Prozent der Bevölkerung stellten, in der Abhängigkeit der Grundherrschaft. Nach der Bauernbefreiung — immer noch groß an der Zahl — wurden sie von den zahlenmäßig viel geringeren bürgerlichen Liberalen überrundet, konnten aber gemeinsam mit dem jüngsten Berufsstand (den Arbeitern) ihre politischen Rechte erringen. Heute aber steht der Bauernstand durch das Schaffen einer gemeinsamen Interessenvertretung nach dem 2. Weltkrieg durch seine Geschlossenheit mächtiger da als in den Zeiten seiner zahlenmäßigen Überlegenheit.

DER EUROPÄISCHE BAUER ZWISCHEN EIGENEN UND FREMDEN ZWÄNGEN



Die Veranstalter der heutigen Tagung haben mir einen sehr anspruchsvollen Titel für mein Referat gegeben: „Der europäische Bauer zwischen eigenen und fremden Zwängen.“

Die beiden wichtigsten Worte in diesem Titel sind zweifelsohne die Worte „europäische Bauer“. Sie bedeuten nämlich, daß wir Probleme der Bauern und Probleme der Landwirtschaft heute nicht mehr aus der Sicht des einzelnen Hofes, der einzelnen Gemeinde, des einzelnen Landes oder des einzelnen Staates sehen können, sondern, daß heute jeder österreichische Bauer, jeder steirische Bauer eingebettet ist in die Problematik unseres Wirtschaftszweiges, und zwar in die Problematik dieses Wirtschaftszweiges im europäischen Raum. Dabei dürfen wir allerdings nicht übersehen, daß es auch andere Regionen auf dieser Welt gibt, in denen ungeheuer kräftige und produktive Landwirtschaften existieren, wie etwa in den Vereinigten Staaten, in Südamerika und in Teilen von Asien, in Australien und Neuseeland. Wir wollen uns aber heute auf den europäischen Raum beschränken. Nun ist aber auch dieser europäische Raum, selbst wenn man ihn auf Westeuropa einschränkt, noch keineswegs ein einheitliches Gebilde. Eines aber steht meiner Ansicht nach mit ziemlicher Sicherheit fest: Der gemeinsame Markt, auch die EG genannt, ist ein Gebilde, an dem kein Weg mehr vorbeiführt.

Ursprünglich eine Gemeinschaft der sechs, später eine Gemeinschaft der neun, ist er heute eine Gemeinschaft der zwölf geworden, und man braucht kein besonders begabter Prophet zu sein, um zu erkennen, daß in absehbarer Zeit wahrscheinlich alle westeuropäischen

Staaten, vielleicht in verschiedenen Formen, dieser Gemeinschaft angehören werden. Dies wird Auswirkungen auf die gesamte europäische Wirtschaft haben, natürlich auch für den europäischen Bauern, und hat damit auch für den österreichischen Bauern gelten. Wenn dem aber so ist, dann müssen wir erkennen, daß fremde Zwänge, von denen im Titel dieses Referates die Rede ist, in erster Linie aus der Verhaltensweise, aus dem zukünftigen Kurs, aus der Wirtschaftspolitik und zum Teil auch aus der Außenpolitik, die die EG in Zukunft betreiben wird, herkommen werden — und das gilt natürlich ebenfalls für die Landwirtschaft. Es ist daher notwendig, daß wir uns mit der zukünftigen Entwicklung der EG, die einigermaßen absehbar ist, befassen und über die Folgen nachdenken, die dies alles für uns haben kann. Auf dem Weg, auf dem langen und beschwerlichen Weg, der eigentlich schon in die Jahrhunderte zurückreicht, den Weg nämlich zu einem Europa ohne Grenzen, wird das Jahr 1992 einen besonderen Markstein darstellen. Dieses Jahr haben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der europäischen Gemeinschaft als Termin für die Vollendung des freien Marktes innerhalb der Gemeinschaft angesetzt.

Ausgangspunkt für diese Aktion ist ein Weißbuch der EG-Kommission, das zusammen mit einem Zeitplan sämtliche Maßnahmen aufzeigt, die erforderlich sind, um gemäß den europäischen Verträgen einen völlig freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den zwölf Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zu gewährleisten.

Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung wurde bereits 1957 vollzogen, als die Gründer der Gemeinschaft den allmählichen Abbau der Zölle zwischen den Mitgliedstaaten beschlossen.

Diese Maßnahme war allerdings für die Schaffung eines einheitlichen Marktes nicht ausreichend, weil es auch eine große Anzahl anderer Handelshemmnisse gibt, die durch die Aufhebung der innergemeinschaftlichen Zölle keineswegs berührt waren. Zudem haben einzelne Mitgliedstaaten unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Stagnation durch Verstärkung dieser anderen Handelshemmnisse versucht, ihren nationalen Markt und ihre nationale Industrie durch sogenannte technische oder nichttarifliche Schranken zu schützen. Daß dies falsch war, hat sich heute allerdings herausgestellt. Es wird nämlich immer klarer, daß

die europäische Industrie und die europäische Wirtschaft überhaupt einen Markt von Kontinentalummaßen braucht, um sich so zu entwickeln, daß sie auch der weltweiten Konkurrenz standhalten kann. Daß diese Scheuklappenpolitik der einzelnen nationalen Regierungen dem EG-Bürger nicht nur nichts gebracht, sondern sehr viel gekostet hat, hat vor kurzem das europäische Parlament in einer Reihe von Schätzungen dargestellt. Diese Schätzungen ergeben, daß den Bürgern der EG — etwa aus dem Titel der Aufrechterhaltung von Grenzformalitäten, der Nichtharmonisierung einer Reihe einzelstaatlicher Normen und technischer Vorschriften, der diskriminierenden Praxis einzelstaatlicher Behörden, ihre Aufträge und Ausschreibungen bevorzugt inländischen Unternehmungen zu erteilen, und der Mehrkosten für die Unternehmer, die sich aus der Aufrechterhaltung enger Grenzen für die einzelstaatlichen Märkte ergeben — insgesamt eine jährliche Mehrbelastung von über tausend Milliarden Schillingen erwachsen. Diese gewaltige Ziffer, die auf die nicht vollständig erreichte Freiheit innerhalb der EG zurückzuführen ist, ist umso unannehmer, als die Gemeinschaft alleine ihre Leistungsreserven, ihr ganzes Selbstvertrauen, ihre ganze Wettbewerbsfähigkeit einsetzen müßte, um sich gegenüber der internationalen außereuropäischen Konkurrenz zu behaupten und auch um die Arbeitslosigkeit, von der 60 Millionen Arbeitnehmer in der EG betroffen sind, zu verringern.

In Erkenntnis dieser Tatsache hat also die

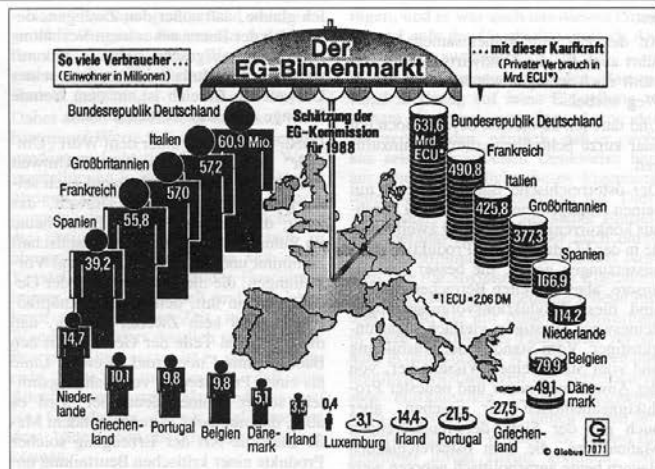


EG ein Programm ausgearbeitet und in einem Weißbuch niedergelegt, in dem vorgesehen ist, daß bis zum Jahr 1992 der schrittweise Abbau aller materiellen, technischen und steuerlichen Schranken vorgesehen ist, die den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Gemeinschaftsländern immer noch behindern. Die 1986 verabschiedete und inzwischen inkraft getretene „Einheitliche Akte“ zur Änderung der europäischen Verträge soll die Durchführung dieses Programmes, mit dem bereits begonnen worden ist, erleichtern.

Diese Erleichterung wird auch dadurch gefördert, daß nunmehr dem Ministerrat der Gemeinschaft erlaubt ist, in mehr Bereichen, als das früher der Fall war, nicht nur einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit und in Zusammenarbeit mit dem europäischen Parlament die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Dieser ganze Vorgang wird natürlich auch praktische Auswirkungen für Nicht-EG-Mitglieder haben.

In diesem Zusammenhang auch ein Wort zu den derzeit laufenden sogenannten Gatt-Verhandlungen. Vielfach starrt die Weltwirtschaft gebannt auf diese Organisation, von der man sich erwartet, daß sie letztendlich eine Art Wunder vollbringt, nämlich, den weltweiten Abbau aller allgemeinen Zolltarif- und Handelsbeschränkungen. Das Gatt ist nun eine Organisation der Regierungen, und bei den dort laufenden Verhandlungen hat natürlich jede Regierung ihre eigenen Hintergedanken. Sehr vereinfacht gesagt, kann man diese Hintergedanken wahrscheinlich folgendermaßen formulieren: Ziel der Gattverhandlungen muß sein, die erwähnten Handels- und Zollschränken weltweit abzubauen, das heißt, insbesondere auch die Exportsubventionen abzubauen, das, wie gesagt, überall — nur auf keinen Fall im eigenen nationalen Bereich. Schon aus dieser Ausgangslage geht hervor, wie schwierig die Verhandlungen im Gatt werden, daß sie sich zeitlich lange hinziehen werden und daß sie das Endziel, das ich eben skizziert habe, sicher nicht erreichen werden. Das Gatt hat nämlich keinesfalls exekutive Gewalt, sondern ist lediglich eine Plattform oder ein ehrlicher Makler, dessen Aufgabe und zum Teil Verdienst es ist, die mitunter verfeindeten Brüder immer wieder an einen Tisch zu bringen und Kompromisse zu fördern, Kompromisse, die unerlässlich sind zum Abschluß eines möglichst allseits befriedigenden weltweiten Abkommens. Aus der schwierigen Ausgangsposition bei diesen Verhandlungen wird man wahrscheinlich realistischerweise den Schluß ziehen müssen, daß, wenn ein solches Abkommen zustande kommt, es bestenfalls zu einer weiteren Liberalisierung des Welthandels führen wird, aber keineswegs zu einer Volliberalisierung.

Aber nun zurück zur europäischen Gemeinschaft und den möglichen Schlußfolgerungen, die sich aus der zukünftigen



Entwicklung in dieser Gemeinschaft für die österreichische Wirtschaft und insbesondere für die österreichische Landwirtschaft ergeben könnten. Ich möchte ausdrücklich die nun folgenden Bemerkungen nicht als Rezeptur verstanden wissen, sondern nur als Denkanstöße oder Anmerkungen, die sich auf den Beobachtungen und Erfahrungen aufbauen, die ich während meiner nunmehr zuende gehenden Funktionsperiode als Präsident des Verbandes der europäischen Landwirtschaft (CEA) machen konnte.

Die EG ist zweifellos auf dem Marsch zu einem großen Binnenmarkt und das Europa ohne Grenzen wird zumindest innerhalb der Grenzen der EG in absehbarer Zeit Wirklichkeit werden. Und dies gilt selbstverständlich auch für die Landwirtschaft innerhalb dieses gewaltigen Wirtschaftsraumes.

Nun wird aber trotz aller Bemühungen, die Überschussproduktion im landwirtschaftlichen Bereich einzudämmen und zurückzunehmen, auch im Jahr 1992, also wenn der freie Binnenmarkt innerhalb der EG Wirklichkeit geworden ist, bei den meisten landwirtschaftlichen Produkten in der EG immer noch ein wahrscheinlich erheblicher Überfluß an landwirtschaftlichen Gütern produziert werden, der im Export verwertet werden muß. Diese Tatsache bedeutet aber, daß die EG verständlicherweise versuchen wird, sich nach außen abzukapseln. Ich glaube daher, daß es gerade jetzt, zu einem Zeitpunkt, in dem die Dinge noch innerhalb der EWG im Fluß sind, besonders wichtig ist, zu Regelungen zu gelangen, die sicherstellen, daß auch nach dem Jahre 1992 für unsere landwirtschaftliche Überproduktion der Absatz auf dem Binnenmarkt der europäischen Gemeinschaft möglich ist. Erschwerend ist dabei aber allerdings, daß die generelle Richtung und Zielsetzung der zukünftigen EG-Agrarpolitik heute noch nicht mit Sicherheit festzustellen ist. Die Frage ist, ob sich jene innerhalb der EG durchsetzen

werden, die das Überschuldbproblem durch Senkung der Produzentenpreise bewältigen wollen, was zu einem starken Strukturwandel der Landwirtschaft in den Ländern der europäischen Gemeinschaft führen würde, oder ob sich diejenigen durchsetzen, die durch Kontingentierungen und Mengenregelungen, verbunden mit der Stilllegung von Flächen, die heutigen in den EG-Ländern im allgemeinen immer noch vorherrschenden bäuerlichen Strukturen erhalten wollen. Dazu kommt noch, daß die Produktionsvoraussetzungen etwa für einen englischen Großbauer und einem sizilianischen Kleinbauer oder Pächter völlig verschieden sind und es außerordentlich schwierig sein wird, bei der Lösung so unterschiedlicher Probleme einen gemeinsamen, auf beide anwendbaren Nenner zu finden. Das heißt wiederum, daß auch innerhalb der EG den nationalen Landwirtschaftspolitikern immer noch ein gewisser Spielraum bleiben wird, um auf ihre speziellen Eigenarten einzugehen. Dies kann aber auch bedeuten, daß es heute für Drittländer noch einen breiteren Spielraum gibt, um auch Komponenten ihrer eigenen nationalen Agrarpolitik in ihre Regelungen mit der EG einzubringen, als dies im Jahre 1992 der Fall sein wird, wenn der große freie Binnenmarkt der EG Wirklichkeit geworden sein wird. Dies gilt für Österreich ganz besonders für Sondermaßnahmen für die Bergbauern. Man mag sich nun mit Recht fragen, was all dies mit den im Thema erwähnten fremden Zwängen für die europäischen und damit auch für die österreichischen Bauern zu tun hat. Ich glaube, daß wir unter diesen fremden Zwängen in erster Linie die Zwänge des Marktes zu sehen haben und daß dieser Markt in Zukunft noch mehr als heute von unserem Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft gekennzeichnet sein wird. Ob es uns gefällt oder nicht, und wie immer die endgültigen Regelungen aussehen werden, eines steht für mich

fest:

An der EG, am gemeinsamen Markt, führt auch für die Landwirtschaft in Zukunft noch weniger wie heute irgendein Weg vorbei.

Und darf ich zu diesem Bereich noch ein paar kurze Schlußbemerkungen hinzufügen.

Der österreichische Bauer ist heute mit seinen Kollegen innerhalb der EG durchaus konkurrenzfähig. Es mag zweifelsohne in der EG da und dort Produktionsvoraussetzungen geben, die besser sind als unsere, aber in weiten Bereichen der EG sind diese Produktionsvoraussetzungen keineswegs günstiger, vielfach sogar ungünstiger. Vom Stand seiner Ausbildung und vom Stand seines Wissens her, von der Anwendung neuer und neuester Produktionsmethoden her gesehen, aber auch aus der Sicht der flankierenden Maßnahmen, die dem österreichischen Bauern heute agrarpolitisch geboten werden, ist er mit seinen Kollegen in den meisten EG-Ländern durchaus wettbewerbsfähig. Wenn es gelingt, faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen — und das ist ja letztendes das Ziel aller Anstrengungen — die gemacht werden müssen, um unser Verhältnis mit der europäischen Gemeinschaft zu regeln, brauchen wir daher in Zukunft nicht pessimistisch zu sein.

Und zweitens ganz allgemein gesagt: Die Herstellung eines Nahverhältnisses zur europäischen Gemeinschaft, wie immer dies letztendes ausformuliert sein mag, ist nicht ein Aufbruch in unbekannte Regionen und Welten, sondern betrachtendes, wenn man es historisch betrachtet, eine Rückkehr in die alte Heimat.

Die Geschichte Europas in der Vergangenheit ist untrennbar mit der Geschichte Österreichs verbunden, durch lange Zeiträume ist sie sogar beinahe ident gewesen. Und wenn wir heute ein möglichst nahes Verhältnis mit der europäischen Gemeinschaft suchen, die ja schließlich immer mehr der Kristallisationspunkt für ein zukünftiges Gesamteuropa darstellt, so ist dies nichts anderes, wie die Rückkehr in ein altes Haus, und zwar in ein wohl renoviertes und wohl erneuertes altes Haus, an dessen Errichtung Österreich großen Anteil gehabt hat und zu dessen Hauptbewohnern es durch Jahrhunderte gezählt hat.

Ich habe mit Absicht unter den fremden Zwängen, denen sich der europäische und der österreichische Bauer in Zukunft ausgesetzt sehen wird, als erstes denjenigen Zwang erwähnt, der sich aus dem Bereich Markt ergeben wird, auch deswegen, weil dies im Zusammenhang mit den vorhin erwähnten Fragen unseres zukünftigen Verhältnisses zur EG einen sehr aktuellen Aspekt hat.

Zweifelsohne gibt es aber eine ganze Reihe von weiteren fremden Zwängen, von denen ich aus Gründen der Zeitökonomie nur einen einzigen weiteren erwähnen möchte.

Ich glaube, daß außer den Zwängen, denen sich der Bauer aus seinem Verhältnis zum Markt ausgesetzt sieht, in Zukunft auch das Verhältnis des Bauern zu seiner Umwelt ein Bereich ist, in dem fremde Zwänge wirksam werden können.

Dabei verstehe ich unter dem Wort „Umwelt“ nicht nur die natürliche Umwelt des Bauern, sondern sehr wohl auch seine gesellschaftspolitische Umwelt, das heißt, die Stellung, die der Bauer heute im Rahmen der allgemeinen Gesellschaft einnimmt und die Erwartungen und Vorstellungen, die die anderen Teile der Gesellschaft an ihn, den Bauern, knüpfen. Nun besteht kein Zweifel darüber, daß diese anderen Teile der Gesellschaft den Bauern immer noch und in erster Linie als einen Produzenten von Nahrungsmitteln sehen. Immer deutlicher wird es aber, daß nunmehr in zunehmendem Maße auch die Art der Erzeugung solcher Produkte einer kritischen Beurteilung unterzogen wird, und zwar unter dem Aspekt ihres Einflusses auf die Erhaltung einer gesunden Umwelt.

Ich glaube, wir sollten selbstkritisch genug sein, zu erkennen, daß auch wir in dieser Beziehung in der Vergangenheit Fehler gemacht haben. Denken wir an die heute leider schon so weit verbreiteten Monokulturen im Feldbau, an den übertriebenen Einsatz von natürlichem und auch Mineraldünger bis hin zum Einsatz von Klärschlamm, an den oft überzogenen Gebrauch von chemischen Pflanzenschutzmitteln, und an die Probleme der Massenterhaltungen in allen ihren Formen. All dies hat nicht nur einen Einfluß auf die Qualität der von uns produzierten Produkte, sondern auch einen sehr wesentlichen Einfluß auf die Qualität des Bodens, des Wassers und der Umwelt überhaupt.

Daß diese Entwicklung letztendes auf eine Agrarpolitik zurückzuführen ist, deren Zielpunkt immer noch unter dem Eindruck der Notsituation in der unmittelbaren Nachkriegszeit darin bestand, die Produktion auf ein möglichst hohes Niveau anzuheben, kann zwar als Erklärung für Vergangenes gelten, aber keineswegs als Entschuldigung oder gar Rechtfertigung für die Zukunft.

Ich möchte aber unser Verhältnis zur Umwelt und die Zwänge, die daraus entstehen können, nicht nur auf den Bereich Produktion beschränken, sondern noch einen anderen, mir wesentlich erscheinenden Aspekt erwähnen. Landwirtschaftliche Bauten, im wesentlichen die Bauernhöfe, aber auch Ställe, Lagerräume bis hin zu den Holzschuppen und Heuschuppen, haben das Landschaftsbild im ländlichen Raum immer schon geprägt und prägen es heute noch. Unsere Vorfahren haben ein sehr feines Gefühl dafür gehabt, wie man Schönes und Nützliches vereinen kann. Diese Fähigkeit scheint uns heute vielfach abhanden gekommen zu sein. Es gibt sicher rühmenswerte Ausnahmen — aber allgemein

muß festgestellt werden, daß der pseudo-bäuerliche Baustil vor allem aus einem reinen Kosten-Nutzen-Denken entstanden ist. Der Einwand, Bauen sei in erster Linie Angelegenheit des Bauherrn, mag zwar im ersten Augenblick richtig erscheinen, ist aber kurzsichtig. Bauen bedeutet immer einen gestaltenden Eingriff in die Landschaft. Dieser gestaltende Eingriff kann auf diese Landschaft positive oder negative Wirkung ausüben. In Zeiten eines gesteigerten Umweltbewußtseins der gesamten Gesellschaft werden negative Auswirkungen, und das meine ich nun nicht nur bezogen auf die Frage Hausbau, sondern auch auf den Wegebau, dazu führen, daß die Gesellschaft sich zur Wehr setzt. Sie wird nach Wegen suchen, ihren Einfluß geltend zu machen, sie wird nach Wegen suchen, einzugreifen.

Und hier komme ich zu einem mir sehr wichtig erscheinenden Punkt: Dieses erwähnte Eingreifen der Gesellschaft bedeutet nichts anderes als Maßnahmen zu setzen, die direkt das Eigentum und vor allen Dingen die Verfügungsgewalt über dieses Eigentum betreffen. Der europäische und damit der österreichische und auch der steirische Bauer wird daher in Zukunft dem Umweltaspekt bei der Bewirtschaftung seines Hofes ein erhebliches Augenmerk zuwenden müssen, um sein Eigentum und vor allen Dingen eben auch die Verfügungsgewalt über dieses Eigentum zumindestens im heutigen Ausmaß zu erhalten.

Hier werden in Zukunft von der Gesellschaft hohe Ansprüche, sie können es auch Zwänge nennen, an uns gestellt werden, denen wir uns gewachsen zu zeigen haben. Ich glaube aber, daß unsere Chancen dafür durchaus nicht schlecht stehen. In dem Ausmaß, in dem sich die sogenannten grünen Bewegungen immer mehr als unfähig erweisen, eine umfassende Umweltpolitik zu konzipieren und zu artikulieren, und es sich zeigt, daß sie bestenfalls auf sehr lokaler Ebene zur Lösung von Problemen beitragen können, und im übrigen immer mehr die Merkmale einer ganz normalen weiteren politischen Partei zu tragen beginnen, steigen die Aussichten, dem Leitgedanken zum Durchbruch zu verhelfen, der da lautet: „Wohlangewandte Landwirtschaft ist der beste Umweltschutz.“ Umwelt in umfassendem Sinn zumindest im ländlichen Raum zu erhalten, hat daher zur Voraussetzung, auch Bauern zu erhalten. Und genau unter diesem Gesichtspunkt haben die Ansprüche, die die Gesellschaft im Bereich der Umwelt an die Bauern stellt, für diese durchaus auch einen materiellen Aspekt.

Der durchaus anerkennenswerte Einsatz aller Massenmedien in letzter Zeit hat dazu geführt, daß die Menschen in Europa den Wert einer gesunden Umwelt erkannt haben, und daß sie sehr deutlich die Erhaltung, wenn möglich sogar Vermehrung dieses Wertes verlangen.

Wenn nun immer klarer wird, daß die

Erhaltung einer gesunden Umwelt im ländlichen Raum letztenendes auf der Arbeit der Bauern basiert und diese Wertschöpfung nur durch die Arbeit der Bauern erfolgen kann, so wird wohl auch die Erkenntnis um sich greifen, daß, wie jede andere Wertschöpfung, auch diese Wertschöpfung zu bezahlen sein wird. Und je höher die Qualität dieser Wertschöpfung sein wird, umso höher wird auch der Preis für diese Wertschöpfung sein. Das heißt mit anderen Worten:

Je mehr der Bauer in seiner Arbeit in Zukunft ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt, je mehr er auf die Umweltauswirkungen seiner Arbeit achtet, umso besser wird sein Einkommen werden.

Aus dieser Sicht gesehen, kann man die Zwänge, die sich für den Bauern aus seiner Stellung in der Gesellschaft vor allen Dingen auch im Zusammenhang mit der gesamten Umweltproblematik ergeben, durchaus auch als segensreiche Zwänge bezeichnen.

Ich darf mich nun nach diesen Überlegungen über einige, keineswegs alle fremden Zwänge, denen der Bauer ausgesetzt ist, nunmehr dem zweiten Teil zuwenden, nämlich den eigenen Zwängen, denen der Bauer unterliegt.

Und ich gestehe Ihnen, daß ich mich bei der Vorbereitung dieses zweiten Teiles des Referates viel schwerer getan habe, woraus Sie auch folgern können, daß dieser zweite Teil kürzer sein wird.

Bei den Überlegungen, was man eigentlich unter „eigenen Zwängen“ überhaupt verstehen könnte, bin ich auf die Frage der Werte gekommen, also auf das Problem, welche Wertvorstellungen für den Bauern besonders bezeichnend sind, und ob sich diese Wertvorstellungen der übrigen Gesellschaft einpassen. Auch hier ist mir meine Funktion als Präsident der CEA ein wenig zu Hilfe gekommen.

Ich habe in den abgelaufenen Jahren in dieser Tätigkeit versucht, den Schwerpunkt der CEA und ihrer Tätigkeit in der Entwicklung langfristiger Überlegungen oder Strategien und auch in der Betonung der Bedeutung des Bauernstandes innerhalb der Gesellschaft zu setzen und habe auch bei den Eröffnungen der vergangenen Generalversammlungen immer wieder versucht, diesen Schwerpunkt zu unterstreichen oder deutlich herauszuarbeiten.

Nun gibt es in der CEA, „die zweite Kommission“, und diese zweite Kommission beschäftigt sich mit Gesellschaftspolitik: Dieser Kommission ist im Vorjahr ein Bericht vorgelegen, der den Titel trägt: „Werte in der Berufsbildung und Berufsweiterbildung in der Land- und Forstwirtschaft.“

Zu den Mitverfassern dieses Berichtes zählt übrigens auch ein Steirer, Dipl.-Ing. Herzog von der steirischen Landwirtschaftskammer. Nachdem dieser Bericht sicherlich zum Besten gehört, was man an Gedrucktem über diese Frage überhaupt finden kann, habe ich mich bei

meinen Überlegungen, ob und welche eigenen Zwänge den Bauern aus den für sie besonders signifikanten Wertvorstellungen entstehen, ziemlich genau an diesen Bericht gehalten.

Dabei sollen den Bauern durchaus nicht bestimmte Werte aufgezwungen werden, sondern es dreht sich darum, diese Wertvorstellungen in Beziehung zu setzen zur übrigen Gesellschaft und ihre Einordnungsmöglichkeit und ihr Gewicht für die übrigen Teile der Gesellschaft zu überprüfen. Natürlich haben sich diese Vorstellungen im Laufe der Geschichte immer wieder gewandelt und wir leben heute sicher in einer Zeit, in der dieser Wandel besonders deutlich spürbar wird. Besonders interessant ist es aber, daß gerade heute festzustellen ist, daß eine Rückbesinnung stattfindet, und zwar auf jene Grundwerte, die wir im allgemeinen dem bäuerlichen Berufsstand zuordnen können.

Ich habe schon in einem anderen Zusammenhang über die Frage des Eigentums gesprochen. Gerade der Eigentumsbegriff ist im Laufe der Jahrhunderte immer wieder verschieden interpretiert worden. Dabei hat auch das christliche Denken eine besondere Rolle gespielt. Nicht minder stark ist aber vor allen Dingen in der Vergangenheit der Einfluß des Marxismus gewesen, der bekanntlich Eigentum grundsätzlich ablehnt. Nun gehört sicher der Bauernstand zu den Ständen, die über das meiste Eigentum ver-

fügen, und er war auch aus diesem Grunde im Laufe der Geschichte vielfach Anfeindungen ausgesetzt.

Eines aber unterscheidet den Bauernstand in Bezug auf seine Einstellung zu seinem Eigentum grundlegend von den anderen Ständen, nämlich, daß er, wohl aus seiner christlichen Denkweise heraus, die Sozialpflicht dieses Eigentums immer erkannt und anerkannt hat. Dies, wie gesagt, zum Teil aus seiner Einstellung heraus, zum Teil aber auch durch seine Zustimmung zu gesetzlichen Normen, die die Sozialpflicht des Eigentums festlegen. Besonders deutlich scheint mir dies, wenn Sie mir diese Abschweifung in mein persönliches Fachgebiet verzeihen, in den früheren Waldordnungen und heutigen Forstgesetzen der verschiedensten europäischen Länder, besonders auch in Österreich, in denen neben der Nutzfunktion der Wälder, die ja dem Eigentümer direkt zugute kommen, sehr deutlich auch die übrigen Funktionen der Wälder hervorgehoben und sichergestellt werden — und dies aus Gründen des allgemeinen Nutzens.

Es lassen sich aber durchaus noch andere Beispiele anführen, etwa wie in jüngster Zeit die verschiedenen Naturschutzgesetze, die einen sehr deutlichen Eingriff in das freie Verfügungsrecht des Bauern über sein Eigentum und dessen Nutzung mit sich bringen können. Hier werden innere Zwänge durchaus sichtbar, die eben aus der Anerkennung der Sozialpflicht



des Eigentums und dem Bewußtsein, daß nun daraus auch Nachteile für den Eigentümer entstehen können, resultieren. Nun hat sich, wie ich glaube, in den vergangenen Jahrzehnten die allgemeine Einstellung zum Eigentum gewandelt. Während man vor allem unter dem starken Einfluß des Marxismus die Problemlösung darin zu finden versuchte, vorhandenes Eigentum wegzunehmen und es, wenn möglich, in **Allgemeineigentum, also in Eigentum des Staates** überzuführen, hat heute sicherlich, zumindest in den entwickelten Industrieländern, das Pendel in die **Gegengerichtung ausgeschlagen, nämlich, möglichst viele Menschen in die Lage zu versetzen, Eigentum zu erwerben.** Eigentum ist heute etwas Erstrebenswertes geworden, damit steigt auch die Wertschätzung für Eigentum und damit steigt auch die Wertschätzung und Anerkennung für einen Stand wie den Bauernstand, für den eben Eigentum immer einen besonders hohen Stellenwert gehabt hat.

Zu dem Begriff Sozialpflichtigkeit des Eigentums gehört zwar nicht unmittelbar, aber doch zumindest in diesem Zusammenhang, auch die Begriffe Verantwortung und Freiheit. Ich gehe davon aus, daß heute immer noch die menschlichen Strukturen im ländlichen Raum, zwar nicht mehr in dem Ausmaß wie früher, aber immer noch sehr deutlich, von den Bauern geprägt werden. Diese Strukturen sind gekennzeichnet durch eine Vielzahl von kleinen Gemeinschaften in vielfacher Ausformung. Sie bedeuten nichts anderes als die Möglichkeit, zwischenmenschliche Beziehungen anzubahnen und zu gestalten und damit auch letztendes Verantwortung für andere zu übernehmen. Und es gibt hierfür im ländlichen Raum ein sehr weites Spektrum. Es reicht von der Übernahme öffentlicher Funktionen in diesen kleinen Gemeinschaften, etwa in den Gemeinden, bis zu den unzähligen kleinen Funktionären in den vielen Vereinen im ländlichen Raum, die unermüdlich tätig sind. Und dies keineswegs aus persönlichem Eigennutz, sondern sehr häufig auch unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile. Es bedeutet aber letztendes, daß es hier noch eine Unzahl von Menschen gibt, die sich ihrer Verantwortung für andere Menschen, für ihre Mitbürger, bewußt sind. Die Übernahme einer solchen Verantwortung bedeutet aber wiederum, daß Teile der persönlichen individuellen Freiheit aufgegeben werden, um in Verantwortung für andere einzutreten. Wer die Probleme, die sich aus der Anonymität der Menschen in den großen städtischen Agglomerationen für diese ergeben, kennt, versteht ihre heute immer ausgeprägter und deutlicher werdende Tendenz, aufs Land und in diese kleinen Gemeinschaften zurückzukehren.

Ich glaube, daß gerade die positive Grundeinstellung zu Freiheit und Verantwortung Werte sind, die man dem Bauern zuordnen kann und deren steigende

Bedeutung daher seine Stellung im Rahmen der allgemeinen Gesellschaft in Zukunft stärken werden.

Und nun noch zu einem letzten Bereich von Grundwerten, der vielleicht zu den wichtigsten gehört, dem Bereich Familie und Leben.

Die Familie ist in jeder Hinsicht die Zelle der Gesellschaft. Sie bildet eine natürliche Lebensgemeinschaft nicht nur von Kindern und Eltern, sondern, vor allen Dingen im bäuerlichen Bereich, von mehreren Generationen. Jene sozialen Tugenden und Eigenschaften, auf die die **Gesellschaft ganz im allgemeinen angewiesen ist**, finden sich in der Familie am ausgeprägtesten: Liebe zum Nächsten, Rücksichtnahme, Verträglichkeit, Gerechtigkeit, die Fähigkeit, sich durchzusetzen ebenso, wie sie einzuordnen. Je größer eine Familie ist, desto deutlicher können sich diese sozialen Tugenden entwickeln. Nun ist auch die Großfamilie im bäuerlichen Bereich im Rückzug begriffen, aber sicherlich in ihrem Kern noch vorhanden. Und ihre Vorzüge können sich gerade in diesem Bereich immer noch besonders entwickeln.

Wir können aber den Begriff Familie zumindestens im übertragenen Sinn noch weiter fassen. Es bedeutet letztendes auch die Einstellung zum Leben überhaupt. Und Leben umfaßt nun nicht nur das Leben von Menschen, sondern auch das Leben von Individuen wie Pflanzen und Tieren, mit denen der Bauer in seinem Beruf ständig zu tun hat.

Ehrfurcht vor dem Leben, Ehrfurcht vor der Schöpfung überhaupt ist ihm durch sein eigenes Leben und durch das vielfältige Leben in seinem Milieu vorgegeben. Und gerade hier finden wir wieder einen Ansatzpunkt in unseren Beziehungen zur übrigen Gesellschaft, einen Ansatzpunkt übrigens, den ich bereits einmal erwähnt habe. Die wachsenden Umweltbewegungen und das wachsende Umweltbewußtsein bedeuten letztendes nichts anderes, als daß Leben in jeder Form sich vermehrter Wertschätzung sicher sein kann, daß Leben in jeder Form geschützt werden muß und Leben insgesamt erhalten werden muß, wenn wir alle zusammen überleben wollen.

Und dies bedeutet wiederum, daß Landwirtschaft und lebendige Umwelt nicht zwei verschiedene Begriffe, sondern ein gemeinsames Ganzes sind und daß eine deutliche Bewußtseinsbildung in dieser Richtung, verbunden mit der notwendigen Aufgeschlossenheit der Bauern gegenüber diesen neuen Strömungen, letztendes für diese nur von Vorteil sein kann.

Und damit darf ich zum Schluß kommen.

All das, das ich hier versucht habe, darzulegen, läßt sich wahrscheinlich in einem Begriff zusammenfassen, der in **letzter Zeit so sehr an Bedeutung gewonnen hat, nämlich in dem Begriff der ökosozialen Marktwirtschaft.**

Er umfaßt Umwelt, Werte und Produktion. Es ist außerordentlich erfreulich, daß die österreichische Agrarpolitik, die nunmehr gerade aus diesem Grund auch im Ausland zunehmend Beachtung findet, genau von diesen Zielsetzungen ausgeht. Sie trägt ja auch die Handschrift eines Steirers, nämlich von Minister Dr. Josef Riegler.

In diesem Sinne möchte ich auch jetzt das Wort Zwänge, welches im Titel meines Themas erwähnt worden ist, anders interpretieren, weil es mir viel zu negativ besetzt erscheint. Es gibt in der europäischen Landwirtschaft, damit auch in der österreichischen Landwirtschaft, neue Vorgaben, neue Herausforderungen. Der Bauer ist ein Mensch, der sich im Laufe der Geschichte solchen neuen Aufgaben und neuen Herausforderungen immer wieder ausgesetzt gesehen hat und immer wieder neu gestellt hat.

Bauer sein heißt heute mehr denn je und in erster Linie Unternehmer sein, der sich den marktpolitischen Gegebenheiten anpaßt. Es heißt aber auch, neue Entwicklungen zu erkennen, die auf ihn zukommen und die ihm die Aufgabe zuordnen, Erhalter und Gestalter einer gesunden Umwelt zu sein. Und es heißt letztendes auch, für Werte einzutreten, die nicht nur ihn, sondern auch der übrigen Gesellschaft eine lebenswerte Zukunft sichern. Keine Zwänge also — aber Perspektiven, für die es sich lohnt, zu arbeiten.



VOM GRÜNEN DIRIGISMUS ZUR STAATSWIRTSCHAFT



Das mir gestellte Thema zielt in zwei Richtungen: Einerseits in die Richtung Genossenschaften, andererseits in die Richtung mehr Staatseinfluß. Beidemal stellt sich die Frage, wieweit wird dadurch das bäuerliche Wirtschaften eingeschränkt. So gesehen ist eben auch mein Referat ein Teil des Gesamtthemas: Wie frei ist der Bauer heute noch?

Ich freue mich, daß Generaldirektor Pichler meiner Bitte entsprechen konnte und da ist, denn umso freimütiger kann ich mich zum Thema „Genossenschaften“ äußern.

Blicken wir etwas zurück, die Älteren unter uns werden sich noch erinnern, da gab es eine Landwirtschaft, die sehr stark auf Selbstversorgung ausgerichtet war. Abhängigkeiten gab's trotzdem, von der Natur, der Größe des Betriebes, vom eigenen Können und den Leuten, die am Betrieb mithalfen. Für diese Leute gab es sogar ganz massive Abhängigkeiten und viele Emotionen, die es heute noch in der Arbeiterschaft zu beobachten gibt, stammen aus dieser Zeit, weil es eben unter den Bauern so manchen gab, der im menschlichen Umgang nicht gerade die besten Qualitäten zeigte. Wir sollten das nicht vergessen.

Arbeitsteilige Wirtschaft bringt neue Abhängigkeiten

Nach dieser Phase der Selbstversorgung kam eine arbeitsteilige Wirtschaft, vor allem nach dem 2. Weltkrieg. Dadurch wurden viele Aufgaben, die früher im

bäuerlichen Betrieb erledigt wurden, in die Bereiche vor und nach der Landwirtschaft verlagert. Es wurden immer mehr Betriebsmittel zugekauft und dadurch wurden wir von den Herstellern und Vermittlern dieser Produkte abhängig. Es wurden immer mehr landwirtschaftliche Produkte weiterverkauft und dadurch wurden wir von jenen, die diese Produkte übernehmen, weiterverkaufen und weiterverarbeiten, ebenfalls abhängig. Daß diese neuen Aufgaben zum Teil von genossenschaftlichen Unternehmen übernommen wurden, ändert im Prinzip nichts. Eine Genossenschaft, die Betriebsmittel herstellt oder handelt, muß davon leben und ist deshalb an einem entsprechenden Umsatz interessiert. Und eine Genossenschaft, die unsere Produkte übernimmt, muß schauen, wie sie diese Dinge auf dem Markt unterbringt und davon leben kann. Ich glaube, wir machen oft den Fehler und erwarten uns von den Genossenschaften nur weil sie formell aus lauter Bauern bestehen, in erster Linie eine Produzentenpolitik. Das ist und kann nicht der Fall sein. Wir sollten uns deshalb angewöhnen, diese Dinge realistisch anzusehen, daß es eben unterschiedliche Interessen gibt und uns unbefangener darauf konzentrieren, einen vernünftigen Kompromiß zu finden.

Ziel ist ein vernünftiger Interessensausgleich

Für Funktionäre, die stark im Genossenschaftswesen verankert sind und zugleich Bauernvertreter sind, ergeben sich zweifelsohne Schwierigkeiten, weil sie die unterschiedlichen Interessen, die aufeinanderprallen, in ihrer eigenen Person spüren und trachten müssen, aus diesem Konflikt herauszukommen und einen Kompromiß zu finden. Selbstverständlich wird man beobachten, ob einer nur von der Unternehmensseite her denkt oder er sich auch ein starkes, bäuerliches Denken bewahrt hat, und man wird daraus Schlußfolgerungen ableiten.

Konfliktbereiche zwischen Landwirtschaft und vor- bzw. nachgelagerten Wirtschaftsbereichen

Einige dieser Konfliktfelder habe ich selber sehr deutlich miterlebt.

Als wir 1978 die Richtmengenregelung als eine Beschränkung der Produktion einführen, haben wir uns mit der Ver-

arbeitungsseite auf kein gemeinsames Mengenziel einigen können, welches wir gemeinsam angestrebt hätten. An diesem ungelösten Konflikt haben wir bis heute gelitten. Wir haben 1978 ein Bremssystem eingeführt und haben uns doch nicht auf die Bremse zu steigen getraut.

Erst als die Absatzförderungsbeiträge exorbitant gestiegen sind, wurde ein Umdenken erzwungen. Aber der Konflikt verfolgt uns bis heute, wenn ich etwa an die unterschiedliche Beurteilung und Propaganda der freiwilligen Lieferverzichtsaktion denke.

Ein anderes Beispiel ist der leidige Ab-Hof-Verkauf von Milch und Milchprodukten. Die Verarbeitungsseite befürchtete die Konkurrenz durch eine Direktvermarktung Bauer/Konsument. Aber es gehen auch dem Ausgleichssystem — soweit schwarz verkauft wird — Mittel verloren. Es gibt aber nicht nur einen Konflikt zwischen Molkereien und Lieferanten, sondern auch einen innerhalb der Bauernschaft. Durch einen vermehrten schwarzen Ab-Hof-Verkauf wird der offizielle Inlandsabsatz niedriger und damit auch die Basis für die Richtmengen. Außerdem muß mehr exportiert werden. Die Folge sind höhere Absatzförderungsbeiträge oder eine Kürzung der ausgegebenen Richtmengen.

Ein dritter Konfliktbereich, der mich in letzter Zeit besonders beschäftigt hat, ist unsere Produzentenpreispolitik. Die Verarbeitungsseite befürchtet, daß durch zu hohe Konsumentenpreise der Inlandsabsatz zurückgeht und unsere heimische Produktion noch mehr durch Importe unterlaufen wird. Der Wunsch, die Konsumentenpreise zu stabilisieren oder gar zu senken, führt dazu, auch bei den Produzentenpreisforderungen größte Zurückhaltung zu üben. Bauernvertreter, die zugleich in der Molkereiwirtschaft Verantwortung tragen, stehen daher in einem echten Konflikt. Und es stellt sich schon die Frage, ob die Befürchtungen eines eventuellen Absatzrückganges nicht überbewertet werden. Und wenn wirklich soviel schwarz importiert würde, wie immer behauptet wird, müßte dies im Rückgang des Absatzes aus heimischer Produktion einen viel deutlicheren Niederschlag finden. Schließlich müssen wir uns noch vor Augen halten, daß nicht nur Nahrungsmittel, sondern viele andere Produkte und Dienstleistungen heute im Ausland billiger sind als bei uns. Trotzdem habe ich noch keinen Gewerkschaftsvertreter gehört, der auf Lohnerhöhungen verzichtet will, weil die Produkte im Vergleich zum Ausland sonst zu

teuer würden. Wahrscheinlich müssen wir aufpassen, daß wir in unserer Produzentenpreispolitik nicht päpstlicher sind als der Papst, und vor Forderungen zurückschrecken, nur weil wir wissen, daß sie sehr schwer durchzusetzen sind.

Als letztes Beispiel für einen Konflikt zwischen der Landwirtschaft und den ihr vor- bzw. nachgelagerten Bereichen möchte ich die Flächenstilllegung im Getreidebau anführen. Als ich im Frühjahr 1985 vom Österreichischen Bauernbund zur Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs übersiedelte, war es eine meiner ersten Aufgaben, an einer Studie der Sozialpartner über diese Frage mitzuwirken. Schnell zeigten sich die Interessenslagen. Alle wollten, daß die Landwirtschaft im Kreislauf der arbeitsteiligen Wirtschaft bleibt und nicht ausspringt. Ja selbst die Bauern wollen lieber produzieren, als Flächen stilllegen. Dabei läßt sich, wie seinerzeit bei der Milch, nachweisen, daß der Getreideexport den Bauern mehr kostet, als es ihnen bringt. Bekämen sie die Abgaben und Verwertungsbeiträge zurück, könnten damit die fehlenden Deckungsbeiträge auf den stillgelegten Flächen ausgeglichen werden und es blieben die staatlichen Mittel noch immer für andere Zwecke übrig. Eine wirksame Flächenstilllegung erfordert allerdings eine konsequente Selbstverwaltung durch die betroffenen Bauern und eine konsequente Kontrolle. Mit einem Wort, mehr Bürokratie. Davor schrecken heute noch die meisten zurück, und ich fürchte, wir müssen auch bei Getreide einen so leidvollen und teuren Lernprozeß durchmachen, wie es bei der Milch geschehen ist. Mehr Bürokratie: Damit bin ich beim zweiten Teil meines Referats. Doch zuerst möchte ich den ersten Teil über die Abhängigkeiten der Landwirtschaft von dem ihr vor- und nachgelagerten Bereich (auch wenn er genossenschaftlich organisiert ist) mit ein paar Feststellungen abschließen:

1. Unternehmen in dem der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereich unterliegen Eigengesetzlichkeiten, auch wenn sie genossenschaftlich organisiert sind. Sie wollen in ihrem Bereich bestehen.

2. Den Bauern würde es überall dort ohne Genossenschaften schlechter gehen, wo es dadurch zu weniger Konkurrenz käme.

3. Funktionäre, die Bauernvertreter und Genossenschaftsvertreter sind, müssen einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen finden. Vor ähnlichen Schwierigkeiten stehen beispielsweise auch Vertreter im Landtag, Nationalrat oder in einer Regierung, weil es auch dort jeweils um den Ausgleich unterschiedlichster Interessen geht.

4. Jede Organisation hat Mängel. Beispielsweise haben auch die letzten Umfragen über die Gewerkschaften oder über die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft viel Unzufriedenheit zutage gefördert. Nicht anders würde es sich mit den Genossenschaften verhalten. Die SPÖ hat deshalb versucht, die Unzufriedenheit auszunützen, aber leider nicht mit dem Ziel, die Einrichtungen im Sinne der Bauern besser zu machen, sondern lediglich, um bei den Wahlen mehr Stimmen zu bekommen. Diesen Zusammenhang sollten wir nicht übersehen.

Eigentlich hätte hier auch noch die spezielle Finanzierungsform der Genossenschaften behandelt werden sollen, aber dazu halte ich mich für zu wenig kompetent. Ich wende mich deshalb dem zweiten Teil meines Referates zu und möchte nun über den zunehmenden Staatseinfluß in der Landwirtschaft sprechen.

Zunehmender Staatseinfluß

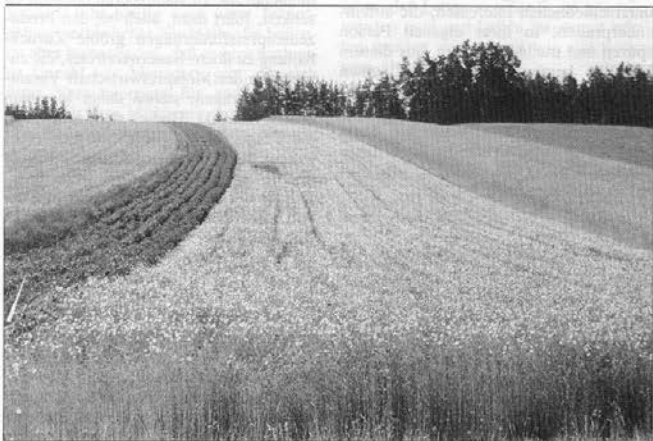
Die Gesellschaft greift immer mehr in die Agrarpolitik ein. Warum ist das so? Da gibt es durchaus legitime Gründe. Die Gesellschaft hat ein großes Interesse an

einer verlässlichen Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, und diese Versorgung soll preiswert sein. Daher besteht auch die Bereitschaft, die einheimische Landwirtschaft nach außen hin zu schützen, denn sie würde sonst durch Importe auf Weltmarktpreisniveau ruiniert. Die Gesellschaft hat darüber hinaus ein Interesse an einer kontinuierlichen Preisentwicklung in der Landwirtschaft, weil bei starken Preissprüngen auch ein sprunghaftes Auf und Ab in der Produktion die Folge wäre. Es wurden daher im Laufe der Zeit neben dem Außenschutz eine Reihe von Instrumenten entwickelt, welche eine kontinuierliche Preis- und Produktionsentwicklung sichern sollen. Ich will jetzt nicht sämtliche Instrumente aufzählen. In der Viehwirtschaft wird der Preis vor allem durch Importe und Exporte sowie den damit verbundenen Stützungen gemacht. Bei Milch und Brotgetreide gibt es amtlich geregelte Preise. Die Preise für Futtergetreide sind ebenfalls von Inlandsaktionen und Exporten, samt deren Finanzierung, abhängig.

Wesentlich weniger Interesse zeigt die Gesellschaft, wenn die Landwirtschaft auf ihre unbefriedigende Einkommensentwicklung hinweist. Große Teile der Bevölkerung glauben nicht, daß es der Landwirtschaft schlecht geht. Einerseits, weil sie Einkommen mit Vermögen verwechseln, andererseits, weil sie folgende Überlegung anstellen: Ginge es den Bauern wirklich so schlecht, wie sie sagen, würden sie die erwünschten Leistungen ja gar nicht erbringen. Da dies nicht der Fall ist — es gibt mehr als genug zu essen und unsere Landschaft ist nach wie vor eine der schönsten weit und breit — kann es den Bauern auch nicht schlecht gehen.

Die Mehrheit bestimmt

Wenn nun die Gesellschaft in die Agrarpolitik eingreift, um die Versorgung sicherzustellen, so tut sie dies durch Gesetze. Gesetze werden auf Bundesebene durch den Nationalrat und Bundesrat, auf Landesebene durch die Landtage beschlossen. Entscheiden tut die Mehrheit. Die Durchführung der Gesetze obliegt auf Bundesebene den Ministern, auf Landesebene den Landesräten mit ihren Behörden und Ämtern. Sie versuchen, die in den Gesetzen vorgegebenen Linien durch Verordnungen und Bescheide bis zu uns herunter zu realisieren. Die Zusammensetzung der Regierungen hängt wiederum von den Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat und im Landtag ab. Schon daraus kann man erkennen, daß die Agrarpolitik nicht etwas ist, was die Bauern oder ihre Vertretung macht. Entscheiden tun die jeweiligen Mehrheiten, und dabei werden unsere Interessen soweit berücksichtigt, als es den anderen angemessen erscheint. Das ist die Realität, und wir sollten uns immer vor Augen führen, daß Politik nichts Abstraktes ist, und was mit den Bauern geschieht nicht auf irgendeinem Zufall beruht, sondern



eine Folge der Mehrheitsverhältnisse ist. Viele junge Menschen scheinen diese Zusammenhänge überhaupt nicht zu erkennen. Für sie ist Politik — ich überzeichne — wenn einige überproportional viel verdienen und mehr oder weniger blöd dastehen.

Ein Rückblick auf die vergangenen Jahre zeigt uns sehr wohl den Einfluß der Mehrheitsverhältnisse. 1970 trat Kreisky erstmals seit 1945 mit einer sozialistischen Alleinregierung an. Die ÖVP hatte verspielt, weil sie 1966/70 unter anderem zu wenig auf ihre Stammwähler Rücksicht nahm und beispielsweise ihre politische Großtat für die Bauern, die Einführung der Bauernpension, vielen gar nicht gleich bewußt geworden ist. Solange die sozialistische Alleinregierung auf schwachen Beinen stand, sah Kreisky in den Bauern, und da wieder vor allem in den Bergbauern, potentielle Hilfsgruppen, um eine Mehrheit zu erhalten. Es gab damals Versuche, den Bauernbund oder einzelne bäuerliche Abgeordnete aus der ÖVP herauszuberechnen, und erst, als dies nicht gelang, arrangierte sich Kreisky mit der FPÖ. Kreisky war in meinen Augen eben ein Spieler in der Politik. Es machte ihm anscheinend nicht so viel aus, ob die Dinge so oder so liefen. Entscheidend war, daß er im Mittelpunkt stand. Insofern war er kein von Verantwortung geprägter Politiker.

Als die sozialistische Mehrheit von Wahl zu Wahl größer wurde, zeigte sich auch, wer innerhalb der sozialistischen Partei das Sagen hat. Man braucht nur in den jeweiligen Protokollen der ÖGB-Kongresse oder in den Memoranden der Arbeiterkammer an die Bundesregierung die paar Punkte über die Agrarpolitik nachzulesen. Da heißt es: Die Bauern sollen mehr Steuern zahlen, die Bauern sollen mehr zu ihrer Sozialversicherung beitragen, sie sollen sich die Exporte ihrer Produkte möglichst selber finanzieren und sie dürfen Produktionsalternativen nur anbauen, soweit dadurch die Steuerzahler und Konsumenten nicht mehr belastet werden. Vergleicht man die Agrarpolitik während der zweiten Hälfte der 70er und anfangs der 80er Jahre mit diesem Programm, so weiß man, wer den Ton angegeben hat. Die SPÖ-Bauernvertreter waren es jedenfalls nicht.

1983 sind dann die Freiheitlichen angetreten und haben ein Wunschprogramm für die Bauern erstellt, das schöner nicht sein könnte. Sowohl im eigentlichen Agrarprogramm als auch in der Wahlplattform der FPÖ ist alles drinnen, was sich ein Bauer nur ausdenken kann. Wir haben schon damals in der Wahlwerbung gesagt, auch wenn die Freiheitlichen Bauernvertreter voller guter Absichten sind — und daran möchte ich nicht zweifeln — so haben sie doch in ihrer Partei, und diese wieder innerhalb einer SPÖ/FPÖ-Koalition, zu wenig Gewicht, um die Dinge wirklich zu beeinflussen. Die Entwicklung hat das deutlich gezeigt. Die SPÖ-Agrarpolitik wurde nahezu un-



verändert fortgesetzt. Haider machte es sich am Ende dieser mißglückten Koalition leicht, indem er sagte, das war nicht ich, sondern Steger und seine Konsorten. Und Haider konnte es sich noch einmal leicht machen, als er erkennen mußte, daß er keine Chance hat, in eine Regierung zu kommen. Seither verspricht er, was die Leute gerne hören, denn er braucht ja nicht nachzuweisen, was er wirklich zusammenbringt.

Es ist richtig, daß die ÖVP auch während der SPÖ-Alleinregierungszeit und während der SPÖ/FPÖ-Koalition agrarpolitisch Einfluß hatte, weil gewisse Gesetze ja nur mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit beschlossen werden konnten. Die Position der ÖVP war dabei aber nicht besonders stark, denn letztendlich wollte sie ein Auslaufen der gesetzlichen Regelungen nicht riskieren. Sie konnte sozusagen nur „Ärgeres“ verhindern und mußte dafür auch noch die Mitverantwortung übernehmen. Im übrigen ist auch die ÖVP keine Bauernpartei, denn dann wäre sie ja nicht mehrheitsfähig. Andererseits wählen traditionellerweise so viele Bauern die ÖVP, daß diese Partei auf bäuerliche Interessen am meisten Rücksicht nehmen muß.

Soweit also zum zunehmenden Staatseinfluß, der in Gesetzen seinen Niederschlag findet, die wiederum von den jeweiligen Mehrheiten im Nationalrat beschlossen werden.

Aber nicht nur die Gesellschaft greift immer mehr in die Agrarpolitik ein, auch die Bauern selbst bzw. ihre Vertreter müssen für immer mehr Reglementierungen eintreten.

Die bürokratische Agrarpolitik

Zur Vorbereitung dieses Referates habe ich einige Bauern gefragt, wo sie sich in ihrer Freiheit am meisten eingeschränkt fühlen. Bezeichnenderweise nannte kaum einer die Politik, obwohl diese ja bestimmt wieviele Bauern in Österreich von der Landwirtschaft leben können. Am

häufigsten wurden Einschränkungen der Wirtschaftsweise am eigenen Betrieb genannt; das geht einem offensichtlich am meisten auf die Nerven: Die Richtmengenregelung, die neuen Vorschriften über die Keimzahl in der Milch, die Probleme mit der Direktvermarktung, die Mahlweizenkontingentierung usw.

Hat diese bürokratische Agrarpolitik, wie ich sie nennen möchte, eine Berechtigung?

Das Beispiel Richtmengenregelung

Ich war 1978 ein Verfechter der Richtmengenregelung. Einfach aus der Überlegung heraus, daß die Bauern für einen Teil ihrer Milch mehr Geld auf den Tisch legen müssen (damit exportiert werden kann), als sie für diese Milch bekommen. Will man nun die Milchlieferung einbremsen, braucht man eine Ausgangsbasis. Logischerweise nimmt man dafür eine möglichst aktuelle Basis. Das waren damals die beiden letzten Lieferjahre, und natürlich kommt es dabei zu Ungerechtigkeiten, denn der eine hatte in diesen beiden Jahren ein Unglück im Stall, der andere hatte investiert, aber den Kuhbestand noch nicht entsprechend aufgestockt, usw. Solche Ungerechtigkeiten sind bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich. Alle Reparaturversuche haben nur einen beschränkten Erfolg.

Weitere Schwierigkeiten ergaben sich daraus, daß viele erst mit Einführung der Richtmengen Vergleiche zu ziehen begannen: Ich bin so groß wie mein Nachbar, habe aber eine kleinere Richtmenge; mein Nachbar hat eine viel kleinere Futterfläche, aber eine viel größere Richtmenge als ich; mein Nachbar hat einen Nebenerwerb, ich nicht; mein Nachbar hat neben seiner Milchwirtschaft noch eine gute Waldausstattung, ich nicht, usw. So ist es nicht verwunderlich, daß im Laufe der Diskussion der Wunsch nach einer „gerechten“ Richt-

teilung auftauchte. Professor Haiger trat noch vor kurzem vor Studenten an der Universität für Bodenkultur für eine gerechte Neuverteilung der Richtmengen ein. Ich sagte ihm, dies sei unrealistisch. Was ist eine gerechte Verteilung? Dabei müßten so viele Gesichtspunkte Berücksichtigung finden, daß das Ganze nicht mehr praktikabel sei, und wieso solle man sich bei einer Neuverteilung auf die Richtmengen beschränken, warum nicht auch Grund und Boden, den Wald, das Vermögen neuverteilen? Wenn man sich diese Konsequenz vor Augen hält, erkennt man, wie problematisch der Ruf nach einer gerechten Neuverteilung ist. Außerdem würde man damit die Politik überfordern. Ich kenne keinen Fall, wo einem etwas weggenommen wurde, um es einem anderen zu geben. Die Politik hat sich immer darauf beschränkt, bei der Verteilung zusätzliche Mittel steuernd einzugreifen.

Jedenfalls war das Ziel der Milchmarktregelung 1978 nicht eine gerechte Richtmengenverteilung, sondern ein Einbremsen der Milchlieferung nach dem damaligen Stand.

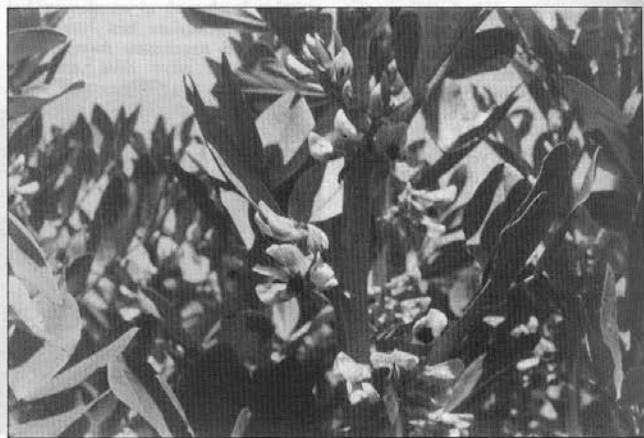
Natürlich wird durch eine solche Regelung der Strukturwandel innerhalb der Milchproduzenten beeinträchtigt. Grundsätzlich können nur die freierwerbenden Richtmengen zur Aufstockung anderer Lieferanten verwendet werden. Minister Riegler wird diesbezüglich neue Vorschläge unterbreiten. Bevor wir uns in neue hitzige Debatten stürzen, sollten wir uns daran erinnern, daß es nur sehr wenig zu verteilen gibt. Erfahrungsgemäß werden etwa 30.000 Tonnen pro Jahr frei. Ein Bruchteil dessen, was für die Befriedigung der Nachfrage erforderlich wäre.

Aber was wäre die Alternative zur „bürokratischen Agrarpolitik“? Der freie Markt. In einem solchen Markt würden die größeren Produzenten rasch weiterwachsen und die Bauern mit schwierigen Produktionsbedingungen, also beispielsweise auch einen Großteil der Bergbauern, verdrängen. Sicher könnte jeder neu anfangen, aber er müßte über soviel Kapital verfügen, daß er die finanzielle Durststrecke aushält, bis er andere vom Markt verdrängt hat.

So würde die Realität ausschauen. Und wer über die Reglementierung und die zunehmende Verbürokratisierung der Agrarpolitik klagt, sollte sich diese Alternative immer wieder vor Augen halten und darüber nachdenken, wie es ihm dabei ginge.

Das Beispiel Flächenstilllegung

Als letztes Beispiel möchte ich den Getreidemarkt nennen, in den auch immer mehr Eingriffe erfolgen. Zuerst versuchte man, den Getreideanbau durch Produktionsalternativen zurückzudrängen. Dieser Weg erwies sich als teuer. Die Förderungen waren überhöht; das Zu-



rückschrauben ist ein schwieriges Unterfangen. Außerdem wurden die deckungsbeitragsschwächsten Produkte hinausgeworfen, also vor allem Gerste und Hafer. Bei Weizen begann man mit einer Kontingentierung, welche aber auch das Mengenproblem nicht löst, sondern nur durch eine Preisdifferenzierung (Preis innerhalb und außerhalb des Kontingents) das Exportieren billiger macht. Bei Mais werden ähnliche Überlegungen angestellt: Entweder Preissenkung oder zusätzliche Exportfinanzierungsmittel durch Abgaben etc. Auch damit bekommt man die Mengenproblematik nicht in den Griff.

Nach meiner Meinung ist die wirkungsvollste Maßnahme eine zwangsweise Flächenstilllegung. Zwangsweise, weil sonst wieder überhöhte Förderungen gezahlt werden müssen. Es genügt, wenn der betroffene Landwirt seinen Deckungsbeitragsausfall ersetzt bekommt. Und dafür reichen die Mittel, die die Bauern heute für die Exporte zur Verfügung stellen müssen. Die Stilllegung muß in Form einer Rotationsbrache erfolgen, damit alle Flächen — die guten und die schlechten — eines Betriebes innerhalb eines gewissen Zeitraumes erfaßt werden. Um eine korrekte Abwicklung der Rotationsbrache sicherzustellen, muß sie durch eine Selbstverwaltung der betroffenen Bauern auf Ortbene durchgeführt werden. Für jeden Betrieb ist ein Flächenverzeichnis und ein Rotationsplan notwendig. Die örtliche Gemeinschaft hätte auch eine Stichprobenweise Kontrolle vorzunehmen und darüber ein Protokoll anzulegen. Die eigentliche Kontrolle mit Sanktionen hätte überörtlich zu erfolgen.

Solche Überlegungen scheinen heute noch vielen undenkbar, und deshalb stoßen sie auch bei den verantwortlichen Funktionären noch auf wenig Gegenliebe. Aber auch die bürokratische Agrarpolitik erfordert Konsequenz, sonst wird man uns zurecht zwei Vorwürfe machen: 1. Ihr schaut ja gar nicht darauf, daß die Regeln eingehalten werden, und wer sich

am wenigsten daran hält, hat daher den größten Vorteil.

2. Ihr macht uns immer mehr Vorschriften, und von einer finanziellen Entlastung ist doch nichts zu spüren.

Sicherlich erfordert diese bürokratische Agrarpolitik ein gewaltiges Umdenken. Aber es geht auf die Dauer nicht, daß sich eure Vertreter Reglementierungen ausdenken, weil sie glauben, dies ist unter den gegenwärtigen Umständen die beste Lösung, und die betroffenen Bauern denken nur darüber nach, wie sie die Reglementierungen zu ihrem Vorteil mißbrauchen können. Wir müssen uns letztendlich schon dazu durchringen, die als richtig erkannten Wege gemeinsam zu gehen.

Die Alternative wäre eine marktwirtschaftliche Lösung, das heißt Preissenkungen, im Extremfall auf das Exporterlösniveau. Dadurch würde der Strukturwandel innerhalb der Landwirtschaft beschleunigt. Die großen Betriebe in günstiger Lage würden rasch weiterwachsen. Betriebe mit ungünstigen Produktionsvoraussetzungen würden früher oder später ausscheiden. Eines sollte uns aber klar sein, und der frühere Bundesminister Ertl hat bei einer sehr interessanten Agrosserta-Veranstaltung über die EG-Problematik meiner Meinung nach sehr richtig gesagt: Das Produktionsgleichgewicht erreichen wir mit diesen Maßnahmen nicht.

Man sollte daher den sogenannten Marktwirtschaftlern sagen: Warum schlägt ihr diese Rezepte nur für die Agrarpolitik vor? Vor kurzem war ich zu einer Tagung des Kummer-Institutes, einer traditionsreichen politischen Einrichtung des ÖAAB, zum Thema „Soziale Marktwirtschaft“ eingeladen. Als ein Beispiel für mehr Markt war in dem Programm — ich möchte fast sagen: selbstverständlich — die Landwirtschaft vorgeschlagen. Ich war sehr verärgert und sagte: Warum nehmt ihr nicht ein Beispiel aus eurem Einflußbereich, um daran zu demonstrieren, wie toll es mit der Marktwirtschaft

geht. Warum schlägt ihr nicht zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme vor, die Löhne solange herunterrutschen zu lassen, bis sich wieder ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage einstellt? Bekanntermaßen gibt es ja nicht zuwenig Arbeit und deshalb Arbeitslose, sondern man kann für diese Arbeiten niemanden „d'zahlen“. Ich habe bis jetzt noch niemanden gesehen, der sich solche Rezepte vorschlagen getraut. Wo gibt es im Gesundheitswesen den berühmten Markt? Oder in der Verkehrswirtschaft, in der Energiewirtschaft, der Gewerbeordnung, den Regelungen für die sogenannten freien Berufe wie Ärzte, Notare und Ziviltechniker. Sie alle haben eine Unzahl von Einschränkungen durchgesetzt, damit der freie Markt nicht spielt und sie gut verdienen können.

Gleiches Recht für alle

Wir müssen mehr als bisher auf diese ungleiche Vorgangsweise hinweisen. Sagen wir: Wenn mehr Markt, dann nicht nur in der Landwirtschaft.

Unser Problem ist, daß wir viel zuwenig gegprächsfähig über andere Bereiche sind, weil wir zuwenig Einblick haben.

Umgekehrt haben sich andere gesellschaftliche Gruppen wie beispielsweise die Arbeiterkammer, der Gewerkschaftsbund und die Handelskammer ein ungeheures Mitspracherecht in der Agrarpolitik erwirkt. Sie reden heute bei agrarpolitischen Details mit, die wirklich nicht ihr Anliegen sein müßten. Ich denke nur etwa an die jüngste Festlegung der Keimzahl oder ein Beispiel aus den eben beginnenden Marktordnungsverhandlungen 1988: Viele Bauernvertreter wollen eine regionale Verteilung der freiverwendenden Richtmengen. Ich halte diesen Weg für problematisch, aber wenn man ihn geht, wäre es naheliegend, damit die Landwirtschaftskammern zu betrauen. Angeblich wurde aber schon seitens der anderen Sozialpartner signalisiert, daß dies nicht in Frage käme. Solche Gremien müßten sozialpartnerschaftlich zusammengesetzt werden. Das heißt, es würde die Arbeiterkammer, der Gewerkschaftsbund und die Handelskammer ein gleichrangiges Mitspracherecht haben, wer beispielsweise innerhalb der Steiermark freiverwendende Richtmengen bekommt. Eine derartige Entwicklung muß die Sozialpartnerschaft aus dem Blickwinkel der Landwirtschaft immer mehr in Mißkredit bringen.

Uns ist es nicht annähernd gelungen, ein ähnliches Mitspracherecht in anderen Bereichen zu erwirken. Als Beispiel möchte ich die Steuerreform nennen. Es war innerhalb der ÖVP nicht möglich, einen Bauernbundesvertreter in das Verhandlungsteam zu bekommen. Wirtschafts- und Arbeitnehmerseite haben dies abgelehnt, weil sie als Sozialpartner viel besser aufeinander eingespielt sind. Außer dem hieß es, die Einheitswertsache sei

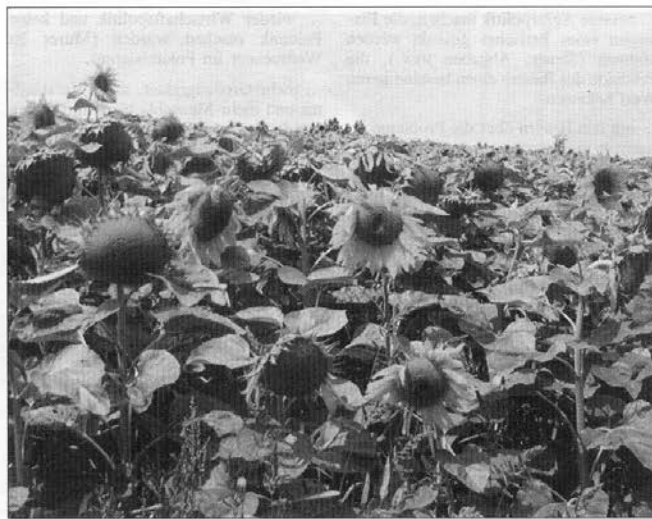
ohnedies schon erledigt, die Landwirtschaft daher nicht betroffen. In Wahrheit sind wir mehrfach betroffen. Erstens haben wir ein Interesse an der Ankurbelung der Wirtschaft (durch Steuerbegünstigungen), weil viele Bauern auf einen zusätzlichen Erwerb angewiesen sind. Zweitens interessiert uns die Neuregelung für die Arbeitnehmer, weil 50% der Bauern Nebenerwerbsbauern sind. Drittens darf die Steuerreform nicht zu einer neuen Erhöhung des Budgetdefizits führen. Dadurch würde nämlich der Druck, auf der Ausgabenseite des Budgets noch mehr einzusparen, größer. Es muß also gewährleistet sein, daß innerhalb der Steuerreform Begünstigungen auf der einen Seite durch den Wegfall von Begünstigungen auf der anderen Seite ausgeglichen werden. Dieser Grundsatz wurde zwar immer wieder beteuert, wenn man aber nicht bei den Verhandlungen ist, läßt sich schwer beurteilen, wie weit er eingehalten wurde.

Bürokratische Agrarpolitik und EG

Gegen eine zunehmende Reglementierung in der Landwirtschaft wird auch immer wieder der angeblich bevorstehende Anschluß an die EG ins Treffen geführt. Die EG wird immer wieder dazu benützt, verschiedenen Argumenten Schubkraft zu verleihen. Beispielsweise hört man, daß die Industrie deshalb an einem Anschluß interessiert sei, weil dadurch der Strukturwandel in Österreich rascher in Bewegung käme und weil das angeblich überhöhte Niveau unserer Sozialleistungen abgebaut würde. Minister Riegler vertritt eine sehr überlegte Linie. Man soll die Probleme eingehend studieren, bevor man zu übereilten Schlüssen kommt. Für mich war eine Bemerkung

unseres Vertreters in Brüssel bei einer Sondertagung des Agrarclubs von Interesse. Er sagte, es sei ihm unverständlich, wieso wir nur gebannt auf Deutschland schauen und ständig von der Beseitigung sämtlicher Reglementierungen reden. Innerhalb der EG gäbe es nach wie vor Länder, wo alles, vom Konsumentenpreis bis zum Bauernpreis, durchreglementiert sei. Vor diesem Hintergrund sollte man auch die bei uns anlaufende Diskussion über eine Molkereireform sehen. Es wird nicht bestritten, daß es Rationalisierungsreserven gibt. Aus der Sicht der Landwirtschaft kommt es aber darauf an, wenn die Auflösung dieser Reserven zugute kommt. Wenn man die Konsumentenpreise freigibt und dem Handel noch mehr Macht verleiht, besteht die Gefahr, daß es zwar zu einer radikalen Strukturveränderung in der Molkereiwirtschaft kommt, die Vorteile aber nur dem Handel und den Konsumenten zugute kommen.

Damit möchte ich schließen. Ich habe im zweiten Teil meines Referates versucht, die starke Mitsprache der anderen gesellschaftlichen Gruppen — sie sind sozusagen der Staat — in der Agrarpolitik aufzuzeigen. Weiters habe ich die zunehmende Reglementierung in der Landwirtschaft geschildert und dafür den Ausdruck bürokratische Agrarpolitik verwendet. Diese Reglementierung ist zum Schutz der Bauern, verlangt aber auch mehr Konsequenz in der Handhabung und Kontrolle. Auf den Ruf der anderen Gruppen, „mehr Markt in der Landwirtschaft“, sollten wir selbstbewußter antworten: Dann auch mehr Markt in den anderen Bereichen. Der Hinweis auf die EG eignet sich nicht, um gegen Regulierungen in Österreich vorzugehen, denn auch die EG kennt ein hohes Maß an Regulierungen.



MEINUNGEN DER TEILNEHMER

Ich fühle mich freier, wenn die anderen...

... meine Arbeit erledigen.

... die gleichen Verpflichtungen haben.

... meine Arbeitsleistung anerkennen und ich unterstützt werde.

... mehr für die Gemeinschaft eintreten und kämpfen.

... nicht überall mitreden würden.

... die Politiker und Funktionäre verantwortungsbewußter wären.

... nicht anschaffen würden (Befehlsempfänger).

... finanziellen Belastungen (Steuern und Abgaben) nicht so hoch wären.

... wenn ich mit anderen Berufskollegen über die Probleme meiner Sparte in der Landwirtschaft spreche und versuche irgend einen Beitrag zu erarbeiten, der dazu beitragen würde, daß es besser wird oder besser werden könnte.

... meine Arbeit und Verpflichtungen übernehmen.

... das machen, was meine Lebensqualität besser sichert.

... mehr Verständnis für den Nächsten haben, aber nicht Egoismus.

... mehr Verantwortung und Funktionen übernehmen würden.

22 ... mir mit Ehrlichkeit begegnen, Grenzen setzen, Kompetenzen abklären bzw. meine Grenzen akzeptieren.

Sie sollten ehrlich sein. Sie sollten stärker kämpfen. Sie sollten die Bevölkerung nicht für blöd verkaufen (vorher beschließen, nachher darüber diskutieren: Zwentendorf, Draken und EG).

... bessere Agrarpolitik machen, die Fixkosten eines Betriebes gesenkt werden könnten (Steuer, Abgaben usw.), die Produkte des Bauern einen beständigeren Wert bekämen.

... mit den Bauern über die Probleme intensiver diskutierten.

... der Bauer zu Bauer ehrlicher sein würde.

... meinen Standpunkt in der Öffentlichkeit vertreten würden und mit den Leuten aus anderen Berufssparten darüber reden würden, gegenseitiges Aufklären der anderen Berufsgruppen über meine Arbeitstätigkeit.

... meine Leistungen mehr schätzen.

... unsere Arbeit schätzen würden.

... andere Berufsgruppen uns besser verstehen würden.

... mich respektieren würden.

... auf meine Meinung und Bedürfnisse mehr Rücksicht nehmen.

... Rücksicht üben.

... sich etwas mehr in meine Lage als Bäuerin hineindenken würden.

... wenn die anderen (Sozialpartner) mir als Bauer den Gestaltungsspielraum erweitern und mir vor allem mehrere Möglichkeiten bieten und mich nicht nur vor vollendete Tatsachen stellen.

... wenn nicht alles schon vom Staat vorgegeben und vorgeschrieben ist.

... mit Verantwortung und Mut entscheiden.

... wenn die Berufskollegen (Bauern) sich mehr ausreden und gegenseitig beraten würden.

... sich besser informieren, versuchen, die Bauern besser zu verstehen, das eigene Ich etwas zurückstellen.

... mit Ehrlichkeit und Gesprächsbereitschaft mitarbeiten, wenn kompetente Leute mitarbeiten.

... ihrerseits mehr Interesse und Verständnis für mich aufbringen.

... vernünftiger produzieren würden, wodurch gewisse Beschränkungen (Kontingente) aufgehoben werden könnten.

... flächenbezogen arbeiten würden.

... auch so viel arbeiten würden wie ich.

... wenn ich sicher sein kann, daß es die anderen ehrlich meinen.

... glaubwürdiger und solidarisch wären.

... sich in der Gesellschaft einordnen würden.

... wieder Wirtschaftspolitik und keine Polemik machen würden (Murer ist Weltmeister im Polemisieren).

... mehr Großzügigkeit, mehr Verständnis und mehr Menschlichkeit aufbringen würden.

... unsere Arbeit anerkennen und auch den Bauern helfen lassen würden.

... mehr im Sinne der Bauern handeln würden (z. B. Agrosserta-Boß).

... unsere Mandatare härter durchgreifen würden.

... weniger Einfluß von den Genossenschaften, die Organisation darf den Bauernstand nicht überrollen.

... wenn bei der Wahl der Funktionäre mehr Auswahl wäre.

... dem Bauern zu mehr Ansehen in der Gesellschaft verhelfen würden und ihn nicht im Image des Subventionsempfängers und des Bodenvergifters belassen würden.

... wenn ich feststelle, daß jene Institutionen, die meine Interessen zu vertreten haben, auch tatsächlich jene Vorstellungen haben, die ich persönlich als richtig empfinde.

... wenn mehr den berechtigten Wünschen der bäuerlichen Bevölkerung entsprochen würde.

... wenn unsere Bauernvertreter für uns eine gute Politik machen.

... mehr auf die Anliegen der Bauern schauen würden (wirtschaftlich).

... Gesetze für die Bauern und nicht für die Konsumenten machen würden.

... für unsere Probleme in der Regierung mit vollem Einsatz kämpfen.

... mehr für die Freiheit kämpfen.

... wenn die Politiker besser vertreten.

... wenn ich ohne Beschränkung arbeiten kann und wenn ich meine Produkte selbst verkaufen kann, ohne daß der Preis vorgegeben wird (Milchpreis, Schweinepreis).

... wenn ich anderen helfen kann.

... wenn ich mehr Möglichkeiten hätte, meinen politischen Willen einzubringen.

... wenn ich mich auf die anderen im Betrieb verlassen kann, wenn ich nicht anwesend bin.

... die Basisarbeit verbessern (Bauernstammtisch).

... die Sache vertreten, für welche ich bin und mich frei handeln lassen.

... in Gemeinschaften aktiver mitmachen würden.

... wenn ich einige Produkte zu einem guten Preis selbst verkaufen kann.

... uns Einschränkungen ersparen (Milch).

... von meinen Produkten abhängig sind.

... gerechte Erzeugerpreise (ohne Subvention) bezahlen.

... Die Grenzen (Importe) kontrollierten und die Tierfabriken verboten würden.

... die unangenehme Arbeit machen.

... mehr Eigenverantwortung leben.

... in der Gemeinschaft etwas schaffen, z. B. ein Dorffest oder Kapellenrenovierung.

... nicht so gleichgültig wären, es wird viel geredet, aber wenig gesagt.

Ich fühle mich freier, wenn ich...

... mich unbelastet (Konto) bei Veranstaltungen zu Wort melden kann.
 ... ÖKO-Landwirt.
 ... selbstkritisch bin.
 ... dem Problem nicht so großen Wert beimesse.
 ... weniger Prestigedenken, weniger Materialismus, dafür zufriedener bin.
 ... einem Politiker die Wahrheit sagen kann.
 ... mich der Werbemanipulation entziehen kann.
 ... versuche mir in der Gesellschaft mehr Mitspracherecht zu verschaffen.
 ... die Möglichkeit habe bzw. sie mir nehme, meine Träume zu leben.
 ... mir bewußt werde, welche Werte und Ziele ich in meinem Leben habe.
 ... über mein Schicksal auch mitreden darf.
 ... soviel Zivilcourage besitze, um meine Meinung zu vertreten und zu praktizieren.
 ... wenn mir niemand etwas zu befehlen hat.
 ... wenn die anderen ein nicht zu egoistisches Denken haben, gegenüber anderen Berufskollegen, also fair und offen über etwas sprechen.
 ... alleine arbeiten und entscheiden kann.
 ... als Gemeindefunktionär für die Gemeinschaft arbeite.
 ... wenn ich mich in möglichst vielen Bereichen wirtschaftlich unabhängig mache.
 ... wenn ich ohne Zeitdruck arbeiten kann.
 ... mich nicht von äußeren Einflüssen leiten zu lassen brauche.
 ... gegen Zwänge kämpfe.
 ... wenn ich weniger arbeiten müßte.
 ... ich alles sagen kann.
 ... in der Gesellschaft einen Beitrag zur Mitgestaltung unseres Zusammenlebens leisten kann.
 ... mich nicht von der Polemik („Politik“) anstecken lasse.
 ... meine Arbeitszeit selbst einteilen kann.
 ... mich meiner genossenschaftlichen Einrichtungen bediene.
 ... mit Optimismus in die Zukunft sehe.
 ... gegen jeden Zwang...
 ... viel mehr oder weniger arbeiten kann.
 ... auf meinem Grund und Boden spazieren gehe.
 ... noch mehr an meinen Beruf und mein Land glaube.
 ... freier lebe und mich für die Freiheit einsetze.
 ... wenn ich täglich hinaus in die Natur gehe.
 ... in der Natur bin, wenn ich Urlaub mache.
 ... selbst entscheiden kann.
 ... mit der Natur arbeiten kann (ökologisch).
 ... im Wald arbeite.
 ... mit Freude meine Arbeit verrichte.

... mich laufend informiere, ständig neue Aktivitäten setzen kann.
 ... geistig und wirtschaftlich das Gesellschaftsleben mitpräge (selbst realistisch glücklich werde).
 ... meine Freiheit groß auf die Waagschale werfe.
 ... meine Eigenständigkeit bewahre.
 ... richtige Überlegungen treffe.
 ... mich revolutionär betätige.
 ... Meinungsaustausch mit anderen Bauern und Konsumenten mache.
 ... wenn die Männer die Frauen in der Mitsprache mehr akzeptieren würden.
 ... auf die Jagd gehe oder im Wald Holz arbeite.
 ... für mich Zeit habe.
 ... nur soviel Arbeit habe, daß ich damit auch fertig werde.
 ... mir am Abend sagen kann: Ich habe etwas geleistet.
 ... mich um meine Kinder und Nachkommen mehr kümmern kann.
 ... den „Oberen“ offen (ohne Polemik) meine Meinung und Verbesserung sagen kann.
 ... mit mir zufrieden bin
 ... Erfolg habe.
 ... Fortbildungskurse besuche.
 ... mir nach getaner Arbeit auch noch eine gewisse Freizeit für Familie und Hobby bleibe.
 ... sehe, daß Arbeiter und andere Berufsgruppen bei jedem Wetter raus müssen und ich mir die Arbeit so einteilen kann, daß ich von der Umwelt nicht so abhängig bin.
 ... eine gute Nachbarschaft habe.
 ... zufrieden bin und gute Nachbarn habe und diese pflege.
 ... selbst mitbestimmen kann.

... mitarbeiten kann, wo immer meine Interessen gefährdet sind.
 ... mich informieren kann und dadurch in der Lage bin, meine Möglichkeiten besser zu erkennen und auszuschöpfen.
 ... meinen Betrieb verpachte.
 ... in der Kammer und Gemeinde mitarbeiten kann.
 ... wenn der Hoferbe eine Bäuerin finden würde.
 ... wenn die Freunde, für die ich mitsorge, über den eigenen Schatten springen.
 ... mich für ein freies Unternehmertum einsetze, Eigentum muß wieder mehr bedeuten.
 ... Maschinen am Hof gut einsetze.
 ... das Geld als das alles glücklich machende halte.
 ... gerechteren Preis für meine Produkte erhalte.
 ... nichts zukaufen muß, daher nicht gezwungen bin, um jeden Preis etwas kaufen zu müssen, z. B. bei Saatgut durch Nachbarn sehr gut möglich bei Dinkel, oder z. B. bei Kunstdünger: Führe meinen Betrieb biologisch und brauche daher fast keinen Dünger kaufen, außer bei Ausgleichsdüngung (Phosphor).
 ... meine Produktion ohne Zuschüsse am Markt umsetzen kann.
 ... wenn die Agrarpolitik es mir ermöglicht, von meinem Betrieb auch in Zukunft leben zu können, ohne die Produktion erhöhen zu müssen.
 ... mit Optimismus und Fingerspitzengefühl in die Zukunft blicke.



Ich fühle mich unfrei, weil...



... ich keine Zukunft sehe.
 ... ich eine Existenzangst habe.
 Ich fühle mich als Bäuerin unfrei, weil man von der Wirtschaft getrieben wird.
 ... wirtschaftliche Zwänge, Reglements.
 ... ich mich in der Entscheidungsfreiheit beengt fühle.
 ... der Industrieinfluß zu groß ist.
 ... Produktionseinschränkung.
 ... durch Regelungen.
 ... übersozial (Staat).
 ... der Preisdruck zu groß ist.
 ... ich zuviel beeinflusst werde.
 ... 1) zuviele Regelungen (alle reden bei den Bauern mit);
 ... 2) nicht weil siehe 1).
 ... Produktionseinschränkung.
 ... wirtschaftlich der Einfluß der Bauern nach Prozentanteilen an der Gesamtbevölkerung geregelt ist, 7% gegen 93%.
 ... Regelungen, Gesetze, Vohs?, Bestimmungen.
 ... Lohn, Preisdruck.
 ... ich nicht produzieren kann, was ich will (Vermarktung).
 ... Bedingungen auferlegt werden, die für uns Bauern erschwerend sind.
 ... Preise.
 ... ich preislich gebunden bin.
 ... ich der einzige Verkäufer bin, dem der Preis vorgeschrieben wird.
 ... die Preise diktiert werden.
 ... der Markt diktiert.
 ... ich bevormundet werde.
 ... Bestimmungen und Reglementierungen die Ideen einschränken.
 ... oft vom Mitgestalten geredet wird, dies aber oft schwierig zu realisieren ist.
 ... zuviele Fragen offen bleiben.
 ... weil man jedes Wort gut überlegen muß, das man spricht.
 ... Steuer.
 ... zu große Befürwortung.
 ... der Bauer zu wenig Mitspracherecht hat.
 Ich fühle mich nicht unfrei, sondern sehe nur die Verpflichtung, mich in der Gesellschaft einzuordnen, wie ich es auch

von anderen Gruppierungen erwarte.
 ... finanzielle Belastungen hingenommen werden müssen.
 ... ich abhängig bin.
 ... Gewerkschaftsmitsprache, Kommission.
 ... politische Einengung.
 ... die Politik oft gegen mich ist.
 ... Gesetze.
 ... politisch verlassen von den Politikern.
 ... sozialistische Bauern die Politik machen.
 ... Sozialpartner.
 ... vorher beschlossen wird und nachher die Bauern befragt werden (EG).
 ... 183 Nationalräte Sozialversicherungsbeiträge beschließen.
 ... ich geographisch nicht zur Selbstvermarktung Zugang habe.
 Ich fühle mich nicht unfrei.
 Ich fühle mich als Bauer nicht unfrei.

... ich kaum mehr Einblick habe beim Verkauf meiner Produkte hinsichtlich Qualität und Gewicht (Rinder Totvermarktung, Holz, Milch).
 Ich fühle mich als Bäuerin frei.
 Ich fühle mich frei.
 Stimmt nicht!!
 Ich bin frei!
 Ich fühle mich nicht unfrei!
 Fühle mich nicht unfrei!
 Ich fühle mich frei!
 Ich fühle mich nicht unfrei!
 Zeiteinteilung möglich.
 Ich fühle mich noch frei.
 Ich fühle mich frei, weil meine Tätigkeiten von mir selbst gestaltet werden können.
 Ich fühle mich frei.
 ... für mich zu viele „Fremde“ mitreden.
 ... man von Leuten dirigiert wird, die von der Wirklichkeit wenig verstehen (Kleinbetriebe).
 ... die Organisation.
 ... von oben diktiert wird.
 ... die Genossenschaft nicht den Weg des Urgedanken ging.
 ... Leute über unsere Höfe und Produkte entscheiden, die von der Landwirtschaft keine Ahnung haben.
 ... die Maßnahmen für die Bauern nicht gerecht sind.
 ... heute alles von den Genossenschaften diktiert wird, ob wir einverstanden sind oder nicht.
 Ich fühle mich aber frei, weil ich in freier Natur ohne Zwang eines Zweiten tun und lassen kann, was ich will.
 Bin Beamter! Da die Fragen aber an die Bauern gestellt sind, meinerseits keine Teilnahme an der Beantwortung (sonst könnte ich falsch verstanden werden).
 ... jeder Tag ein Arbeitstag ist.
 ... die Arbeit selbst ausgeführt werden muß.



Ich fühle mich frei, weil...

... mir meine Betriebsgröße ein Umdenken erlaubt, freie Vermarktung am Hof...

... ich mir die Arbeit selbst einteilen kann.

... ich die Welt aus meiner Sicht bewerten und beurteilen kann.

... ich selbst über mein Vermögen, Zeit, Arbeit, Einkommen entscheiden kann.

... ich frei wirtschaften kann.

... ich keine Schulden habe.

... ich tun und lassen kann, was ich will (Arbeit, eigener Chef).

... ich am Hofe selbst entscheiden kann.

... Entscheidungsfreiheit.

... selbständiges Entscheiden und Handeln.

... ich die Arbeit selbst einteilen kann.

... ich selbst anschaffen und arbeiten kann.

... Arbeitseinteilung.

... ich meine Arbeit tun kann, wann ich will.

... ich kein Genossenschaftsfunktionär bin.

... Arbeitseinteilung.

... ich mich geistig und wirtschaftlich entwickeln kann.

... ich die Arbeit selbst einteilen kann.

... ich sagen kann, was ich will.

... ich meine Vertreter frei wählen kann und kritisieren kann.

... ich keinen Chef habe.

... meine Kinder nach meinen Vorstellungen in einer guten Dorfgemeinschaft erziehen kann.

... weil es keinen Berufsstand gibt, der freier ist.

... ich doch das produzieren kann, was mich interessiert, wofür ich mich einsetzen und letztendlich eben gerne tue.

... Zeit einteilen.

... Zeiteinteilung möglich.

... ich mein eigener Herr bin, eigene Einteilung, freie Zeiteinteilung.

... durch Selbsteinteilung der Zeit, weil der Andersdenkende auch frei ist.

... ich persönlich uneingeschränkt bin und mich so zu einer gesunden und naturverbunden Lebenseinstellung durchringen konnte.

... weil ich mit „Leben“ arbeiten kann, Natur erleben kann, meine eigenen Vorstellungen verwirklichen kann, auch wenn sie gegen den Strom gehen.

... naturabhängig.

... Arbeit in der Natur.

... ich selbständig in der freien Natur arbeiten kann.

... ich jedes Produkt noch immer verkaufen kann.

... ich über meine Zeit verfügen kann.

... ich über meinen Grund und Boden (noch) verfügen kann, ich kann sagen, was ich fühle und denke.

Ich fühle mich als Bäuerin frei, weil ich

1) meine Zeit ein bißchen einteilen kann, 2) in der Natur arbeiten kann und 3) nicht so flexibel bin, das Erbe meines Vaters



der Wirtschaft zum Opfer fallen zu lassen.

... Beziehung zur Natur, zum Leben, zu Gott.

... Möglichkeit, neue Wege zu gehen, Alternativen zu suchen, wenn ich den Mut dazu habe.

... Keine starre Trennung zwischen Arbeit und Freizeit ermöglicht mir einen anderen Bezug zur Arbeit.

... ich eigener Herr im Hause bin.

... Betriebsspalten, Entscheidungsfreiheit.

... weil ich doch sehr vieles selber entscheiden kann.

... man doch selbst entscheiden kann, zumindest teilweise.

... ich die Existenzgrundlage selbst bestimmen kann.

... ich innerhalb eines gewissen Rahmens arbeiten und entscheiden kann, wie ich es für gut befinde für meinen Betrieb.

... ich keinen Chef habe.

... ich die Entscheidungen selbst treffe.

... ich als Bauer noch selbst entscheiden kann, daß ich erzeugen kann, was ich will.

... ich mich einordnen kann.

... Eigenständigkeit.

... Entscheidung im eigenen Betrieb.

... ich selbständig arbeiten darf.

... Selbstbestimmung im Tätigkeitsbereich.

... ich wenigstens meine Arbeit einteilen kann.

... selbständige Arbeitseinteilung.

... es uns trotz aller Zwänge, die uns auferlegt sind, es den Bauern doch bestimmt noch nie so gut gegangen ist.

... ich für wesentliche Lebensfragen frei entscheiden kann.

... ich meinen Bereich selbst gestalten kann.

... ich auf meinem Bauernhof das meiste selbst entscheiden kann.

Ich fühle mich als Bäuerin frei, weil ich mir meine Arbeit selbst einteilen kann.

Genauso wie und was ich mit meinem Grund und Boden machen will, ich bin meine eigene Herrin.

... ich im großen und ganzen die Arbeit selbst einteilen kann, ich bin mein eigener Herr und Meister.

... ich selbständig bin.

... ich die Arbeitseinteilung selbst bestimmen kann.

... ich meine Zeit und Arbeit selbst gestalten kann.

Ich fühle mich als Bauer frei, weil ich trotz allen Reglementierungen noch viel Freiheit habe.

... Arbeitseinteilung und Selbstproduktion.

... ich die Arbeit, die ich mir am Vormittag anschaffe am Nachmittag machen kann.

... eigener, persönlicher Bereich.

... ich hoffe durch Weiterbildung und eigene Entscheidung weiterzukommen.

... ich als Bauer einen gewissen Entscheidungsfreiraum und auch etwas Gestaltungsfreiheit habe.

... ich noch sehr viel selbst entscheiden kann (eine Nebenerwerbsbäuerin).

... weil ich mein eigener Herr und Meister bin.

... weil ich keinen Chef habe.

... ich selbständig bin.

... ich tun und lassen kann, was ich will.

... weil ich der eigene Herr am Hof bin.

... ich mir die Arbeit und die Organisation selbst einteilen und betreiben kann.

Frei? Nur bei der Arbeitseinteilung.

... ich meine Arbeit selbst einteilen kann.

... ich selbständig arbeiten kann, mein eigener Chef bin, und ich mir meine Arbeit einteilen kann.

... ich meine Arbeit einteilen kann, wie ich will.

... meine Tätigkeiten von mir selbst entschieden werden.

... ich noch freier Betreiber der Arbeitswirtschaft bin.

FREIHEIT OHNE GRENZEN?

Chancen und Gefahren der unternehmerischen Freiheit in der Landwirtschaft am Beispiel der Schweiz



1. Freiheit ist wie Glück, dem einen schädlich, dem anderen nützlich

Freiheit! Ein schönes Wort, mit dem sich Philosophen und Dichter aller Zeiten beschäftigt haben. Gott, Freiheit und Unsterblichkeit können sogar als Hauptzwecke der Metaphysik (Philosophie) bezeichnet werden.

Wirtschaftliche Freiheit, von der hier die Rede sein soll, findet seit dem 19. Jahrhundert bis in unsere Tage glühende Verfechter und ebenso erbitterte Kritiker. Für die Neoliberalen ist die Bewahrung der individuellen Freiheit das Hauptziel aller sozialen Einrichtungen. Staatliche Eingriffe in die private Sphäre seien die größte Bedrohung für diese Freiheit.

Die Marxisten andererseits kritisieren die Freiheit als Freipaß für die unbeschränkte Herrschaft der Reichen. Die mit der totalen wirtschaftlichen Freiheit verbundenen Nachteile der Ungleichheit sind uns heute bewußt. Die in allen westeuropäischen Staaten verankerte Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft geht von einer begrenzten wirtschaftlichen Freiheit aus. Grundgedanke der sozialen Marktwirtschaft ist die These: Frei sein heißt gerecht und wahr sein. Freiheit soll auch Gleichheit sein. Wie weit die Freiheit und wie weit die Gleichheit gehen soll, wird je nach Land, Sachbereich und Zeit anders entschieden.

Ihre Tagung dient dazu, diese wichtige Frage für die österreichische Landwirtschaft des Jahres 1988 zu beantworten.

2. Liberalismus in der Landwirtschaft

2.1 Historischer Abriss

Die Agrarpolitik vieler Länder war bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts von liberalen Vorstellungen geprägt. Zwar begannen sich die Staatswesen aufgrund der Lehre der Physiokraten seit 1760 mehr um die Landwirtschaft zu kümmern und unterstützten vor allem Bildungseinrichtungen.

Die Physiokraten lehrten nämlich, daß der Ackerbau die Quelle aller Reichtümer des Staates sei. Der Aufbruch aus der traditionellen Landwirtschaft war von der besseren Bodennutzung, dem Übergang zur Fruchtwechselwirtschaft sowie einem systematischen Düngereinsatz geprägt. Die intensivere Nutzung des Bodens wurde nötig, um die rasch wachsende Bevölkerung im 19. Jahrhundert ernähren zu können. Bis zum Jahr 1870 entwickelten sich die Agrarmärkte in den meisten Ländern nach den freien Marktkräften.

Das zunehmende Angebot wurde von der wachsenden Bevölkerung problemlos nachgefragt. Fehlernten konnten bis zu dieser Zeit regional Versorgungsprobleme und sogar Hungersnöte auslösen. Die beschränkten Transportmittel bedeuteten einerseits Schutz der lokalen Produktion, andererseits auch Hunger bei Mißernten.

Die bestmögliche Nutzung der Ressourcen und des freien Außenhandelsverkehrs zwecks besserer Güterversorgung waren eine Voraussetzung für die industrielle Revolution des späten 19. Jahrhunderts.

In die Zeit von 1870 bis 1890 fiel aber die erste europäische Agrarkrise. Sie wurde durch den wirtschaftlichen Einsatz von Dampfschiff und Eisenbahn ausgelöst, die nun billiges Getreide aus Nordamerika und Rußland nach Mitteleuropa brachten. Nach einem ersten Ausweichen auf Milch- und Fleischproduktion traten aber auch bei diesen Agrarprodukten Überschüsse auf.

Die Landwirtschaft geriet schon damals in eine schwere Krise, die von einem Bauernsterben mit vielen Konkursen begleitet war. Seit 1890 hat der Liberalismus als Leitbild für die Landwirtschaft ausgedient. Die erste Antwort der Landwirtschaft auf die Bedrohung war die Selbsthilfe in den Genossenschaften. Bald erwies sich die staatliche Stützung des Landwirtschaftssektors als unerlässlich.

Erst in den achtziger Jahren unserer Zeit

ertönt wieder vermehrt der Ruf nach „mehr Markt“ und „mehr Freiheit“ in der Landwirtschaft.

2.2 Markt- und Agrarpolitik Ein Ländervergleich in den achtziger Jahren

2.2.1 EG Agrarmarkt

Seit Beginn der EG wurde der Herausbildung eines einheitlichen Agrarmarktes große Bedeutung beigemessen. Der Zusammenschluß von 12 Ländern mit 320 Millionen Menschen zu einem gemeinsamen Agrarmarkt ist eine faszinierende Vision. Der gemeinsame Markt soll ein Binnenmarkt wie beispielsweise derjenige der USA werden. Alle Produzenten und Konsumenten sollen den gleichen Zugang zu diesem Markt haben. Mit der Vergrößerung des Marktes sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte.
- Steigerung der Gewährleistung einer angemessenen Lebenshaltung der in der Landwirtschaft tätigen Personen.
- Stabilisierung der Märkte und Sicherstellung der Versorgung.
- Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen.

Die Herausbildung des einheitlichen Marktes wird zurzeit noch durch Grenzausgleichsbeträge, einzelstaatliche agrarpolitische Sonderförderungsmaßnahmen und politische Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten erschwert. Obwohl sich die Ziele der EG-Agrarpolitik teilweise nach liberalen Grundsätzen ausrichten, bleiben die Maßnahmen im gewohnten Rahmen des Agrarinterventionismus (Abschirmung des Binnenmarktes, Preis- und Mengenregelungen, Produktverbilligungen und Strukturpolitik).

2.2.2 USA Agrarpolitik

Die amerikanische Landwirtschaft steht gegenwärtig vor schwierigen Anpassungsproblemen. Sie weist eine große und zunehmende Überschußkapazität auf. Die Zuwachsraten der Nachfrage nach Agrarerzeugnissen schwächen sich ab. Der stark verschuldete Staat will die Ausgaben für die Landwirtschaft herabsetzen.

Das neue Landwirtschaftsgesetz sieht Produktionsprogramme für Weizen, Futtergetreide, Sojabohnen, Zucker und Milch sowie für Raps, Baumwolle, Erd-

nüsse, Wolle und Honig vor. Die Programme tragen den Besonderheiten der einzelnen Märkte Rechnung.

So wird bei der Milch vermehrt auf protektionistische Regelungen zurückgegriffen. Der Außenhandel wird gefördert durch Exportkredite und Prämien. Damit soll die Wettbewerbsfähigkeit der USA-Agrarprodukte erhalten bleiben. Bezüglich der Flächenstilllegung sind im Gesetz Anbaueinschränkungen einiger Produktprogramme verankert. Dem Bodenschutz wird eine große Bedeutung beigemessen. Gemäß dem Fünfjahresprogramm sollen rund 17 Millionen Hektar Ackerland stillgelegt werden. Das Beibehalten ackerbaulicher Grenzflächen wird unter empfindlicher Strafe gestellt. Gezielte Hilfen für überschuldete landwirtschaftliche Betriebe sind weder im Landwirtschaftsgesetz noch in anderen Gesetzen vorgesehen. Sinkende Produkt- und Bodenpreise üben deshalb weiterhin einen starken Anpassungsdruck auf die amerikanische Landwirtschaft aus.

In der Landwirtschaft der USA sind nur zwei Prozent der Bevölkerung tätig. Der Agrarsektor trägt zwei Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei, mit den nachgelagerten Bereichen etwa 14 Prozent. Bei den Exportumsätzen ist die Landwirtschaft zu 20 Prozent beteiligt. Das Nettoeinkommen der Farmer der USA ist ein wenig höher als in der EG. Bei aller Liebe für den ländlichen Raum herrscht Business-Denken. So umfasst der durchschnittliche Betrieb 170 Hektar. Die Zahl der Großbetriebe (Verkaufserlöse bis zu \$ 200.000/Jahr) hat sich seit 1968 verdoppelt.

2.2.3 Landwirtschaft Schweiz

Die schweizerische Landwirtschaft zeichnet sich im internationalen Vergleich durch die Tatsache aus, daß kein anderer Flächenstaat verhältnismäßig mehr landwirtschaftliche Produkte importiert als die Schweiz. Die Schweiz kommt auf einen Selbstversorgungsgrad von knapp 60 Prozent, wenn die mit importierten Kraftfutter produzierten Landwirtschaftsprodukte abgezogen werden. Wenn man nur Produkte berücksichtigt, die in der Schweiz aus klimatischen Gründen angebaut werden können, kommt unser Land auf einen Selbstversorgungsgrad von 78 Prozent. In den letzten Jahren führte die Schweiz Agrargüter im Wert von über 6 Milliarden Franken ein, d. h. importierte Nahrung im Wert von fast 1.000 Franken pro Einwohner.

Offizielles Leitbild ist der leistungsfähige bäuerliche Familienbetrieb. Es soll ein Mittelweg beschritten werden zwischen einer mit staatlichen Interventionen bewirkten Strukturhaltung — einem statischen Leitbild — und einem die unternehmerische Freiheit und die betriebliche Leistungsfähigkeit betonenden dynamischen Leitbild.

2.3 Chancen und Gefahren der Freiheit in der Landwirtschaft

In der EG, den USA, der Schweiz und Österreich ist der Bauer ein freier Unternehmer. Der Landwirt gehört zu der — statistisch gesehen — schrumpfenden Zahl der Selbständigerwerbenden. Dank der Agrarpolitik können in der Landwirtschaft recht viele selbständige Unternehmer ihr Auskommen finden.

Der Landwirt ist vor allem für die Unternehmerfunktionen Produktion, Einkauf und Organisation selbstverantwortlich, während er das Marketing und den Verkauf seiner Erzeugnisse in der Regel Genossenschaften oder dem Staat abgetreten hat.

Das beschränkte Absatzrisiko als Folge der Selbsthilfe und Staatsintervention und der damit verbundene partielle Freiheitsverlust sind für den Landwirt das kleinere Übel als die absolut freie Marktwirtschaft, deren Marktkräfte die Zahl der Betriebe stark reduzieren würde. Eine totale unternehmerische Freiheit für die Bauern kann nie das Ziel einer Mittelstandspolitik sein, die eine Unternehmenskonzentration aus staatspolitischen Gründen ablehnt. Mit der zunehmenden Regeldichte wird aber auch von seiten der Landwirtschaft immer häufiger der Verlust an unternehmerischer Freiheit und die Einmischung des Staates beklagt. Wieviel Freiheit und wieviel Sicherheit für die Landwirte gelten soll, wird von der Wirtschaftspolitik entschieden. Grundsätzlich können aber nicht beide Prinzipien gleichzeitig voll verwirklicht werden, weil mehr Freiheit immer weniger Sicherheit und mehr Sicherheit weniger Freiheit bedeutet.

3. Selbsthilfe und Staatsintervention

In den letzten hundert Jahren änderten die meisten Industriestaaten ihre Wirtschaftspolitik vom vorherrschenden Liberalismus zu einer sozialen Marktwirtschaft. Dieser Wandel führte zu einer schrittweisen Loslösung des Agrarsektors aus der absolut freien Marktwirtschaft.

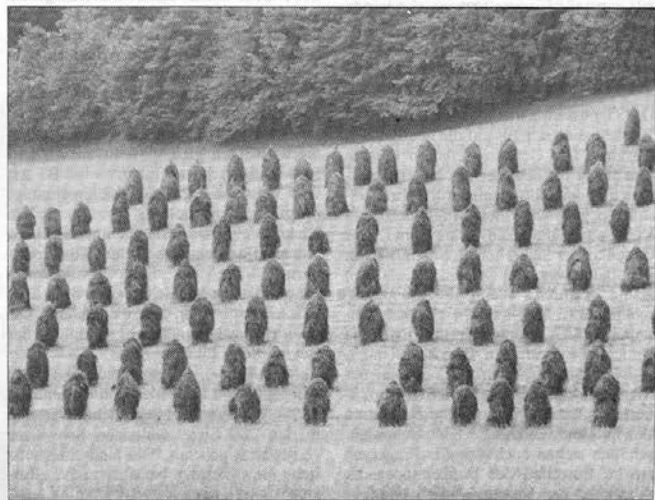
3.1 Der freie Bauer

Die Entwicklung vom Nachwächterstaat zum Interventionsstaat hat die Stellung und das Selbstverständnis der Landwirtschaft wesentlich verändert. Obwohl der Landwirt in Bezug auf das Unternehmerrisiko vor allem noch das Produktionsrisiko trägt, fühlt er sich viel mehr als Unternehmer denn als staatlich lizenzierter Anbieter gemeinschaftlicher Leistungen. Solche Leistungen sind:

- Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln zu günstigen Preisen.
- Vorsorge für Zeiten gestörter Zufuhren und Erhaltung der Produktionsbereitschaft.
- Schutz und Pflege der Kulturlandschaft, Beitrag zum Schutz von Umwelt, Pflanzen und Tieren.
- Beitrag zur dezentralisierten Besiedlung des Landes.

Der freie Bauer des Jahres 1988 läßt sich wie folgt definieren:

- Der Betriebsinhaber bewirtschaftet den Betrieb als Eigentümer oder Pächter in eigener Verantwortung, d. h. als Selbständigerwerbender. Er erledigt zusammen mit den Familienangehörigen den größeren Teil der im Betrieb anfallenden Arbeit; auf familienfremde Arbeitskräfte fällt über die Jahre hinweg in der Regel der kleinere Teil. Im Vordergrund steht der Selbstbewirtschaftungsbetrieb, d. h.



die Verbindung von Eigentum und Bewirtschaftung.

- Der Boden bildet die primäre Produktionsgrundlage; er wird so bewirtschaftet, daß die Bodenfruchtbarkeit langfristig erhalten bleibt. In Betrieben mit wenig Land kann durch Futterzukauf der Viehbestand zum Zwecke der Einkommensverbesserung bis zu einem gewissen Grade aufgestockt werden.

- Der Betrieb wird nach unternehmerischen Grundsätzen geführt, Arbeit und Kapital werden wirtschaftlich rationell eingesetzt. Es kommen Produktionsmethoden zur Anwendung, die die Umwelt schonen und die Lebensqualität fördern.

- Der Betrieb bietet der Familie Einkommen und Lebensinhalt entweder als hauptsächliche Existenzgrundlage (Haupterwerbsbetrieb) oder als Nebenerwerbsbetrieb mit dem Haupteinkommen aus außerbetrieblicher, in der Regel nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit.

- Der Betrieb ist zugleich Arbeitsplatz und Heimstätte der Familie; Hof und Haus bilden zusammen ein Ganzes. Eine Verwurzelung in der ländlichen Kultur und Tradition ist für die bäuerliche Familie typisch.

3.2 Genossenschaftswesen

Der Bauernstand begegnete den Herausforderungen des neuen Industriezeitalters und den durch die freie Einfuhr hervorgerufenen Krisen zuerst mit Selbsthilfemaßnahmen. An erster Stelle stand die Schaffung der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Bereich der Produktionsmittelbeschaffung, des Kreditwesens und des Absatzes.

Der wirtschaftlich schwächere und als Einzelperson einflußlose Landwirt gewann durch die Organisation von Genossenschaften eine stärkere Stellung auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten. Die Bildung von Genossenschaften brachte ebenfalls die strukturellen Voraussetzungen für eine wirksame politische Vertretung der bäuerlichen Interessen.

Der Genossenschaftsgedanke und dessen Werke haben sich bis auf die heutige Zeit bewährt. Die Genossenschaften müssen aber heute im Zeitalter des Neoliberalismus und der Individualisierung ihre Leistungen gegenüber den Mitgliedern und Kunden besser verkaufen als früher. Der Gedanke der bäuerlichen Solidarität an sich hat etwas von seinem ehemaligen Glanz verloren. Wenn die Genossenschaften ihre Mitglieder heute zufriedenstellen wollen, müssen sie ihre Effizienz täglich beweisen. Ein Genossenschaftsmanagement, das sich nur noch an betriebswirtschaftlichen Kriterien orientiert, verliert als ideologische Heimat an Wärme und Bindung. Die Genossenschaften stehen auch vor der Frage, ob sie im Einzelfall der Freiheit oder der Gleichheit den Vorzug geben wollen.

3.3 Staatshilfe

Die meisten Industrieländer sind nicht gewillt, die Konsequenzen eines den freien Marktkräften ausgesetzten Agrarsektors einfach hinzunehmen.

Abgesehen von den Einkommensproblemen in der Landwirtschaft ist eine zu starke Abwanderung aus diesem Sektor unerwünscht, weil sie die bestehenden Arbeitsmarktprobleme noch verschärfen würde.

Zur Erreichung der unter 3.1 genannten Leistungen liegen die Schwerpunkte der Agrarpolitik in der Schweiz auf den folgenden Gebieten:

- Verbesserung der Produktionsgrundlagen im weitesten Sinne, insbesondere aber eine gezielte Förderung der Strukturverbesserungen unter Berücksichtigung der Absatzmöglichkeiten.
- Lenkung der Produktion durch preispolitische und andere Maßnahmen.
- Sicherung eines angemessenen Einkommens für die landwirtschaftliche Bevölkerung.
- Erhaltung und Förderung der Berglandwirtschaft durch ergänzende Maßnahmen.
- Verbesserung der sozialen Sicherheit.
- Außenwirtschaftliche Absicherung, unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsländer.

4. Die Schweizer Landwirtschaft im Spannungsfeld der sozial-partnerschaftlichen Interessen

4.1 Politisches Umfeld

Die Schweizer Landwirtschaft hat während des 2. Weltkrieges in einer Anbauschlacht Großes geleistet und die Schweiz vor Hunger bewahrt. Die Anbaufähigkeit wurde in dieser Zeit nahezu verdoppelt und der Selbstversorgungsgrad stieg auf 85 Prozent.

Das Schweizer Volk stimmte deshalb 1951 dem neuen Landwirtschaftsgesetz zu, das einen gesetzlichen Anspruch auf ein Paritätseinkommen für die Landwirtschaft im Vergleich zu Arbeiterlöhnen verankert. Politische Parteien und Wirtschaftsverbände anerkennen und unterstützen den Anspruch der Landwirte, materiell so weit als möglich anderen Erwerbszweigen gleichgestellt zu werden. In wichtigen Detailfragen — z. B. Art und Weise der Paritätslohnberechnung, Weg zur Sicherstellung des bäuerlichen Einkommens — bestehen unterschiedliche Auffassungen bei den Sozialpartnern.

Im politischen Bereich verfügt die Landwirtschaft über ein starkes Gewicht, das über den zahlenmäßigen Anteil an der Bevölkerung hinausgeht.

Bei den letzten Parlamentswahlen 1987 wurden 28 Landwirte und Ingenieur-Agronome aus vier bürgerlichen Parteien in den 200 Sitze zählenden Schweizer Nationalrat gewählt. Die landwirtschaftliche Bevölkerung beträgt rund 5 Prozent.

Die Landwirtschaft hat in den letzten 40 Jahren auch die meisten Abstimmungskämpfe gewonnen. Die von einem mehrheitlich landwirtschaftsfreundlichen Parlament beschlossenen Gesetze zugunsten der Landwirtschaft wurden mehrmals durch Referenden vor das Volk gebracht. Einzig in der Zuckervorlage des Jahres 1986 folgte das Schweizer Volk den Argumenten des Migros-Genossenschaftsbundes und lehnte die geplante Erhöhung des Zuckerrübenanbaus ab.

4.2 Handel und Konsumenten

Die Konsumenten sind in der Schweiz wie kaum in einem anderen Land genossenschaftlich organisiert und Träger von zwei mächtigen Detailhandelsorganisationen, der Migros und Coop. Die Migros allein kaufte 1985 den Schweizer Landwirten Waren im Großhandelswert von über 2 Milliarden Franken ab, was 23 Prozent des Endrohertrages der Landwirtschaft ausmacht.

Bei vielen Warengruppen verteilen Migros und Coop zusammen mehr als 60 Prozent des Umsatzes, so z. B. Milchprodukte sowie Früchte und Gemüse.

Wie sehen Handel und Konsumenten den Landwirt?

Auch der Handel wünscht in der Schweiz, daß die Landwirtschaft als eigenständiger Wirtschaftszweig erhalten bleibt. Er soll seinen Erwerbstätigen materielle, berufliche und seelische Befriedigung bieten.

Es wird aber eine Neuorientierung der Agrarpolitik postuliert, wobei die Stellung des Landwirts bei dieser Neuorientierung sehr verschwommen bleibt.

Es wird geltend gemacht, daß die Produktivitätsfortschritte dank besserer Betriebsführung und technischen Fortschritten ohne Neuorientierung zu immer größeren Überschüssen führen würden, deren Verwertung eines Tages finanziell nicht mehr tragbar sei.

Es werden folgende Empfehlungen abgegeben:

- „Unsere Landwirtschaft muß wieder extensiver produzieren, also pro Fläche weniger Tiere halten, und darauf verzichten, die Hektarerträge mit noch mehr Kunstdünger und Agrochemikalien auf noch weitere Rekorde zu treiben. Die Produzentenpreise, die an dieser Entwicklung wesentlich mitverantwortlich sind, müssen wieder ihre eigentliche marktleitende Funktion, nämlich das Abstimmen vom Angebot auf die Nachfrage, erfüllen. Solange die Marktsättigung erreicht ist, dürfen die Produzentenpreise nicht weiter erhöht, ja sie sollen etwas gesenkt werden. Damit unsere Bauern dennoch leben können, sollten wir diese marktgerechtere Preispolitik durch produktionsunabhängige Direktzahlungen ergänzen. Die bisherige Agrarpolitik dagegen ist zur Hauptsache an die Produktion gebunden, so daß sie

die Überproduktion direkt provozieren mußte.

Mit dem Wegfallen, zumindest mit einer Reduktion der heute benötigten Summen für die Überschußverwertung, würden hunderte von Millionen frei, die man für Ausgleichszahlungen einsetzen könnte. Denkbar wäre auf längere Sicht auch eine bescheidene Konsumsteuer auf allen Nahrungsmitteln (die ja heute von der Warenumsatzsteuer befreit sind), um eine solche im Gesamtinteresse liegende Landwirtschaftspolitik zu finanzieren. Ein bekannter, den Konsumentenkreisen nahestehender Journalist schlägt eine grundlegende Änderung der Landwirtschaftspolitik vor:

- „Es müßte differenziert werden zwischen einer Zahl von vielleicht 20.000 oder 25.000 vollen, aufgestockten Familienbetrieben, denen von der Betriebsgröße und der Betriebsführung her zugemutet werden könnte, zu Preisen zu produzieren, die wieder näher am Markt liegen.

- Die anderen Betriebe wären systematisch auf Nebenerwerbsbetriebe umzustrukturieren, von denen wir ja bereits 52.000 haben. Mit gezielten Förderungsmaßnahmen, wie sie heute schon dank der Investitionshilfe für das Berggebiet bestehen, wäre die Nebenerwerbstätigkeit weiter zu fördern.

Schwertfeger räumt ein, daß die von der Milch abhängigen Kleinbauern in der Hügels- und Voralpenzone nur beschränkte Möglichkeiten zu einer Diversifikation haben. Es sei aber nicht Aufgabe der Landwirtschaftspolitik, auf Kosten der Konsumenten und der Bundeskasse auch die Besiedelung des Napfgebietes sicherzustellen. Wenn diese Besiedelung aus Gründen des Landschaftsschutzes erfolgen soll, sind sie auch unter diesem Titel zu finanzieren. Im übrigen könnten der Schweiz ein oder zwei zusätzliche Nationalparks nicht schaden.

Solange der Landschaftsschutz nicht als Ziel des Landwirtschaftsgesetzes rechtlich verankert sei, vertrete er in guten Tönen diese Meinung.

4.3 Gewerbe und Industrie

Das Nebeneinander von freier Marktwirtschaft und gelenktem Agrarsektor gibt in der Schweiz immer wieder Anlaß zu Diskussionen. Besonders in Zeiten härterer internationaler Konkurrenzbedingungen für die Schweizer Industrie wird der Agrarschutz kritisiert. Alt Nationalbankpräsident Dr. Fritz Leutwiler hielt der Schweizer Landwirtschaft vor, sie koste den Schweizer Konsumenten und Steuerzahler über 5 Milliarden Franken. Die Schweizer Landwirtschaft hat diese Berechnung energisch zurückgewiesen, weil als Vergleichsmaßstab Weltmarktpreise und Wechselkurse zugrunde gelegt wurden, die nicht der Kaufkraft der Löhne gegenüber Nahrungsmitteln entsprechen. Die Preise der Nahrungsmittel sind, verglichen mit der Kaufkraft der Löhne, rückläufig. Die



Konsumenten müssen für den Erwerb landwirtschaftlicher Produkte immer weniger Arbeitsminuten aufwenden.

Die zunehmende Kritik an der offiziellen Agrarpolitik durch Exponenten des Gewerbes und der Industrie bewog die industriefreundliche FDP, diese Kritiken auszuleuchten und grundsätzlich zur Schweizerischen Landwirtschaft Stellung zu beziehen.

Die FDP schlägt zwei Modelle vor, die sowohl die Produktionslenkung als auch die Einkommenssicherung garantieren sollen:

• Vorzugspreismodell

Dieses Modell geht davon aus, daß die Schweizerischen Verbraucher — zumal angesichts des niedrigen Anteils der Ernährungskosten an den gesamten Haushaltsausgaben — in der Lage sind, für einheimische Nahrungsmittel von optimaler Qualität Preise zu bezahlen, die den vergleichsweise hohen Gesteuerungskosten der inländischen Landwirtschaft unter Einschuß des Paritätslohnanspruchs entsprechen. Erschwert wird die Erzielbarkeit solcher Preise allerdings durch die Importkonkurrenz und die handelspolitisch bedingten Limiten des Schutzes an der Grenze, darüber hinaus und maßgeblich aber auch durch die Marktmacht der Handelsstufe, vor allem der dominierenden Großvertrieber. Diese vermögen mitunter gegenüber den Produzenten Preise und andere Bedingungen mehr oder weniger einseitig zu bestimmen und das freie Spiel von Angebot und Nachfrage großteils auszuschalten. Die Aktivitäten der Produzentenorganisationen bilden dabei ein notwendiges, aber bei weitem nicht ausreichend starkes Gegengewicht. Das generelle Problem der Nachfragemacht im Lebensmittelhandel würde im übrigen eine einschlägige Untersuchung der Kartellkommission rechtfertigen.

In jedem Fall setzt das vorgeschlagene preispolitische Lösungsmodell ein großes Maß an Loyalität zwischen Produzenten

und Abnehmern von Landesprodukten voraus — eine Loyalität, die auf die Oberziele der Agrarpolitik achtet und einen Konkurrenzkampf unter den Verteilern auf dem Rücken der Produzenten nicht zulassen darf.

• Direktzahlungsmodell

Die zweite Variante stützt sich im Grundsätzlichen auf die Erwägung, daß in den Oberzielen der Agrarpolitik in verstärktem Maß Elemente sozialen Nutzens angesprochen werden, was — auch nach klassischer liberaler Auffassung — Kostendeckung durch die Allgemeinheit rechtfertigt. Dazu kommt die praktische Erfahrung, daß es in den letzten Jahren deutlich schwieriger geworden ist, mit den herkömmlichen preispolitischen Mitteln „sowohl Einkommensparität als auch Marktgleichgewicht“ zu erreichen.

Direktzahlungen, insbesondere im Berggebiet, sind nichts Neues. Es gibt sie schon sowohl in produktionsabhängigen als auch in produktionsunabhängigen Varianten. Der Akzent des Direktzahlungsmodells liegt aber einerseits in der Möglichkeit ihrer Verallgemeinerung über Regionen mit erschwerten Produktionsbedingungen hinaus, andererseits in ihrer Bindung an — vorwiegend ökologische — Auflagen im Rahmen einer Produktionsexstensivierung. Ein begleitendes Instrument kann ebenfalls in der Vertragsproduktion liegen. Die Mittel zur Finanzierung von Direktzahlungen sollen in erster Linie aus Einsparungen infolge des Abbaus von Überproduktion fließen. Näher zu prüfen seien sodann unmittelbare Finanzierungsinstrumente, beispielsweise in Gestalt einer Nahrungsmittel-Umsatzsteuer oder einer fiskalischen Belastung ökologisch anfichtbarer landwirtschaftlicher Hilfsstoffe.

Das Direktzahlungssystem muß zuverlässig einkommensbildend sein. Es soll zugleich so ausgestaltet werden, daß das unternehmerische Verhalten der Bauern nicht beeinträchtigt wird.

5. Freiheitliche Marktordnungen im Dienste der Landwirtschaft

5.1. Marktgerechte Strukturen der Landwirtschaft

Anerkennung der dynamischen Entwicklung in der Landwirtschaft.

Auch die Landwirtschaft befindet sich in einer dynamischen Entwicklung. Es wäre deshalb inkonsistent, wenn die Bauern in der Praxis die Möglichkeit des technischen Fortschritts ausschöpfen, in der Agrarpolitik jedoch so getan würde, als gäbe es diesen Fortschritt nicht. Zudem hängt die Landwirtschaft von verschiedenen kaum oder nicht beeinflussbaren Faktoren ab. Aufgabe der Agrarpolitik muß es sein, die wirtschaftliche Zukunft unter den zu erwartenden Entwicklungen zu sichern. Der Schweizerische Bauernverband spricht sich gegen Entwicklungen aus, die den Bauern letztlich zu einem Staatsangestellten machen würden. Diese Haltung bedeutet auch eine Ablehnung einer starren Politik der Strukturerhaltung, welche letztlich die Bauern in ein Ghetto führen könnte.

• Entgelt für Leistungen

Die Landwirtschaft will nicht Almosen für nicht erbrachte Leistungen, sondern eine gerechte Abgeltung der geleisteten Arbeit. Dieser Grundsatz schließt mit ein, daß eine vernünftige Auslastung der Arbeitskräfte sowie anderer Produktionsfaktoren eine wesentliche Voraussetzung für die Einkommenssicherung darstellt.

• Vorhandene Leistungsmöglichkeiten sinnvoll nutzen:

Die wirtschaftliche Zukunft der Landwirtschaft hängt wesentlich davon ab, daß sie die vorhandenen Möglichkeiten zur Erbringung von Leistungen — in einem weiten Sinn verstanden — auch sinnvoll ausschöpfen kann. Neben dem hierfür nötigen Willen seitens der Bauern und ihrer Organisation setzt dies auch entsprechende Marktordnungen inklusive der Sicherung der Konkurrenzfähigkeit im Vergleich zum Ausland voraus.

• Nahrungsmittelproduktion muß umweltgerecht sein

Schweizerische Produkte müssen sich durch hohe Qualität und umweltgerechte Produktionsart auszeichnen. Die in dieser Hinsicht vorhandenen Probleme sind zusammen mit Wissenschaft und Beratung anzugehen. In unserem Land müssen umweltgerechte Produkte den Normalfall darstellen. Die Einhaltung entsprechender Vorschriften und Auflagen muß über den Preis abgegolten werden. Marktgerechte Organisation der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist interessiert, störende Überangebote, welche das bäuerliche Einkommen schmälern, zu vermeiden und entsprechend den Absatzmöglichkeiten zu produzieren. Zudem muß sich die Landwirtschaft so organisieren, daß die Möglichkeiten des Marktes optimal ausgeschöpft werden. Die

Bauern und ihre Organisationen müssen deshalb aktive Selbsthilfe betreiben.

5.2 Marketing für die Landwirtschaft

In einer bürgerlichen Demokratie braucht die Landwirtschaft die Sympathie und Unterstützung der Sozialpartner. Die Gesellschaft wird heute mit einer Vielzahl von Informationen überflutet. Es braucht deshalb verstärkte Anstrengungen mit dem Ziel, das Verständnis für die Bauern und die Agrarpolitik in den nichtbäuerlichen Kreisen zu heben.

Die Schweizer Landwirtschaft prüft zurzeit die Herausgabe einer nationalen Zeitschrift der Landwirtschaft für die nichtbäuerliche Bevölkerung.

In der schweizerischen Milchwirtschaft hat man die Bedeutung des Marketings schon früh erkannt. Obwohl Milchprodukte eigentlich zu den Grundnahrungsmitteln gehören und diese nach dem sogenannten Engelsen Gesetz mit wachsendem Einkommen einen stets kleineren Anteil der Haushaltsausgaben beanspruchen, kann diesem negativen Trend mit einem bedürfnisorientierten Marketing begegnet werden. Als Grundlage dient die Marktforschung, die repräsentative Daten über Verbrauchereinstellungen und Verbraucherverhalten ermittelt. Qualitative Untersuchungen in Verbindung mit einem Konsumentinnenpanel umfassen Produkttests, Verpackungstests und die Bewertung von Werbemitteln.

Untersuchungen des Verbrauchermarktes machen deutlich, daß sich die verschiedenen Faktoren wie verfügbares Einkommen, Preiselastizität, Substitutionsprodukte, Änderung der Lebensformen, psychologische und soziale Faktoren auf den Konsum von Lebensmitteln und Getränken auswirken. Infolge der Zunahme der Kaufkraft verlagerte die Bevölkerung den Konsum von einfachen Produkten wie Konsummilch und Kartoffeln zu den

teureren, verarbeiteten Produkten wie Rahm, Joghurt, Milchdesserts und Pommies Chips.

Die allgemein veränderten Konsumgewohnheiten sind gesellschaftsbedingt und lassen sich durch Werbemaßnahmen wenig anpassen. Die Marketingstrategien gehen deshalb in erster Linie in Richtung Marktentwicklung und bessere Abdeckung der Marktbedürfnisse. In gewissen Situationen verfolgt die Milchwirtschaft auch eine Konkurrenzstrategie, besonders im Wettbewerb mit Substitutionsprodukten.

Für die Marktausweitung ist eine nationale Markenpolitik erforderlich. Damit können die anonymen Gattungsprodukte aufgewertet werden. Für Produktneheiten bietet eine bekannte Dachmarke mit gutem Qualitätsstandard und nationaler Verpackung Vertrauen und Sicherheit für den Konsumenten.

Im Laufe der letzten 20 Jahre wurden folgende Markenartikelkonzepte geschaffen und laufend ausgebaut, da sie sich in der Praxis bewährt haben:

- Floralp und Rosalp für Vorzugsbutter und Rahm
- Rustica für Käsereiberutter
- Cristallina für Molkeeifrischprodukte wie Joghurt, Quark, Dessertspezialitäten
- Pierrot für Ice Cream
- Friola für Tiefkühlprodukte und Fertiggerichte
- Cavor für abgepackten Hartkäse

Die Werbung ist Voraussetzung für die breite Beeinflussung der Verbraucher im Sinne der Marketing- und Werbeziele. Die Gattungswerbung dient vor allem der Bestätigung der Wertschätzung der Milchprodukte und hilft im Kampf gegen die Substitutionsprodukte.

Wir bedienen uns aller Medien der Kommunikation wie Fernsehspots, Plakate, Inserate, Abgabeartikel an Konsumenten, Verkaufspunktwerbung. Erweitert wird die Publikumswerbung durch aktive Verkaufsförderung mit Degustatio-

NATÜRLICH · KONTROLLIERT



PORKIS

STEIRISCHES QUALITÄTSFLEISCH

nen, Schaukäserien, Kochdemonstrationen, Wettbewerben und durch die Unterstützung des Handels bei der Personalschulung.

5.3 Neue Bedürfnisse als Chance

Der gesellschaftliche und soziale Wandel geht weiter. Ein bekannter französischer Werbefachmann stellt die These auf, daß mehr als die Hälfte der Produkte, die wir im Jahre 2000 konsumieren, heute, am 3. Februar 1988, noch nicht auf dem Markt sind.

Wie ist dieser rasche Wandel möglich? Wir stellen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen einen raschen Wertwandel fest. Die Wertvorstellungen einer ganzen Generation werden über Bord geworfen und in aller Eile neue Leitbilder angenommen. In ganz Westeuropa werden seit rund 15 Jahren folgende wichtigsten Trends festgestellt:

- Neuer Materialismus

Ein neuer, auf den Genuß gerichteter Lebensstil weckt ein großes Bedürfnis nach vor allem teuren Gütern und Dienstleistungen.

- Erfolgsstreben in der Gruppe

Vielen Menschen liegt daran, daß sie innerhalb einer bestimmten Gruppe ein besonderes Prestige gewinnen. Dieses Suchen nach Anerkennung in einer Gruppe ist mit dem Erwerb von Statussymbolen oder Dienstleistungen verbunden.

- Freude an gutem Essen und Fitneßwelle

Freude an gutem Essen hat viele Formen der Ausprägung: Interesse an ausländischer Küche, mehr Auswärtsessen, aber auch immer mehr Hobby-Kochkurse und Kochbücher, Grillparties. Freude an gutem Essen und Bequemlichkeit führen zu neuen Fertigprodukten und besonders zu neuen Haushaltsartikeln (Mikrowellenöfen, Induktionspfannen).

Die Fitneßwelle hat besonders bei der jüngeren Generation eine große Bedeutung. Schlankheitskost wird aber nicht als lästige Pflicht gegenüber dem Körper empfunden, sondern als interessantes Körpererlebnis im Hinblick auf die angestrebte Schlankheit und Fitneß.

- Sorge um die Umwelt

Aus Umfragen über die wichtigsten Zukunftsprobleme geht in Mitteleuropa regelmäßiger Umweltschutz als wichtiges Problem hervor. Eine nähere Analyse der Einstellungen und des Verhaltens zeigt, daß nur knapp ein Viertel der Haushalte dem Lippenbekenntnis zum Umweltschutz durch ihr Verhalten Taten folgen lassen. Eine leicht größere Gruppe plädiert für Umweltschutzmaßnahmen durch den Staat und die Industrie, während ein Drittel der Bevölkerung keine oder geringe Bereitschaft für persönliche Einschränkungen zugunsten des Umweltschutzes bezeugt.

Die Chancen der Landwirtschaft liegen angesichts der neuen Trends vor allem in der Bereitstellung eines bedürfnisgerechten Angebots (z. B. Fertigprodukte) und im Erkennen der Bedürfnisse der sehr differenzierten Zielgruppen.

Die Landwirtschaft könnte auch vermehrt Marktchancen außerhalb der Nahrungsmittelproduktion wahrnehmen:

- Vermietung von Flächen für touristische Nutzungen und Freizeiteinrichtungen (Golfplätze, Skipisten, Reitplätze)
- nachwachsende Rohstoffe (Energiegewinnung)
- Blumen- und Heilkräuteranbau

6. Freiheit ohne Grenzen?

Der Bauer trägt selbst die Kosten für alles, und deshalb ist er frei.

Dieser Grundsatz gilt — wie ich in meinem Referat dargelegt habe — in mehr

oder weniger deutlicher Form noch heute.

Trotz Genossenschaften und Agrarpolitik trägt der Bauer im Vergleich zu Arbeitern, Angestellten und Beamten wesentlich höhere Berufsrisiken in Feld und Stall. Er ist noch heute stark von der Natur abhängig. Diese besondere Stellung wird auch dadurch unterstrichen, daß sich der Berufsnachwuchs fast ausschließlich aus bäuerlichen Kreisen rekrutiert. Man wird nicht Bauer, sondern man wird dazu geboren.

Die Freiheit des Bauern ist nicht grenzenlos. Sie findet ihr Ende bereits in der Abhängigkeit, die zum Beispiel durch die Tierhaltung geschaffen wird. Jeden Tag, von Montag bis Sonntag, wollen die Tiere gefüttert sein, geben die Kühe Milch. Dieser Arbeitsrhythmus engt die Bewegungsfreiheit der Landwirte wesentlich ein, obwohl Familienmitglieder und Betriebshelfer vorübergehend einspringen können.

Eine absolute wirtschaftliche Freiheit in der Landwirtschaft hätte verheerende Auswirkungen und brächte neue Abhängigkeiten. Ein totaler Abbau des Agrarschutzes in der Schweiz würde den Konzentrationsprozeß enorm beschleunigen. Rieder geht davon aus, daß bei einer Umstellung auf eine liberal organisierte Landwirtschaft 10 Prozent des heutigen Bauernstandes von rund 125.000 Betrieben überleben werden.

Eine so verstandene Freiheit will niemand. Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und naturräumlichen Folgen wären derart einschneidend, daß eine Freiheit ohne Grenzen in der Schweiz kein Thema ist.

Freiheit ist nicht die Willkür, beliebig zu handeln, sondern die Fähigkeit, vernünftig zu handeln.

31



**EIN STEIR. NATURPRODUKT
DEM GAUMEN ZUR FREUDE**



ABHÄNGIGKEIT DURCH PARTNERSCHAFT?



Heinrich Lunacek

Schon der Titel der Podiumsdiskussion ist von der Interpunktion her falsch. Das Fragezeichen ist durch ein Rufzeichen zu ersetzen und dieses ist zu unterstreichen. Ferner haben — und dies ist wesentlich — vor dem Wort „Partnerschaft“ die Worte „freiwillig und gegenseitig“ zu stehen und sind diese ebenfalls zu unterstreichen.

Über diesen Satz als solchen gibt es meiner Meinung nach keine Diskussion, aber ebenso sicher gibt es über das „wie“ immer Diskussionen, gibt es heute und wird es sie geben, solange Menschen zum gegenseitigen Vorteil Partnerschaften suchen und finden.

Gegenseitige Partnerschaft beinhaltet von vornherein den Begriff der Gemeinsamkeit und damit zwangsweise den Abstrich und die Reduktion mancher oder vieler einseitiger Wünsche, um den gemeinsamen Nenner zu finden, der den Partnern weniger Nachteile als in der vorpartnerschaftlichen Zeit bringt. Jedenfalls gibt es keine Partnerschaften ohne Abhängigkeit, sonst wäre schon das Wort „Partner“ falsch, kommt dieses doch vom lateinischen Wort „pars“, welches „Teil“ bedeutet; und ein Teil kann nur ein Stück eines Ganzen sein, ohne dem dieses Ganze ebenso wenig gut funktionieren kann wie der Teil alleine. „Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selbst ein Ganzes nicht sein, schließ an ein Ganzes Dich an“. (Ebner-Eschenbach)

Diese Gedanken sind die Basis jeder Gemeinschaft, von Religionsgemeinschaft

ten beginnend, der Ehe, der Familie, Gemeinden, Ländern, Staaten, Vereinen, Gesellschaften und sicherlich auch Genossenschaften. Jeder, der eine Partnerschaft sucht, sie anstrebt, sollte sich vorher selbst die Frage stellen: „Bin ich bereit, mich in eine Partnerschaft einzugliedern, mich ihr zu unterwerfen, nur ein Teil des Ganzen zu sein — auch nur ein Teil des Erfolges, aber auch nur ein Teil des Mißerfolges? Hilft sie mir meinen Besitz zu sichern, hilft sie mir zu überleben?“

Auch ein Vertrag, ein Kontrakt ist eine Partnerschaft, die ich bereit bin einzuhalten, solange es der Kontrakt, den ich, aus welchen Gründen auch immer, eingegangen bin, vorsieht. Das Goethe-Wort: „Drum prüfe, wer sich ewig bindet“ — für die Ehe gedacht, hat bei jeder Partnerschaft, wenn man das Wort „ewig“ eliminiert, auch heute noch volle Gültigkeit. Spaßvögel haben dem Goethe-Wort „Drum prüfe, wer sich ewig bindet“ hinzugefügt „...ob er nicht doch eine Ausred' findet“.

Sie haben sicherlich den inneren Gehalt einer Partnerschaft nicht verstanden. Ich fasse zusammen:

Partnerschaft ja wenn freiwillig
wenn gegenseitig
Der einzelne hat dem Ganzen zu helfen, damit das Ganze dem einzelnen dienen kann. Auf die Wirtschaft im allgemeinen und die Landwirtschaft im besonderen angewandt: Ja... zur freiwilligen Partnerschaft in Genossenschaften, ja... zur Kontraktlandwirtschaft,

wenn sie zur Sicherung des Lebens und Einkommens,

wenn sie zur Sicherung des Besitzes, des privaten Eigentums und zur Hilfe privater Initiative beiträgt!

Endlich auch ja zur Partnerschaft in Europa, dessen Teil wir sind — Europa ist kein Kuchen, der nur aus Rosinen besteht, wir werden auch den Teig zu essen haben!

Franz Gady

Ich möchte zuerst richtigstellen: Ich bin Sturm-Ehrenpräsident, Sektionsobmann des Handels, aber nicht Vizepräsident des Handels, da brauche ich noch 10 oder 20 Jahre.

Nachdem der Herr Generaldirektor Lunacek sich so eingehend mit der Abhängigkeit durch Partnerschaft befaßt hat, brauche ich es eigentlich nicht mehr machen. Ich glaube aber, seitens des Han-



dels können wir schon von einer echten Partnerschaft sprechen, und zwar warum: Unsere Bauern, unsere Kunden im Einkauf oder im Verkauf können sich echt den Partner aussuchen. Ich persönlich und wir in der Wirtschaft sind überhaupt der Meinung, daß wir mit der Landwirtschaft, mit dem selbständigen Unternehmer noch enger zusammenrücken müssen. Wir sind ja praktisch die Vertreter der freien Wirtschaft, trotz verschiedener Gegensätze. Sie wissen schon, was ich meine.

Das Zweite: Die echte Partnerschaft, was Sie auch gemeint haben, die zwingende Partnerschaft setzt dort ein, wo der Marktanteil — ganz gleich, ob das bei einer AG, Genossenschaft oder einem Einzelhandelsbetrieb — übergroß ist. Wenn ich jetzt hernehme — speziell im Molke-reißen — der Herr Generaldirektor Pichler hat ja auch damals gemeint, hier in dieser Sache wäre für die Landwirtschaft etwas drinnen, d.h., daß so eine große Partnerschaft, ob das jetzt die Molke-rei ist, oder wenn eine Firma einen Marktanteil von 50 Prozent hat, ich würde sogar meinen von über 30 Prozent, kommt es zu einer Monopolpartnerschaft. Die Monopolpartnerschaft, glaube ich, tut den einzelnen Bauern dauernd weh. Deswegen mein Wunsch auch an die Politiker: Geld für den einzelnen Bauern ja, aber bitte sehr aufpassen, daß, wenn Subventionen irgendwo hineinfließen in Institutionen, diversen Fonds usw., daß das Geld dort nicht versickert und im Endeffekt für den Bauern nichts mehr übrig bleibt.



August Jost

Ich darf hier auf eine Idee hinweisen, die ich besonders erwähnen möchte. Der alte steirische Landeshauptmann Krainer hat etwa im Jahr 1962 einen Mann aus der Kammer geholt und hat gesagt: „Eigentlich müßten wir für diesen kleinbäuerlichen Bereich Organisationen schaffen, da mehrere Bauern im Verbund stärker sind als der einzelne. Sogar der alte Landeshauptmann Krainer hat gesehen, daß die wirtschaftlichen Kapazitäten eines solchen Kleinbetriebes und die Möglichkeiten eines solchen Kleinbetriebes beschränkt sind, und um diese zu erhalten, müssen wir solche bäuerlichen Organisationen gründen. Er hat den Dipl.-Ing. Reichart von der Kammer geholt, der ist dann drei Jahre freigestellt worden vom Kammerdienst, und der hat begonnen, die ersten bäuerlichen Erzeugergemeinschaften in der Steiermark ins Leben zu rufen. Erzeugerring St. Stefan, Ferkelerzeugerring Hartberg, Wildon und dgl. In der Zwischenzeit sind neue Qualitätsansprüche, im besonderen Qualitätsansprüche der Konsumenten, aufgetreten, wie etwa mehr Fleisch, weniger Fett. Oder auch beispielsweise Ansätze einer organisatorischen Gestaltung anderer Bereiche, die nicht direkt zur Landwirtschaft gehören, wie etwa die Ansätze in der Schweiz mit der Migros, also die Produktion eines Verteilungsapparates. Die Migros ist ja etwa mit unserem Konsum vergleichbar. An diese Zeit kann ich mich gut erinnern, da ich als junger Bauer sozusagen auch vor der Konfrontation mit vielen meiner Kollegen gestanden bin. Sollen wir uns das gefallen lassen oder sollen wir hier die Dinge in eine andere Richtung treiben. Am Ende einer solchen Organisation steht der Bauer wirklich nur mehr als Knecht da und arbeitet am eigenen Hof, dem alle Dinge vorgegeben und vorgeschrieben sind. Daneben haben sich Konzentrationen in anderen wirtschaftlichen Bereichen ergeben, die auch einen sehr wesentlichen Einfluß auf die Möglichkeiten der bäuer-

lichen Preisgestaltung ausüben. Ich darf da nur die Konzentration im Viehhandel erwähnen. Ich darf die Konzentration im Fleischabsatz erwähnen. Was sich da vollzogen hat, ist ja in Wirklichkeit beängstigend. 10 Großabnehmer in Österreich verteilen heute mindestens 60% des Fleisches an die Konsumenten. Auch große Viehhandelsfirmen und große Direktoren von Genossenschaftsverbänden gehen wie die Lämmer bei diesen Türen hinein, nur um wieder verkaufen zu können, und werden am Ende auch beim Preis massiv unter Druck gesetzt.

Der Bezug zur Natur, das Mitgestalten an der Schöpfung, das ja den Bauern in die Hände gelegt ist, die selbständige Arbeitseinteilung, einmal alles hinschmeißen und gar nichts tun, das kann der Franz Gady sicher nicht, so wie ich ihn kenne, aber das kann ein Bauer noch machen.

Erwin Lindenau

Ich freue mich darüber, daß ich heute das Schicksal der Bauern teile, nämlich, den letzten beißen die Hunde. Mein eigener Freiheitsbegriff hat dort seine Grenzen, wo Freiheit zu Lasten Dritter geht. Das ist heute sehr modern. Freiheit zu Lasten Dritter. Dort endet mein Freiheitsbegriff. Ehe wurde schon genannt. Kein Mensch zwingt einen, daß er heiratet. Aber wenn man heiratet, übernimmt man Pflichten. Und das ist eine Partnerschaft. Die funktioniert aufgrund der Beziehung der Menschen und nicht aufgrund von Gesetzen. Weil wohin das führt, das sieht man eh. Und ich fühle mich berechtigt zu dem, nachdem ich kürzlich gerade mein 30jähriges Ehejubiläum gefeiert habe. Wenn das gelingt, dann ist auch eine solche Partnerschaft schön, schön, schön.

Das war zur inneren Freiheit, und jetzt wollte ich aber gleich den Bogen spannen zur äußeren Freiheit des Bauern. Ich glaube, daß auch heute noch die Rahmenbedingungen, die den Bauern gewisse Schranken auferlegen, etwa 30 Prozent ausmachen und 70 Prozent noch immer seine eigene Tüchtigkeit.

Ich glaube, daß ohne den Druck, der vom Agrarmarkt hergekommen ist, auch die Maschinenringidee nicht funktioniert hätte, und wir haben die Freiheit, daß Bauern sagen: Ich lehne mich im allgemeinen an, wo die Agrarpolitik die Rahmenbedingungen zu machen hat. Es gibt die Freiheit zu sagen: In Kooperation mit einigen wenigen und mit Zuhilfenahme von Untersuchungen von oben, da haben wir ein neues Modell gemacht in der Steiermark, darüber wird in nächster Zeit auch einiges zu hören sein, daß man etwas organisiert für eine Gruppe von Bauern.

Zum Schluß möchte ich noch etwas sa-



gen, was eigentlich ins Ethisch-philosophisch-religiöse geht, wo ich zum Nachdenken anregen möchte: Ich bin als Besitzer eines Arier-Ausweises jetzt wieder in Israel gewesen, damit Sie nicht glauben, daß ich da eine falsche Verherrlichung betreibe. Aber vom Freitag abend, wenn der 3. Stern kommt, da löscht der seine Zigarette aus, dann darf er 24 Stunden nicht rauchen. Er darf nicht einmal ein Toastbrot hineinlegen, denn das ist eine überflüssige Arbeit, kein Licht ein- und ausschalten. Er darf sich nur eine Meile bewegen, er darf nicht schreiben, denn das war im Alten Testament Schwerarbeit, mit Hammer und Meisel in Stein, nicht Autofahren usw.

Und ich sage Ihnen zum Abschluß eines: Der Fahrleitner von der Bundeskammer hat beim Meistertag draußen gesagt: Ich habe eine 75jährige Großmutter und einen 80jährigen Großvater. Und wenn mein Großvater am Samstag Nachmittag sich auf die Hausbank hinaussetzt und sich die Sonne auf den Bauch scheinen läßt, nach 5 Minuten kommt die Großmutter und sagt: Sag einmal, hast Du keine Arbeit? Wir arbeiten manchmal aus Manie. In Schweden habe ich gesehen, wenn der Bauer seinen Sohn nur zwei Stunden beschäftigt, wenn er von der Arbeit nach Hause kommt, muß er ihn anmelden bei der Krankenkasse und bei der Steuer.

Wir haben diese unseligen Scheinpachtverträge, wo der junge Bauer dann einmal zum Entscheiden kommt, wenn er 50 Jahre alt ist, und dann soll er in seiner Generation noch alles zusammenreißen. Hier haben wir auch einen Freiheitsraum, von dem wir sprechen müssen. Ich möchte nicht nur über den Markt reden — über den reden wir sowieso von in der Früh bis auf d'Nacht — ich bin auch bereit zu differenzieren, aber ich möchte auch solche Gedanken einbringen, über die wir uns zuwenig denken, ich denke mir oft, was denken sich die Leute, wenn sie denken. Dankeschön!

ABHÄNGIGKEIT UND UNABHÄNGIGKEIT VON MORGEN



34

Ich freue mich, daß ich die Möglichkeit habe, und ich hoffe, es ist nicht nur eine Stunde, die den Mittagsschlaf ersetzt, Ihnen ein wenig aus meinen eigenen Gedanken zu sagen. Unten beim Kaffee hat ein sehr schwungvoller, junger steirischer Bauer zu mir gesagt: „Es ist ganz gefährlich, wenn ein Politiker eine Stunde redet, darfst' nur eine Viertelstunde etwas glauben.“ Damit weiß ich schon, mit welchem Voringenommen-sein ich irgendwo ein bißchen rechnen muß. Ich könnte mich jetzt ausreden und sagen: „Bitte nehmen Sie das, was ich Ihnen sage, nicht nur von einem Politiker, obwohl ich mich sehr zu diesem Stand bekenne, weil ich das Gefühl habe, hier in einem Kreis von Menschen zu sein, die politisch mitwirken, politisch mitentscheiden, und die vor allem politisch interessiert sind, weil sonst wären sie ja nicht da.“ Daß die Glaubwürdigkeit manchmal ein bißchen gelitten hat, dafür haben einige gesorgt, aber die große Masse und die Vielzahl bemüht sich täglich. Sie draußen, wo Sie leben, in Ihren Orten, in Ihren Märkten, in Ihren Dörfern. Das, was wir vermitteln und was wir gemeinsam vermitteln, und das, was an Stimmung hinausgeht aus diesem Raum, das wird sich morgen in unseren Orten und in unserer Heimat in irgendeiner Form zu Buche schlagen.

Der Zukunft entgegen, das Ziel zu sehen, den Weg zu gehen und das Leben zu bestehen. Das betrachte ich als Herausforderung zu dem Thema: Abhängigkeit und Unabhängigkeit von morgen.

Und da bin ich schon beim ersten: Abhängigkeit.

Sind wir eigentlich nicht alle abhängig

auf dieser Welt? Vom ungeborenen Kind bis zum sterbenden Erwachsenen? Da sind wir alle drinnen. Oder sind wir nicht abhängig voneinander. Ich von Ihnen, daß Sie mir zuhören, Sie momentan ein bißchen von mir, daß ich Ihnen das sage, was ich Ihnen sagen möchte, und sind wir nicht immer davon abhängig, und wissen und spüren wir es nicht täglich, daß der Mensch den Menschen braucht. Über dieses Thema könnte man stundenlang und zu jedem einzelnen Punkt sehr, sehr lange reden. Ich habe es versucht, es weniger im Materiellen aufzubereiten, sondern ich möchte ein bißchen das Lebensgefühl ansprechen, und habe den Inhalt auch nicht getrennt nach Frau und Mann, sondern möchte ihn ansprechen für uns als Menschen in diesem Land, und da denke ich an alle — an die Frauen, an die Männer, an die Kinder, an die Familien. Und es ist natürlich in einem Kreis wie der Ihre etwas ganz besonders Schönes, wenn man sagen kann, Sie wissen genau und am allerbesten, wovon man am meisten abhängig ist. Im Jahreskreis, im Lebenskreis, ich stelle es an die Spitze. Wir sind abhängig von der Kraft des Glaubens, den wir in unseren Herzen tragen. Wir sind abhängig von der Hilfe Gottes, und ich sage noch etwas dazu, weil's im Volksmund so heißt: Der Bauer ist davon abhängig, daß der Petrus das richtige Wetter besorgt. Auch das soll man immer wieder wissen, wenn man sagt: Man ist voneinander abhängig. Wir sind aber auch abhängig vom Nächsten. Wie oft tut es einem gut, wenn man ein gutes Wort hört, ein aufmunternder Blick, oder das Gefühl, man wird gebraucht, man wird angenommen. Man ist davon abhängig, auch das erleben zu können. Oder etwas anderes: Wir sind abhängig vom Zeitgeist und seiner Entwicklung. Und wir selber machen uns von diesem Zeitgeist und von der Entwicklung auch manchmal ein bißchen abhängig.

Ich nehme jetzt ein Thema, weil es weiter weg ist, weil ich es aber täglich merke. Wie abhängig machen wir unsere Kinder, daß sie ab dem 12. Lebensjahr unbedingt einen Taschenrechner brauchen, und wenn Sie dann junge Menschen heute fragen, dann fehlen ihnen die Grundrechnungsarten, die sie vielleicht ihr ganzes Leben lang brauchen würden. So macht man sich selbst abhängig. So wird man abhängig gemacht. Und ist es nicht die Situation, gerade in der Landwirtschaft, die Entwicklung, daß es immer weniger Arbeitskräfte gibt, daß man abhängig ist, Geräte und Maschinen zu ha-

ben, um manches bewältigen zu können, ja, aber auch, um die Arbeit ein wenig zu erleichtern.

Abhängigkeit gehört zu jedem Hauptwort, das wir haben, und ich habe mir hergeschrieben: Der Baum braucht Wurzeln, die Blume braucht Wasser, die Früchte brauchen Sonne, die Tiere, die Menschen brauchen Nahrung, aber die Menschen brauchen noch etwas anderes, von dem sie abhängig sind, ganz besonders, sie brauchen Liebe. Der junge Mensch braucht die Liebe genauso wie der ältere, das Kind die Liebe der Eltern, so wie die Eltern sich freuen über die Zuneigung der Kinder und auch die Frau vom Mann und der Mann von der Frau. Es ist ein gegenseitiges „abhängig sein“.

Wenn man dann in der Öffentlichkeit arbeitet, dann merkt man immer wieder, daß es ein wirklich beglückendes Gefühl ist, etwas durch eigene Anstrengung geschaffen zu haben, selbst etwas geschafft zu haben und nicht immer vom Staat am Gängelband gehalten zu werden. Ich habe nur einen kurzen Blick auf Ihre Tafeln geworfen, wo Sie sich unabhängig fühlen, da steht es ganz genau drauf: selbst entscheiden zu können, manches selber einteilen zu können, nicht abhängig zu sein, ist etwas ganz Großes, dessen Sie sich bewußt sind.

Ich glaube, daß wir aber auch eines ganz bestimmt nicht vergessen wollen. Über jede technische, ökonomische und wirtschaftliche Entwicklung hinweg. Wir wollen nicht vergessen, welchen tiefen Sinn unser Leben eigentlich wirklich hat. Und daß dieser Sinn manchmal schon ein bißchen in Frage gestellt ist. Ich möchte das bißchen sogar weggeben und sagen, sehr viel, das merken wir z.B. an der Entwicklung der Geburtenrate. Auch diese wird gerade von der Zuversicht, vom Sinnfinden im Leben ganz besonders beeinflusst. Ich sage dazu, sie wird auch beeinflusst von der sogenannten großen Politik. Wie steht es mit den Chancen für Ausbildung und Beruf, fragen sich Eltern, wenn sie mehrere Kinder haben. Kann es uns gelingen, Umwelt, Natur und Schöpfung zu beschützen und zu bewahren, oder ist es einmal sowieso nicht mehr lebenswert? Wie sind die Aussichten auf ein friedliches Zusammenleben mit unseren Nachbarn, und da meine ich jetzt nicht den Nachbarn vor der Haustür, sondern den Nachbarn in jeder Himmelsrichtung, weil das Wort „Friede“ eine ganz besondere Rolle spielt. Alle diese Fragen spiegeln sich immer wieder. Wir brauchen einander. Und wenn ich am Anfang begonnen habe und gesagt habe:

Der Mensch braucht den Menschen, dann fällt mir ein Spruch ein, der heißt: Einzeln sind wir Worte, zusammen ein Gedicht. Und man kann nicht leben, wenn man niemanden hat, der einen mag, wenn man das Gefühl hat, es gibt niemanden, der sich um einen sorgt, oder überhaupt das Gefühl hat, es empfindet niemand was für mich. Es muß immer wieder Menschen geben, denen man sich von Zeit zu Zeit anvertrauen kann und bei denen man das Gefühl hat: Dort bin ich immer willkommen. Und wenn jeder ganz für sich nachdenkt, dann geht es uns allen so, und wir sind davon abhängig, einen Menschen zu haben. Und Sie kennen sicher diese kurze Geschichte von der Rose, wo eine Bettlerin gesessen ist am Straßenrand, und es hat ihr dann einer, der vorbeiging, nicht Geld, sondern eine Rose geschenkt. Und sie hat dann eine Woche nicht gebettelt, und dann, wie sie wiederkam, hat er sie gefragt: Wo bist Du diese Woche gewesen? Und sie hat ihm dann zu verstehen gegeben, daß sie das erstmal das Gefühl hatte, ein Mensch zu sein, weil es wurde ihr nicht Geld, sondern Menschlichkeit geschenkt.

Es gibt aber auch etwas anderes, über das wir auch nachdenken sollten. Wir brauchen bei all dieser Zuwendung, von der ich rede, diese Klagemauer. Und da hat sich die Zeit ein wenig geändert. Wenn ich von der Klagemauer spreche, dann meine ich einen Menschen, der mir zuhört, eine Fotografie, die ich betrachten kann, ein Tier, bei dem ich das Gefühl habe, daß ich damit reden kann. Denken Sie an die vielen alleinstehenden Menschen, den Spaziergang durch den Wald, ein Buch, oder vielleicht einen Brief, der von irgendwo herkommt und der mir Freude macht. Da gibt es jetzt eine neue Erfindung, die halte ich für gut, obwohl sie trotzdem manchmal manchem zuviel kostet, das Telefon. Es gibt immer wieder Menschen, die sich gegenseitig anrufen, ganz kurz, weil sie irgendwo das Gefühl haben, sie stehen an einer Straßenkreuzung und finden nicht weiter. Sie rufen einen Freund an, Bekannte, sie sprechen sich aus, sie können aber auch Mut schöpfen. Auch das, glaube ich, daß wir davon abhängig sind, daß wir jemanden haben, und wenn wir ihn schon nicht anrufen können, dann wenigstens das Gefühl, er hört mir ein bißchen zu.

Ein Wort, das noch einmal kommen wird, das ich glaube, daß wir damit verbinden müssen, ist Angst. Wenn Sie fragen, was die Menschen am meisten bewegt, dann ist es die Angst. Darum glaube ich, daß man den Mitmenschen braucht, weil er einem diese Angst nehmen kann. Und im Zusammenleben der Menschen geht es nicht immer nur um konkrete Pläne und Maßnahmen. Auch in einer Familie oder in einer Gruppe, wenn man beisammensitzt, dann redet man nicht nur darüber, was gerade gekauft werden soll oder wo man hinfährt oder wo man hingeht, sondern man redet miteinander, man nimmt Anteil am Schick-



sal des anderen, nur, glaube ich, daß wir manchmal dieses Miteinander-Reden, dieses Sich-gemeinsam-Freuen, dieses Tröstens schon oft verlernt haben. Und wenn ich sage, miteinander reden, dann bin ich sehr dafür, daß man auch ruhig einmal miteinander streiten kann, auch das gehört dazu. Es ist oft viel besser, wenn man den anderen nicht abhängig macht, indem man ihm nicht sagt, was einem paßt, sondern indem man ihm sagt, was einem nicht paßt, indem man es sich ausredet, und eine solche Debatte kann ehrlich offen und erfrischend sein.

Zur Angst: Wovor haben die Menschen Angst? Sie haben Angst, daß sie mit bestimmten Lebenssituationen nicht fertig werden. Angst, daß man eine falsche Entscheidung trifft. Angst, wie die Zukunft ausschauen wird. Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Angst, einsam zu werden. Und wir müssen den jungen Menschen vor allem helfen und sagen: Es gibt immer wieder Situationen, auch wenn ihr diese Angst habt, daß ihr jemanden habt, der euch beisteht, und daß ihr in Freiheit Entscheidungen treffen könnt. Freiheit ist etwas ganz besonderes, ist ein Erziehungsprinzip, ist eine Aufgabe für uns. Freiheit bedeutet für mich aber auch Verantwortung, heißt sich orientieren, wo gehe ich hin, wo geht mein Weg hin und wie wird es weiter ausschauen? Diese Wurzeln zur Freiheit, zum freien Menschen kann ich aber wahrscheinlich am allerbesten in der eigenen Familie kennenlernen. Es ist eigentlich das Allerwichtigste, wovon ich immer geprägt werde, wovon ich aber auch abhängig bin, was mir in der eigenen Familie mitgegeben wird.

Und wenn wir momentan — ich sage das jetzt sehr bewußt — so ein bißchen mutlos manchmal in die Zukunft schauen und uns von vielen Leuten diese sogenannten Katastrophen, die dort und da einbreiten, einreden lassen, habe ich manchmal das Gefühl, daß mir die Aussagen vieler viel zu endgültig sind. Daß wir in

diese Aussagen viel mehr Hoffnung hineingeben müssen, und daß wir es ja sind, die diese Welt verändern können, und wir müssen sie verändern. Das ist unsere Aufgabe, und Sie gehören zu denen, die das auch können. Für sich selbst, für jene, die mit Ihnen leben und die Ihnen anvertraut sind. Es wird uns gelingen, wenn wir füreinander eintreten, wenn wir uns gegenseitig helfen, diese Zukunft, die ja unsere Zukunft ist — und wir wollen deswegen nicht morgen nicht mehr existieren können, sondern wir wollen diese Zukunft gestalten, wir wollen für den anderen und mit dem anderen sorgen. Wir wollen ihm helfen, und er hat Anspruch auf unsere Hilfe. Derjenige, der keinen Arbeitsplatz hat, der ältere Mensch hat Anrecht auf Zukunft. Wenn man an die Diskussion über die Pensionsreform denkt, dann hat man manchmal ein Kopfschütteln von Menschen gesehen, die gesagt haben: Ich weiß ich nicht, wie es ausgeht, aber ich weiß nur nicht, warum so viel geredet wird, ich hab ja eigentlich mein Leben lang gearbeitet. Sie sind aber abhängig davon, was entschieden wird. Und gerade die älteren Menschen in unserem Land haben ein Recht auf ihre materielle Sicherheit, aber sie haben auch ein Recht auf Anerkennung ihrer Lebensleistung. Ich sage immer wieder, man soll eingehen auf den Erfahrungsschatz, und Oma und Opa sind große Eltern. Wir wollen eine Zukunft, die der gesamten Familie, die Frauen, Männern und Kindern in diesem Lande gerecht wird, und diese Zukunft, diese gesunde Familie, die wir stützen und tragen wollen, soll auch kinderfreundlich sein, weil die Kinderfreundlichkeit eines Volkes bestimmt die menschliche Qualität. Ich bin lieber von unseren eigenen Kindern abhängig in 40 Jahren, als wenn ich das Gefühl hätte: Es gibt zuwenig Kinder, die nach unserem Gedankengut Erwachsene geworden sind, auch das müssen wir sehen.

Mir fällt dabei die Landfrauentagung ein,

wo ich versucht habe, zu erklären, wie unsere Dörfer vielleicht in 20 Jahren ausschauen. Wenn jetzt die Schulklassen schon fast leer sind, wenn es statt 3 Klassen nur mehr eine Klasse gibt, und wie sich das Dorf oder der Markt entwickelt. Was aber nichts daran tut, daß ich nicht nach wie vor ein Optimist bleiben möchte. Ein Optimist, überzeugt davon, daß wir mit allen Schwierigkeiten fertig werden. Wir werden es schaffen, alle diese wachsenden Spannungen, ob sie im Bereich der Wirtschaft sind, im Bereich des öffentlichen Lebens, im Bereich der Weltanschauung als Bekenntnis und als Meinung. Ich glaube, es ist Optimismus nur zu leben, wenn wir den Mut haben, uns im richtigen Moment zu bekennen, zu sagen, was wir denken und wo wir stehen. Es liegt an uns in diesem Lande, daß wir in einer Demokratie, in einem freien Land, Verantwortung tragen, und darüber dürfen wir keine Zweifel aufkommen lassen, aber auch nicht über unsere eigenen Überzeugungen, über die Werte und Ziele, die wir uns selbst setzen.

Bei der Abhängigkeit möchte ich nicht vergessen haben jene, die am Rande stehen, die all das, von dem ich bisher gesprochen habe, nicht erfahren. Denken wir an sie. Ich glaube, daß diese Zustände, daß junge Menschen verzagen, daß sich manche, daß sie nicht mehr lange überlegen und das Leben wegwerfen, weil sie sich einsam fühlen, weil sie sich verlassen fühlen. Daß es nicht der Preis des Wohlstandes und des Fortschritts in unserem Land sein darf, daß mangels Zuwendung, mangels Liebe des nächsten, solche Schicksale gibt. Ich glaube, daß eine solche Tagung auch ein lohnendes Ziel hat, daß man wieder ein bißchen mehr darüber nachdenkt, daß man sich umeinander bemühen und aufeinander zugehen soll. Dank der Hilfe vieler in diesem Land habe ich kennenlernen dürfen, was geschieht an guter Nachbarschaft und an Nächstenliebe in den einzelnen Orten und Dörfern. Wie oft habe ich erlebt, daß ein schwerer Schicksalsschlag eine Familie getroffen hat, auch im bäuerlichen Bereich, und mit welcher Selbstverständlichkeit wurde zugepackt, es wurde geholfen.

Das hätte kein Gesetz verordnen können. Ich glaube, daß man voll Stolz sagen darf, die damit unserem gemeinsamen Heimatland auch ein menschliches Gesicht geben. Essen und Trinken, Haben und Herrschen, Wohlstand und Konsum können das Herz eigentlich nicht wirklich ausfüllen. Für mich sind die wichtigsten Dinge jene Dinge, die unsichtbar sind. Nämlich Liebe, Freude, Friede, Glück, Sinn, Gewissen, aber auch das Erkennen von Gut und Böse. Geborgenheit und Heimat, Mitmenschlichkeit und Zuwendung, Freundschaft und Vertrauen, das sind die Werte, die wir uns eben um Geld nicht kaufen können. Da sind wir abhängig davon, daß wir sie leben, daß wir diese Werte haben, weil wir sie brauchen. Wir haben uns an diese Frei-



heit in diesem Land eigentlich mit ziemlich gedankenloser Selbstverständlichkeit schon gewöhnt. Es ist selbstverständlich, daß wir in einem freien Lande leben. Dabei und nur einen ganz kurzen Augenblick, wenn jeder darüber nachdenkt, ist es eine unermesslich große Gabe und täglich eine ungeheure Aufgabe, in einem Land zu leben, in dem man sagen kann, es ist frei. Die Welt ist groß. Und ein Wort zum Politiker als Verantwortungsträger: Ich glaube, daß wir, die wir Verantwortung tragen, daß es uns wieder gelingen muß zu zeigen, wenn wir etwas wollen, wollen wir mit Ihnen reden. Wir wollen es mit Ihnen vorbesprechen, wir wollen Ihre Meinung hören. Und allein die Vorbereitung und Organisation einer solchen Tagung ist auch ein Zeichen, daß z. B. der Steirische Bauernbund nicht mit dem Kopf durch die Wand will, sondern miteinander reden, Mißtrauen abbauen, Vertrauen schaffen, verhandeln und, jetzt kommt das Wichtigste, Versprochenes halten. Versprochenes halten, wo man gerade jenen Menschen, die in der Politik arbeiten, oft nachsagt, daß sie Versprochenes nicht einhalten wollen. Mir fällt ein Beispiel ein, weil ich heute bei der Wohnbauförderung das ziemlich massiv erlebt habe. Wenn man denkt, wie sich die Steirische Volkspartei unter Landeshauptmann Krainer vor der Wahl zum Beispiel „Draken“ geäußert hat und auch nach der Wahl diese Haltung beibehalten haben, dann — glaube ich — ist das auch ein Beitrag, daß man sagt: Die reden nicht heute so und morgen anders. Ich bin auch überzeugt, daß jene Probleme, die wir im wirtschaftlichen Bereich haben, und da haben wir, als Steiermark, ein riesengroßes Paket. Daß wir diese Aufgabe, die sich der Wirtschaft stellt, nämlich die Aufgabe, den Wohlstand der Bevölkerung und nicht nur des Wirtschaftstreibenden zu mehren, überhaupt nur bewältigen kann, wenn auch die Wirtschaft menschengerecht gestaltet ist. Das klingt jetzt so, aber wenn sie es dann erleben — man liest in der Zeitung im

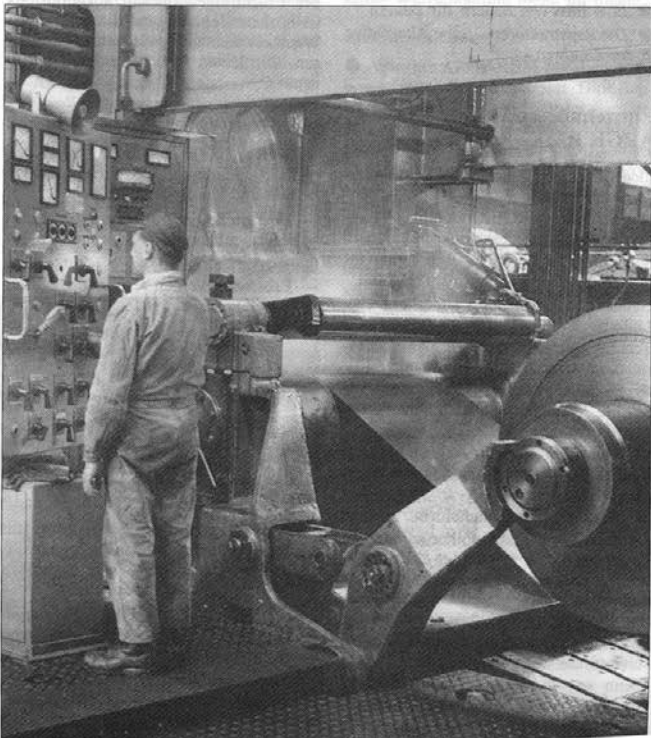
mer nur von jenen oben, die entlassen, die entscheiden, die etwas tun, was sie nicht sollen. Denken Sie an die vielen kleinen Betriebe draußen in Ihren Orten, wo manchesmal der Gewerbetreibende am Monatsende weniger an Einkommen hat als der Arbeitnehmer, seinen Betrieb trotzdem aufrecht erhält und sich um seine Mitarbeiter bemüht. Umweltschutz ist eine der großen Zukunftsaufgaben, aber sie ist nicht nur eine Aufgabe für andere, sondern sie steht auch in der Verantwortung und in der Abhängigkeit der Entscheidung des einzelnen. Jeder einzelne kann einen Beitrag leisten, und jeder einzelne kann bei seinen eigenen Lebensgewohnheiten beginnen, bei sich selber. Und vom Umweltschutz ist es nicht sehr weit dorthin, wo man sagen muß: Wir müssen mit diesen Problemen fertig werden, wir müssen die Umwelt sparsam verbrauchen, die Natur und die Landschaft schauen und Bauen und Menschen schonen.

Auch bei der Landfrauentagung hat unser LR Schaller folgendes gesagt und das hat mich so bewegt: Wir brauchen nicht vor der Technik Angst haben, wir brauchen nicht vor dem Atom Angst haben, wir brauchen uns nicht vor Gentechnologie usw. fürchten, wir müssen uns nur vor dem Menschen fürchten. Und da hängt es wieder von uns selber ab, da kann wieder jeder seinen Beitrag leisten und vor allem, wir können hoffen, daß Verantwortungsträger richtige Entscheidungen treffen. Und von der Umwelt weg komme ich schön langsam in die Schlafrunde. Ich komme in diese Runde, wo ich glaube, daß wir es uns manchmal gönnen sollen, unabhängig, weil's nichts kostet, weil's schön ist und weil wir es erleben, weil ich es Ihnen anbieten möchte, weil's Ihnen gehört, z. B. eine Wiese. Eine Wiese, auf die Sie sich vielleicht am Rand hinsetzen, ein bißchen nachdenken, über Ihre Kindheit, was Sie gedacht haben, wenn Sie diese Sommerwiese angeschaut haben, wo man vielleicht ein Kranzert geflochten hat, wo man sagen

kann: Sie ist ein Unterteppich, den der Herrgott uns schenkt. Wenn man diese Wiese betrachtet, und diese vielen Wiesen im Land, die gepflegt werden von Ihnen, dann kommt man zum nächsten, das wir brauchen, wovon wir nicht unabhängig, sondern abhängig sind, aber was wir auch leben wollen, das ist Hoffnung. Hoffnung heißt für mich soviel wie Zukunft. Sie hat viele Namen. Für mich ist Hoffnung der Motor des Lebens. Jeden Tag freue ich mich auf etwas und denke mir: Es wird schon gutgehen, ich hoffe, daß es gelingt. Hätte ich keine Hoffnung, dann würden die Tage eigentlich sehr leer zurückbleiben, die Stunden wären trocken, sie blieben ohne Frucht. Und Hoffnung ist so etwas wie ein innerer Geist. Es passiert mir manchmal, daß mich jemand fragt: Ja sag einmal, wirst Du eigentlich nicht müde. Ich habe das Gefühl, Du hast recht viel zu tun. Was treibt Dich so weiter? Dann sage ich dazu: Es gehört ein Ehrgeiz dazu, um manches gut zu schaffen, aber das wirkliche, was man braucht, ist Hoffnung, etwas schaffen zu können, ist das Glauben daran, daß wir es zusammenbringen, ist das Glauben an dieses Land und an die Menschen, die in dem Land wohnen. Hoffnung heißt eben, so wie es in einem Buch von Msgr. Rodler steht, Segel sein und nicht nur Anker. Wir müssen hoffen, daß der morgige Tag, das nächste Jahr und die nächsten Jahrzehnte gutgehen. Wir müssen es dem kranken Menschen vermitteln, weil er ist abhängig davon, daß er, wenn's irgendmöglich ist, doch bald wieder gesund wird. Daß es eine gesicherte Zukunft gibt. Wir müssen aber auch Hoffnung geben jenen, die nicht mehr glauben, daß es auf dieser Welt Gerechtigkeit gibt, daß wir gerechte Entscheidungen treffen können, daß uns viel daran liegt, daß die Menschen glücklich sind. Zukunft heißt für mich aber auch, Menschen zu finden, die gleiche Ziele haben. Menschen, die mit mir gemeinsam diesen Weg gehen, die diese Werte suchen und achten und die sich gemeinsam mit mir auf den Weg machen. Und da gehört noch etwas dazu für mich, das heißt lachen, fröhlich sein, etwas Witz in die Sache zu bringen und nicht nur alles ganz ernst nehmen, manchmal das Gefühl haben, wenn ich das jetzt nicht nur ernst und betroffen aufnehme, sondern mich darüber freue und mit den anderen herzlich lache, dann ist es besser zu ertragen. Ein Weg, um diese Hoffnung zu erleichtern, und da hat jeder sicher seinen eigenen Weg, kann z. B. auch Musik sein. Und weil viele junge Menschen in dem Raum sind, möchte ich Ihnen sagen, was mir aufgefallen ist. Wie das so ist bei großen Kindern, du mußt dir das Radio anhören, nicht immer das Programm, das die Mutter gern hören würde, aber, da gibt es eine sogenannte Hitparade. Die Hitparade hat jetzt auf Platz 1 einen Schlager, der heißt „Wonderful life“, wundervolles Leben. Von der Melodie her, mir gefällt's. Ich freue mich, daß

sich die jungen Menschen gerade in Österreich — weil es ist eine österreichische Hitparade — wieder für diese Form der Musik entscheiden, weil vor 10, 15 Jahren hat das wesentlich anders geklungen. Auch das ist ein Zeichen der Hoffnung für mich, und da merkt man eben, daß man nicht immer nur ans Gestrern denken soll, sondern sich Stimmung auch holen kann im Morgen, in der Veränderung und bei dem, was die jungen Leute in unserem Lande denken. Wir brauchen uns selber. Es ist mir auch bewußt geworden am vergangenen Sonntag, beim Tag der Landjugend. Viele von Ihnen waren wahrscheinlich dort. Mir ist dort was ganz Besonderes aufgefallen. In der Dekoration gab es so einen Bügel, und von dem Bügel herunter war ein grüner Luftballon, ein grüner Luftballon. Ich hab' mir so gedacht und konnte niemanden fragen, aber ich werde das sicher noch tun, was man sich eigentlich denkt, wenn man einen Luftballon hängt. Ob das nur die Dekoration ist? Ob man eigentlich nicht da auch so manchen Traum mithineinpackt, so manche Hoffnung, oder das Gefühl zeigt: Wir schaffen das, es ist nicht alles so. Man kann auch mit einem solchen Dekonstruktionsstück einen anderen zum Nachdenken bringen. Es ist dort gesprochen worden, vom Dr. Schulmeister, und er hat uns sehr, sehr viel gesagt. Für mich war ein bißchen zu wenig Hoffnung drinnen. Aber er hat etwas

sehr, sehr Wichtiges gesagt. Er hat gemeint, vor 1000 Jahren, also bei der Jahrtausendwende, da war eine Aufbruchstimmung. Ich habe mir an diesem Sonntag vorgenommen, wir gehen jetzt ins nächste Jahrtausend, wir alle miteinander. In 12 Jahren wird das Jahr 2000 bereits überschritten sein. Es müßte ja auch ein Auftrag für uns sein, Aufbruchstimmung zu erzeugen in diesem kommenden Jahrzehnt, weil wir können in Zukunft nur das durchsetzen, was wir alle wollen, und dazu müssen wir uns bekennen. Dazu muß aber etwas geschehen, zu dem ich Sie aufrufen möchte. Es muß kommen der Mut, an die Stelle von Angst. Wir müssen handeln statt warten, was andere tun, und wir müssen noch mehr miteinander statt gegeneinander unterwegs sein. Aber wir müssen vor allem jedem Menschen, der uns begegnet, sagen: Warte nicht auf das, was andere für dich tun, weil dann bist du abhängig. Nimm die entscheidenden Dinge selbst in die Hand, weil dann bist du unabhängig, und was du selber tust, das entscheidest du. Hör' nie auf zu lernen, eigne dir Wissen an. Sie wollen das, weil sonst wären Sie heute nicht hier. Unter Wissen meine ich Sachwissen und Lebenswissen. Aber vor allem eines muß man sich merken, und um das bitte ich Sie: Sagen Sie nie, das geht nicht, Es geht alles, wenn man's nur will.



DAS STEIRISCHE RAPSPROJEKT



- Pilotprojekt bäuerlicher Selbsthilfe
- Energie für die Landwirtschaft aus Bauernhand
- Futter für unsere Zugtiere — Traktoren — ein Weg in die Freiheit
- Eine Idee von Bauern für Bauern
- Die Rapstraktoren — eine Alternative in der Landwirtschaft

38

Entstehungsgeschichte der ARGE RME

Idee Dezember 1985: Schaller, Landeskammer, Bauern

August 1986: ARGE-Gründung — Landesregierung, Landeskammer, 22 Bauern
 September 1986: 35 ha Rapsanbau für die Treibstoffherzeugung für Traktoren
 Gebäude: Fachschule Silberberg bei Leibnitz

Technik: Schneckenpresse, Absackvorrichtung, Umesterung, Lagertanks

● Flottentest: Steyr, 6 Traktoren, derzeit bei 760 Betriebsstunden ohne besondere Probleme mit RME.

● Vorstellungstag 28. August 1987: 1. Bäuerliche Rapspreß- und Umesterungsanlage, Exkursionen

● Derzeitige Wirtschaftsform:

„Unsere Tiere fressen Futter aus Amerika, unsere Traktoren werden aus den arabischen Ländern getränkt und wir wissen nicht, wie wir unsere einseitige Produktion loswerden sollen!“

Dies ist nicht nur ein österreichisches, sondern ein weltweites Problem.

Wenn wir so weiterwirtschaften, dann wird dies für uns Bauern und für die gesamte Gesellschaft bald zum Chaos führen.

● Wir wollen mit dieser Idee die österreichische (europäische) Landwirtschaft aus der Sackgasse herausholen.

● Wir wollen folgendes erreichen:

— Unabhängig sein vom weltweit krisenanfälligen Energiemarkt. Ist die Straße von Hormus morgen noch offen? Energiekrise 1973 — nicht nur von Zivilschutz reden, sondern auch was tun.

— Wie unsere Vorfahren das Futter für unsere Zugtiere wieder selbst erzeugen — keine Neuheit!

Mit zunehmender Technisierung wurde das Futter nach und nach durch Ölimporte ersetzt und die freigewordene Futterfläche zur Nahrungsmittelerzeugung verwendet und damit die unsinnigen Überschüsse erzeugt.

Die Futterfläche betrug 25% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche (1:4).

— Eine gesunde Kreislaufwirtschaft durch eine vielfältige Fruchtfolge, um Ökologie und Ökonomie wieder in Einklang zu bringen. Die rein ökonomische Bewertung der Pflanzenproduktion und der Glaube an die Chemie ließ uns von der Fruchtfolgegewirtschaft abkehren. Es ist höchste Zeit, uns auf die natürlichen Wechselwirkungen zwischen Leguminosen, Ölfrüchten und Getreide zu besinnen.

Der Raps nimmt hier eine besondere Stellung ein:

— Weil er 10 Monate im Jahr den Boden bedeckt, dadurch den Humusabbau hemmt und das Bodenleben schont.

— Eine große tiefgreifende Wurzelmasse liefert viel Humus und lockert den Boden.

— Erosionen werden vermindert, Nitratauswaschungen weitgehend gestoppt.

— Eine blühende Landschaft ist mindestens 1 Monat zur Zeit der Rapsblüte eine Augenweide.

— Automatisch kommt es zum Ende der Monokulturen.

— Diese Kreislaufwirtschaft ermöglicht uns eine nachhaltige Bewirtschaftung unserer Böden, damit diese für unsere Nachkommen auch noch fruchtbar sind.

— Die Versorgung der Bevölkerung mit natürlichen und gesunden Nahrungsmitteln aus der Hand der Bauern auch in schwierigen Zeiten sicherstellen.

Ein gesunder Boden, gesunde Nahrungs- und Futtermittel, gesunde Tiere und Menschen sind uns ein ernstes Anliegen.

— Den Getreidemarkt entlasten — kein Getreide ins Ausland verschenken und eigenen wertvollen Ölkuchen statt teuer importiertem Sojaschrot verfüttern.

Derzeit wächst auf 250.000 ha Ackerfläche die falsche Frucht. 1 Mill. Tonnen Getreideüberschuß und 500.000 t Ölkuchenimport bedeuten für uns keine Wertschöpfung.

Der Exportförderungsbeitrag für das Getreide beträgt über 4 Mrd. Schilling.

Die österreichische Ackerfläche von 1.500.000 ha braucht zur Bewirtschaftung den Treibstoff aus 250.000 ha Rapsfläche. Dies entspricht 1/6 der Ackerfläche.

Für die Speiseölerzeugung werden zusätzlich 50.000 ha Raps benötigt. 300.000 ha Ölfrüchte liefern ca. 500.000 t Ölkuchen. Dies würde den unsinnigen Sojaimport großteils ersetzen. Raps kann nur jedes 4. Jahr auf dem selben Acker angebaut werden. Wir können daher mit den Ölfrüchten keine Überschüsse erzeugen. Wir können den Treibstoff aber auch nur für die Traktoren erzeugen und nicht für andere Fahrzeuge. Die Natur läßt nicht mehr zu. Eine Rapskontingentierung ist daher Unsinn. Der Herrgott macht die Kontingentierung gratis ohne jeden Verwaltungsaufwand.

Ich bin der Auffassung, daß wir in Österreich keinen Überschuß erzeugen, sondern nur falsch produzieren.

— Mehr Wertschöpfung in die Hand des Bauern, damit diese der heimischen Wirtschaft wieder zugute kommt und die Gesellschaft für die Verwertung der Falschproduktion weniger belastet werden muß.

Derzeit wird die einseitige, unsinnige Produktion (Getreide) ins Ausland verschleudert, veredelte Agrarprodukte (Puten, Schweinefleisch, Backwaren) und Maschinen (Traktoren) werden importiert. Wir sind wirtschaftliche Selbstmörder.

Mehr Wertschöpfung in der Bauernhand geht der Gesellschaft nicht verloren, sondern fließt der heimischen Wirtschaft wieder zu. Der Bauer ist der letzte, der sein Konto in Lichtenstein hat und seinen Urlaub auf Mallorca verbringt.

● Wie können wir diese Ziele erreichen?

— 15 bis 20% der Ackerfläche mit Raps bebauen.

— Den Rohstoff nicht aus der Hand geben, sondern selbst veredeln.

— Gemeinschaften gründen und „auf Dorf- oder Gemeindeebene“ Preß- und Umesterungsanlagen errichten.

— die gewonnenen Betriebsmittel, Treibstoff (RME) und Preßkuchen im eigenen Betrieb verwerten.

— Am Bauernhof erzeugte Betriebsmittel sichern die Lebensmittelerzeugung auch in Krisenzeiten. Durch viele dezentrale Gemeinschaftsanlagen (in Öster-

reich ca. 1000 Anlagen) werden die Bauernhöfe, der ländliche Raum wieder belebt. Gemeinschaftsfördernde Wirkung.

— Die Arbeitsplätze in der Industrie werden durch den Anlagenbau und Rohstofflieferungen und am Bauernhof durch den Betrieb der Anlagen gesichert. Das Umesterungsverfahren (patentrechtlich geschützt) ist absolut umweltfreundlich und hinterläßt keine Rückstände. Der Schadstoffausstoß beim Betrieb der Fahrzeuge ist wesentlich geringer als beim herkömmlichen Dieseltreibstoff.

Die Umwelt wird zusätzlich geschont, weil es keine weiten Transportwege für den Rohstoff Raps und die anfallenden Betriebsmittel (RME, Rapskuchen, Heizmaterial) gibt.

Viele dezentrale Gemeinschaftsanlagen sind die beste Krisenvorsorge für die Energie- und Lebensmittelerzeugung. Einen besseren und billigeren Zivilschutz gibt es nicht.

● Diese Idee gibt es nicht nur in Österreich, sondern auch in der BRD. Laut GET-Bericht (Gesellschaft für Entwicklungstechnologie) vom August 1987 wird bei der Treibstoffherzeugung versucht, den selben Weg zu gehen wie im steirischen Pilotprojekt.

● Die derzeitige EG-Beitrittsdiskussion darf uns nicht entmutigen. Wir dürfen nicht resignieren, sondern diese muß für uns alle eine Aufbruchstimmung sein. Wir dürfen auch nicht auf den Zug „der noch größeren Einheiten“ aufspringen, nicht den Hollandbauern als Vorbild sehen. Dies ist tödlich, nicht nur für die Bauern, sondern für die gesamte Gesellschaft und die Natur.

Gehen wir den Weg der kleinen überschaubaren Einheiten. Erzeugen wir die notwendigen Betriebsmittel wieder selbst. Wirtschaften wir nach dem Kreislaufprinzip und denken wir immer: „Jede ersparte Ausgabe ist die sicherste Einnahme.“

● Der Appell, den wir am 28. August



1987 hinausgegeben haben, darf nicht ungehört bleiben (vergleichbar mit Hans Kudlich 1848). Ich möchte diesen hier wiederholen:

— An unsere Berufskollegen, an alle Bauern in Österreich, daß sie sich dieser Idee anschließen.

— An unsere Ständesvertretung, an alle Agrarpolitiker und besonders an unseren Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Josef Riegler, daß die Rahmenbedingungen künftig so geschaffen werden, damit Treibstoffherzeugung aus Raps in den Bauernhöfen dezentral möglich ist und in die Hand des Bauern gelegt wird.

— An die gesamte Bundesregierung: Wir wollen keinen verstaatlichten Rapsanbau zur Treibstoffherzeugung und nicht zu Rohstofflieferanten zum Weltmarktpreis „degradiert“ werden. Die Futterfläche und die Futterherzeugung war immer in der Hand der Bauern.

— An die Sozialpartner: Zeigen Sie mehr Solidarität mit den Bauern und verhindern Sie diese dringende notwendige

Kreislaufwirtschaft nicht. Geben Sie uns Bauern eine Chance, damit die Landwirtschaft und die gesamte Wirtschaft wieder Zukunft haben.

— Die volkswirtschaftliche Rechnung ist auch für den Finanzminister positiv.

Österreichischer Rapsanbau nach dem Steirischen Rapsprojekt kommt den Österreichern bei den jetzigen Energiepreisen um 1,08 Milliarden billiger als der unsinnige Getreideexport. Die gesamte Wertschöpfung bleibt im Inland.

Zusammenfassung:

● Wir, die ARGE REM-Mitglieder, im besonderen unser Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller und Minister Riegler, und auch schon viele Bauern in Österreich sind überzeugt, daß eine Realisierung dieser Idee die Agrarprobleme, vor allem den Getreideüberschuß, in kürzester Zeit lösen wird.

● Die Selbstversorgung der Landwirtschaft mit Treibstoff und Eiweißfutter bringt Unabhängigkeit und beendet den selbstmörderischen Agrar- und import.

● Ein Wiedereinstieg in die altbewährte Kreislaufwirtschaft schafft ökologisch und ökonomisch die notwendige Ordnung.

● Dezentrale Anlagen sind krisensicher, beleben den ländlichen Raum und bringen mehr Arbeitsplätze und Wertschöpfung in die Bauernhand, welche der heimischen Wirtschaft wieder zugute kommt.

● Das bäuerliche Rapsprojekt — der steirische Beitrag zur dringend notwendigen Wende in der österreichischen und europäischen Agrarpolitik.

● Diese Bauernhand, das soll auch Ihre sein, will dieses Projekt verwirklichen. Auf diese Bauernhand können alle vertrauen.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

● Das bäuerliche Rapsprojekt — ein Weg in die Freiheit.



WALDVIERTLER INITIATIVEN



Wenn ein armer Waldviertler in die Steiermark kommt und dort ein Referat hält, ist es, wie wenn ein Negermissionar zu den Weißen predigt. Ich hoffe, ich kann Ihnen trotzdem ein bißchen was sagen, was Sie auch interessiert. Wenn mein Vorredner eine große Alternative vorgestellt hat, und ich möchte das als große Alternative bezeichnen, so möchte ich auch die Kleinalternativen vorzustellen und möchte auch einmal den Unterschied sagen. Was ist der Unterschied zwischen einer großen und einer kleinen Alternative? Eine große Alternative ist agrarpolitisch eine unbedingte Notwendigkeit, ich glaube, die Zahlen haben ja irgendwo Bände gesprochen. Sie bringen die Agrarpolitik in Ordnung, und damit das Preis-/Leistungsgefüge wieder in ein gewisses Lot. Kleinalternativen sind für die Agrarpolitik im wesentlichen völlig uninteressant, weil sie — wenn es auch ein paar tausend Hektar sind — im wesentlichen nur geringfügige Entlastungen eines Agrarmarktes bringen, der völlig durcheinander ist, aber sie sind einkommensmäßig natürlich sehr interessant. Kleinalternativen helfen im wesentlichen das Einkommen des einzelnen Betriebes verbessern und nicht einer Bundesregierung ihr Konzept in Ordnung zu bringen, nur, daß wir den Unterschied sehen. Wir im Waldviertel, die wir ja von Überschüssen nicht recht viel produzieren, weil von Haus aus weniger wächst, wir können uns nicht auf die Großalternativen umstellen, weil vieles bei uns eben gar nicht wächst, sondern wir müssen das was wächst, möglichst hochwertig veredeln, damit der Bauer möglichst viel in seiner Hand hat. Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen sagen: Vor 20 Jahren, wenn die Hausfrau S 100,—

für Lebensmittel ausgegeben hat, hat etwa die Hälfte den Bauern gehört. Wenn heute eine Hausfrau S 100,— für Lebensmittel ausgibt, gehören S 16,— den Bauern. Alles andere ist dazwischen. Und wenn man ein Agrarprodukt durch einen Handel auf seinen Hof führt, hat mir jemand erzählt, dann muß er mindestens 100% draufschlagen, da hat er es nicht einmal abgeladen oder angeschaut, sondern nur, weil man beim Hof hineingefahren ist und auf der anderen Seite wieder hinaus, weil eben Lasten und Steuern und alles mögliche draufliegt. Daher ist es sicher das Grundproblem, daß wir dem Bauern möglichst viel wieder zurückschlagen.

Ich möchte das an einem einfachen Beispiel erklären: Wenn Sie Melissenblätter erzeugen für die Industrie, bekommt der Bauer S 40,—. Dieselben Melissenblätter, ein bißchen abgepackt und aufgemacht, kosten dem Endverbraucher S 840,—. Weil jeder, der sie angreift, muß 100 bis 150% draufschlagen, und das geht so wie bei den Zinsen. Wenn Sie hohe Zinsen haben, haben Sie 10 Jahre später auch hohe Schulden. Wir versuchen im wesentlichen Vorveredelungsgewinne in Bauernhand zu bringen. Das aber nur in der Gemeinschaft. Denn dem einzelnen wären diese ganzen Anlagen wesentlich zu teuer. Wir haben vor ungefähr fünf Jahren oder sechs Jahren das erste Mal versucht, unsere Bauern von der Idee zu begeistern. Über einen gemeinsamen Verein, dieser Verein heißt „Waldland“, und unter dem Titel Waldland verkaufen wir alles, was wir verkaufen, ob Gänse, Schafe, Enten, Kümmel, Thymian, Kamille, Mohn — das ist alles Waldland. Das erste, was man braucht, ist eine unheimlich große Identität und einmal ein Zeichen, das die Leute wahrnehmen. Sie müssen sich vorstellen, 130 Anstöße braucht der Mensch, bis er eine Gewohnheit ändert. Da muß er oft „Waldland“ hören, und das hört er bei uns natürlich immer wieder. Wir haben zwar verschiedene Vereine, einen für die pflanzlichen Alternativen, einen für die tierischen, einen für's Holz und einen für die Sonderprodukte. Alle vier haben einen großen Überbau, das Waldland. Bei diesem Verein Waldland haben wir eine große Handelskonzession, damit sämtliche rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind. Man muß sich absichern, obwohl für unsere Aktivitäten das überhaupt nicht notwendig wäre. Denn jeder Verkauf erfolgt zwischen Bauer und Endabnehmer, d.h., die Firma Maier — das ist eine große Firma, die z.B. Mohnkuchen erzeugt — kauft bei uns den Mohn und wir füllen 350 verschiedene Verträge aus, der Verein füllt zwar alles aus, aber der Maier und der Bauer unterschreiben das gegen-

seitig. Wir sind aus dem Schneider, wir sind auch bewußt keine Genossenschaft, sondern ein Verein, der vermittelt, und wir machen natürlich etwas Zweites: Wir verkaufen 80% der Ware fix, bevor wir überhaupt ein Körnchen anbauen, und 20% sind das Spielbein, wo man ein bißchen experimentieren kann, oder wo man rechnet, daß einmal eine Mißernte ist. 80% sind fix am 28. Februar von allen Produkten verkauft. Und wenn 80% mit einem fixen Vertrag zu einem fixen Preis — das ist nämlich entscheidend — verkauft sind, dann bauen wir an, das „Klumpert“, wie manche Leute behaupten. Darüber kann man verschiedener Meinung sein.

Ich bin sicher nicht der, der irgendeines unserer Produkte als lebensnotwendig betrachtet. Den gestündesten Tee brauchen manche Leute nicht. Aber solange es Leute gibt, die den Tee wollen, dann muß ihn der Bauer in bester Form, in bester Qualität erzeugen. Bei uns in der Firma gibt es nur ein einziges Wort, das zum Frühstück, zum Mittag- und Abendessen gebraucht wird, das heißt Qualität. Wir müssen die beste Qualität, den besten Service, das beste Management haben, dann sind wir am Markt. Aus Mitleid und Liebe nimmt uns niemand etwas ab, aber mit einer guten Qualität kann man auch einen Superpreis erzielen. Wir haben natürlich gute Preise, und dadurch, daß die Bauern keine einzige Maschine selbst gekauft haben, sind sie auch nicht abhängig.

Einmal hat eine Firma versucht, uns das nicht zu zahlen, was wir wollten. Befehl von der Spitze: Heuer wird kein Mohn angebaut, nicht ein Deka. Nach 14 Tagen sind sie gekommen und haben gesagt, wir zahlen euch das und gebt's a Ruah. Es probiert's ein jeder, wenn er dich legen kann. Wenn du natürlich Maschinen um Millionen gekauft hast, dann mußt du erzeugen. Wir wollen unsere Bauern dazu bringen, daß sie erzeugen dürfen, was ihnen Spaß macht. Jeder muß eine gewisse Liebe zu diesem Geschäft haben, wenn er das nicht von Haus aus hat, soll er es stehen lassen.

Wir haben Frauen, die sind für Heilkräuter sehr geschickt, andere machen geschickter Mohn, andere machen Mariendistel. Wenn man 3 1/2 Meter hohe Disteln anbaue, haben die Leute auch am Anfang gesagt, die spinnen. Dann haben sie Menge x Preis ausgerechnet, dann haben's gesagt: So spinnst sind die gar nicht und seit dieser Zeit bauen wir das. Natürlich erzeugen wir diese Produkte für das Inland, wir erzeugen sehr viel für den Export, ohne Stützung und ohne alles und verdienen auch etwas. Und wenn es einmal nicht geht, bauen wir halt was anderes an. Dadurch, daß wir unabhängig



sind und auch beim Verein keine Schulden haben — darauf lege ich, solange ich Obmann bin. Wert. Warum? Weil mit Schulden macht sich der Bauer abhängig und der Verein noch viel mehr. Es können uns alle Leute beschimpfen, aber wir sind niemandem etwas schuldig, und damit ist alles in Ordnung. Bauen wir einmal nichts an, oder bauen wir mehr an, ist das unser Problem, weil sonst bist du sofort ein armer Narr. Alle stürzen auf dich, auch manche Freunde, weil mein Nachtgebet heißt: Oh Herr, bewahre mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden werde ich ganz allein fertig! Daher ist es ganz wichtig, unabhängig zu sein, wenn man neue Wege gehen will, die mancher kleine Betrieb gehen muß, wenn er überleben will. Es ist ja nicht eine Frage nur von Hektar, wenn ich sage: Wenn du 30 Hektar hast, kommst du davon, wenn du nur 10 Hektar hast, kommst du nicht davon. Unser kleinster Anbauer ist ein Zwei-Mann-Betrieb, auf einem Hektar Grund, und hat sicher das dreifache Reineinkommen von unseren Durchschnittsbauern. D.h., ich bin unabhängig, ich sage immer, Hektar sind auch wichtig, je mehr man hat, desto besser, aber man kann auch auf wenig Hektar etwas erwirtschaften, wenn man es möglichst hochwertig veredelt. Und was wir versuchen, die Veredelung in bäuerliche Hände zu legen. Wir haben bei unserer ganzen Veredelungsanlage einen einzigen Mann, und sonst kommt der Bauer, der zeigt ihm, wie das geht, der putzt sich das und trocknet sich das und packt sich das ab, das ist alles sein Verdienst. Denn eines muß uns klar sein: Der Bauer hat, wenn er arbeitet, mindestens das Doppelte bis Dreifache, wenn nicht mehr, wie wenn er arbeiten läßt. Warum? Die Sozialarbeitslasten bei einem Angestellten sind 100 Prozent. Die kann sich der Bauer noch dazu verdienen. Und bis er woanders 100 Prozent Mehretrag kriegt, da muß er viele Jahre arbeiten, was er da automatisch hat. Daher sind wir so, daß wir sagen, einer muß kontrollieren, daß nichts hin ist — es sind

ja alles Anlagen, die viel Geld kosten, und die anderen müssen ihre Sache selber machen. Und was wir damit erreicht haben, mit dem ganzen, ist nicht nur, daß wir blühende Mohnfelder haben, weil das ist für unsere Landschaft sehr wichtig, so wie der Raps. Der Raps hat nämlich, außer daß er für die Zugtiere gehört, noch eine ganz wesentliche Funktion, er gibt wieder Lebensfreude. Und wenn ich die Vorrednerin gehört habe, die hat das nämlich auch genauso gesagt.

Wir brauchen in unserer Landschaft wieder etwas, womit wir uns identifizieren können, und das macht wieder Spaß. Bauer sein, muß ein Spaß sein, sonst hält man es nicht aus. Und wenn sie einem nur „hinaufknien“, verlieren wir unsere Jugend, das möchte ich auch einmal sagen. Und wenn unsere Jugend verloren geht, ist es umsonst, daß sich die Alten „abrackern“, weil sonst ist es gescheiter, sie verkaufen rechtzeitig ihren Grund und lassen es sich noch ein paar Jahre gut gehen. Daher kann also nur eines einen Sinn haben, auch eine erwartungsvolle Jugend nicht zu enttäuschen und ihnen irgendwo die Lust an der Landwirtschaft zu geben und nicht unseren Frust, den wir dauernd mit Jammern nicht weiter

bringen, mit der Muttermilch vererben, und nachher rennen uns die Jungen davon und das ganze, was wir getan haben, ist umsonst. Und wenn ich sage, kleine Alternativen, so muß ich sagen, sollen sie zwar sehr wesentlich das Einkommen der Bauern verbessern, aber im wesentlichen sollen sie wieder die Lust an der Landwirtschaft fördern.

Wir haben bei den pflanzlichen Alternativen genau 550 Mitglieder, 350 stehen auf der Warteliste. Wir haben bei den tierischen Alternativen rund 500, wobei natürlich manche beides machen. Also mancher, der macht Enten und Gänse und auch irgendetwas anderes, sodaß man nicht sagen kann, die 550 und die 500 sind zusammen 1050, sondern es werden also in etwa 800, 900 sein, die jetzt bei allen Vereinen dabei sind. Wir bauen 1000 Hektar in etwa momentan, und heuer werden so rund 1500 sein. Warum wir 350 auf der Warteliste haben und nicht aufnehmen. Weil wir ein Geschäftsprinzip haben, daß wir jeden unserer Partner kennenlernen wollen. Wir haben das in 15 Sprengel eingeteilt, und der Sprengelobmann muß seine Mitglieder in- und auswendig kennen. Ich als Gesamtohmann muß zumindest die Sprengelobmänner kennen, weil man — wobei bei uns diese Sprengel nicht nur einen Vertreter haben, meistens 2—3, weil der eine ist für die Organisation und der andere, sagen wir, für den biologischen Bereich zuständig, sodaß unser Vorstand bei den pflanzlichen Alternativen in etwa 28 Personen umfaßt, und bei den tierischen Alternativen ist der Vorstand noch etwas kleiner, da sind es also rund 18. Beim Wald haben wir etwa 189 Mitglieder. Wir haben auch eine Rohstoffgenossenschaft, wo wir gemeinsam unser Holz verkaufen usw. Dann haben wir noch eine Spezialproduktion, das ist ein kleiner Verein mit 29 Mitgliedern, da machen wir Stutenmilch und lauter so ausgefallene Sachen.

Wie haben wir die Anlagen geschaffen? Fragen Sie mich bitte nicht nach dem Anfang, der war unheimlich schwierig.



DIE LÖCHER IM TOPF KONSEQUENT GESTOPFT

Wie ein Milchviehbetrieb mit wenig Aufwand bestens abschneidet



Milchkuh entscheidend, sondern das, was nach Abzug des Aufwandes (Betriebsmittelkosten) unter dem Strich bleibt.

Wie aber schafft es Martin Gasteiger, sein Grünland ohne den üblichen Aufwand so erfolgreich zu bewirtschaften?

• Vor allem behandelt er, wie er betont, die Natur gut und betreibt bei der Nährstoffversorgung eine konsequente Kreislaufwirtschaft. Denn, so erklärt er: „Jede Spezialisierung eines Betriebes auf Kosten ökologischer Grundsätze bei Fruchtfolge oder Stallhaltung erfordert zusätzlichen Aufwand, weil die Natur in diesem Fall nicht mehr das leisten kann, was sie unter natürlichen Bedingungen leisten könnte.“

• Er schont den Boden, so gut es nur geht: Gedüngt werden nur kleine Güllemengen von etwa 10 m³/ha und nur bei trockenem Boden. In Regenperioden füttert er lieber Heu als mit dem Ladewagen Grünfütter zu holen und dabei im Boden tiefe Fahrspuren zu hinterlassen. Denn: „Diese Schäden spürt man noch lange.“

• Martin Gasteiger sammelt alle organischen Abfälle von Hof und Haushalt („Kleinvieh macht auch Mist“) und kompostiert sie sorgfältig unter Zusatz von Mist aus dem Kälberstall, von Gesteinsmehl und Erde und verwendet diesen Kompost als Bakterienfutter auf Acker und Wiese.

• Die Gülle wird auf dem Betrieb Gasteiger ganz besonders sorgfältig behandelt: Sie erhält als Zusatz bereits im Stall Steinmehl, damit sich gleich hier organi-

sche und mineralische Substanz verbindet und keine Schadstoffe entstehen. In der Güllegrube wird dann eine Lehm-Humus-Brühe zugesetzt, die in einem Betonmischer hergestellt wird. Und schließlich wird die Gülle noch belüftet. Von der Lehm-Humus-Brühe wird alle fünf bis sechs Tage etwas in die Güllegrube geschüttet, je 20 bis 25 m³ Gülle mindestens ein Schubkarren voll Erde sowie etwas Mistkompost. Gasteiger: „Die im Humus enthaltenen Bodenbakterien wirken wie eine Impfung, nach der sich die Rottebakterien der Gülle stark vermehren. Die Belüftung liefert den notwendigen Sauerstoff und das im Betonmischer fein zermahlene tonige Material sowie das Steinmehl mit der großen, aktiven Oberfläche binden vorhandene Schadstoffe, die das Wachstum der Rottebakterien der Gülle nicht mehr stören oder gar unterbinden können. Diese Toneteilchen halten aber auch Nährstoffe wie zum Beispiel Stickstoff fest, die damit nicht mehr in den Untergrund ausgewaschen werden können. Aber auch das Erdmaterial selbst enthält Nährstoffe. „Anstatt teure Gülle-Zusätze zu kaufen, stelle ich sie mir auf diese Weise selbst her“, sagt Martin Gasteiger.

Die so behandelte Gülle ist mit dem ursprünglichen Kot-Harn-Gemisch nicht mehr zu vergleichen: Zum Beweis steckt Gasteiger seine Hand hinein, wäscht diese unter kaltem Wasser ohne Seife ab und hält sie uns unter die Nase: Sie riecht nicht, von Gestank nicht die geringste Spur. Und vor allem: Sie schadet weder

Noch billigeres und besseres Grundfutter zu erzeugen ist heute bei den zunehmenden Betriebsmittelkosten und sinkenden Erlösen wichtiger denn je. Martin Gasteiger aus dem kleinen Weiler Unterlohen (Rott am Inn, Kreis Wasserburg/Oberbayern), der seit 1973 seinen Bauernhof organisch-biologisch bewirtschaftet, hat dazu eine eigene Methode entwickelt. Vor allem hat er die Betriebsmittelkosten drastisch gesenkt und damit die, wie er sagt, „Löcher im Topf“ konsequent gestopft.

Vor fünfzehn Jahren begann Martin Gasteiger (59) selbst zu experimentieren. Der Anlaß: Schwierigkeiten im Stall. Seine Kühe erkrankten an Milchfieber. Heute unterscheidet er sich in seiner Denkweise sowie in der Art seines Wirtschaftens von den meisten anderen Milchviehbetrieben seiner Umgebung ganz erheblich.

Denn wer kann schon nachweisen,

• daß er bei einem Aufwand von jährlich rund 10 dt Viehsalz und 100 dt Steinmehl für 890 DM im Jahr von jedem Hektar seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche (16 ha Grün- und 3 ha Ackerland) durchschnittlich 7000 Liter Milch erzeugen kann.

• Und daß die Kühe in seinem Stall mit durchschnittlich zehn Jahren doppelt so alt werden wie die bayerische Durchschnittskuh und fast doppelt so viele Kälber bringen, nämlich im Durchschnitt etwa sechs. Auch ist für Martin Gasteiger nicht die erzielbare Höchstleistung einer



den Bodelebewesen noch verbrennt sie die Grünlandnarbe, auch wenn sie im Sommer bei 30 Grad ausgebracht wird. Und vor allem fressen die Tiere den Aufwuchs gern. Damit wird die gleichmäßige Verteilung der Gülle auf der gesamten Grünlandfläche erst möglich.

Diese Gülle wird nur bei trockenem Wetter und nur nach dem Grundsatz „wenig aber oft“ ausgebracht: Zu jedem Aufwuchs etwa 10 m³ (ein Liter je Quadratmeter). So schafft es Martin Gasteiger Boden und Bodelebewesen und hier vor allem wiederum die Regenwürmer soweit wie möglich zu schonen. Er füttert sie regelrecht, so daß sie sich kräftig vermehren und für ihn „arbeiten“ können. Auch der Klee bleibt erhalten und damit die „betriebs eigene Stickstoff-Fabrik“ in Form der stickstoffsammelnden Bakterien auf seinen Wurzeln.

Die hier praktizierte Art der Düngung ergab bereits nach einigen Jahren einen stabilen, gleichmäßigen Grünlandaufwuchs mit viel Weidelgras, viel Weißklee und Kräutern, der von den Kühen gern gefressen wird. Ampfer hat in der dichten Grasnarbe wenig Chancen. Er ist zwar vorhanden, wird aber nicht bekämpft. Kerbel und Bärenklau kommen fast gar nicht vor. Der erste und dritte Schnitt wird siliert und alles was nicht abgeweidet wird, zu Heu gemacht.

Früher betrieb Martin Gasteiger Tag- und Nachtweide. Doch das hatte, wie er sagte, den Nachteil, daß die hofnahen Flächen „überschissen“ und damit überdüngt wurden und die weiter entfernten Flächen zu wenig Kot und Harn erhielten. Um das zu vermeiden, hält er die Kühe heute nachts über im Stall. „Was sie hier absetzen“, erklärt Gasteiger, „läßt sich leichter verteilen und außerdem bekomme ich auf diese Weise etwa 25 Prozent mehr Futter von meiner Fläche. Hier im Stall füttere ich auch Heu zu und kann somit einen Ausgleich zum jungen Weidefutter bieten.“

Bereits bei der Aufzucht der Kälber wird alles getan, um diese zu möglichst guten Rauhfutterverwertern zu machen: Schon nach zwei bis drei Tagen bekommen sie bestes Heu. So lernen sie möglichst bald wiederzukauen und werden schnell „voluminös“, das heißt, der Pansen wächst rasch und sie können bald große Mengen Gras und Heu aufnehmen. Denn Martin Gasteiger kommt es darauf an, vor allem mit dem Grünlandaufwuchs gute Leistungen zu erzielen. 1983 von seinen 32 Kühen immerhin 4100 Liter mit 4,34 Prozent Fett und 3,15 Prozent Eiweiß. Martin Gasteiger zu dieser Milchleistung: „Auch ich könnte aus meinen Kühen 6000 Liter und mehr herausfüttern. Doch das ginge nur mit hohem Kraftfutteraufwand. Weil ich aber nicht weiß, wie lange ich bei der heutigen Entwicklung Getreide zukaufen kann, sind mir meine Kühe mit 4100 Litern Milchleistung bei meiner Art der Fütterung lieber. Sie sind auch gesünder und langlebiger und des-



halb im Endeffekt auch wirtschaftlicher als andere, die nach dem zweiten oder dritten Kalb schon zum Metzger müssen.“

Hier auf diesem Betrieb spielt einfach alles zusammen: Der Boden wird geschont, das Bodenleben gefördert, wirtschaftseigener Dünger bestmöglich ausgenutzt. Die Rinder werden rindviehgerecht ausschließlich mit Rauhfutter gefüttert („A Kuah is koa Sau“), und die Kosten für Maschinen, Düngung und Kraftfuttermittel wurden drastisch gesenkt. Oder wie Martin Gasteiger sagt: „Als wir die Löcher im Topf gestopft hatten, floß dieser plötzlich über“. Für den Erfolg seiner Wirtschaftsweise spricht nichts besser, als daß er heute keine Zinsbelastung mehr hat, also schuldenfrei ist.

Betriebsdaten

Der Hof von Martin Gasteiger liegt im Weiler Unterlohen (Kienzl-Hof) etwa einen Kilometer nördlich von Rott am Inn (Richtung Wasserburg) über dem Innthal. **Betriebsgröße:** 19 ha LF, davon 18 ha Grünland (Mähweiden).

Viehbesatz: 32 Kühe, 11 Kalbinnen, insgesamt rund 1,7 GVE/ha. Martin Gasteiger braucht deshalb nicht mehr Kalbinnen, weil die Kühe so lange fruchtbar sind.

Ich will deshalb den Kalbinnenanteil noch weiter verringern. Die im Vergleich zum Höhenfleckvieh etwas leichteren Kühe seiner Jersey-Holstein-

Frison-Kreuzung berechnet er mit 0,8 GVE („die besten Kühe, die es gibt“).

Zwischenkalbezeit: 373 Tage.

Milchleistung: Durchschnittlich 7000 l/ha, was bei etwa 1,7 GV/ha durchschnittlich 4100 Liter je Kuh entspricht. Fettgehalt: 4,34 Prozent, Eiweißgehalt: 3,15 Prozent.

Boden: Sandiger Lehm; pH-Werte: 5,5 bis 7,8; K₂O-Gehalt: 13 bis 15 mg/100 Gramm Boden, P₂O₅-Gehalt: 6 bis 12 mg/100 Gramm Boden.

Düngeraufwand: Je Hektar jährlich 5 dt Steinmehl und alle drei Jahre etwa 5 bis 10 dt Branntkalk.

Die Gülle auf dem Betrieb Gasteiger enthält folgende Nährstoffmengen:

Trockensubstanz (TS)	4,65 Prozent
N	3,76 Prozent
P ₂ O ₅	0,73 Prozent
K ₂ O	4,38 Prozent
CaO	1,65 Prozent
MgO	0,89 Prozent
Na	0,27 Prozent

Bei diesem Nährstoffgehalt der Gülle müßten je Hektar Betriebsfläche rund 150 kg Stickstoff, 30 kg P₂O₅, 180 kg K₂O, 40 kg MgO und 10 kg Na, 70 kg CaO anfallen.

Maschinenkapital: 2088,— DM/ha.

Tierarztkosten: Im Durchschnitt der letzten drei Jahre rund 700 DM jährlich. In diesem Betrag sind die Kosten für die Trächtigkeitsuntersuchung enthalten.

DAS MODELL HAFENDORF



Die Land- und Forstwirtschaftliche Fachschule Hafendorf / Kapfenberg ist eine doppelberuflich ausbildende Schule.

Zwei Berufsabschlüsse werden geboten:

- Land- und Forstwirtschaft: Schwerpunkte sind die Grünland-Waldwirtschaft mit Rinder- und Mastschweinehaltung;
- Land- und Forsttechnik mit Ausbildung zum Betriebsschlosser.

Strukturen:

Die bäuerliche Struktur unseres Landes ist in Jahrhunderten gewachsen. Sie entspricht dem Land und den Menschen, die hier siedeln.

Die Mechanisierung und Technisierung der bäuerlichen Arbeit und die damit verbundenen Kosten, die Umstellung von der Selbstversorger- auf die Marktwirtschaft brachten die kleinbäuerliche Struktur und die anscheinend nicht oder nur schwer lösbaren Probleme recht rasch ins Gerede:

● Problemlösungen schienen sich über eine Änderung (Vergrößerung) der Betriebsgrößenstruktur anzubieten.

● Nebenerwerbsbauern sollten zeitweise sogar von den landwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen ausgeklammert werden, mit der (auch offen eingestanden) Hoffnung, aufgegebenes Nebenerwerbsbauern-Land könnte die Vollerwerbsbauernbetriebe vergrößern. Der damit verbundene Verlust von „Nachbarn“ war damals nur wenigen gegenwärtig und schien allgemein nicht bedenklich.

Alternativen:

Die Suche nach Alternativen wurde den vorhin genannten Überlegungen entsprechend über längere Zeitspannen nicht gefördert, da dies ja den offiziellen politi-

schen Zielen nicht entsprochen hätte. Nicht gefördert wurden etwa die Bemühungen, Maschinenringe einzurichten, die in sehr lange dauernden Pionierzeiten ausschließlich von privater Seite vorangetrieben wurden.

Vergleichseinkommen:

Um die Lage der bäuerlichen Landwirtschaft zu verdeutlichen, wurde ein „Vergleichseinkommen zum Industriebeschäftigten“ errechnet, wonach die Bauern nur etwa 50% des Einkommens eines Industriebeschäftigten erreichen: Die Differenzierung sollte durch staatliche Stützungen und vielseitige andere Förderungen ausgeglichen werden. Eine Absicht, welche aufgrund parteipolitischer Interessen und der allgemeinen finanziellen Lage des Staates niemals verwirklicht werden konnte.

Diese Disparität läßt sich dadurch erklären, daß der Bauer nur während des halben Jahres, nämlich in der Vegetationsperiode, Werte schaffen kann. Ganzjährige Arbeit erreicht er nur über die Vorräte, die er wieder nur mit einem schlechten Wirkungsgrad in andere „Veredelungsprodukte“ (= trotzdem Rohprodukte) umwandeln kann.

● Noch niemals in der Geschichte der Bauern konnten diese für ihre Rohprodukte einen entsprechenden Tauschwert erlangen, um sich in ausreichendem Maße handwerkliche / industrielle Produkte oder gar Dienstleistungen kaufen zu können. Derzeit muß ein Bauer für eine solche Fremdarbeitsstunde den Erlös von zehn bis dreißig eigenen Arbeitsstunden aufwenden.

● Die Betriebsgrößenstruktur spielt da keine Rolle: Weder im Osten, in den gigantischen Agrarfabriken mit ihrem kaum selbsttragenden Wirkungsgrad, noch im Westen, wo derzeit in den USA die 800 bis 1000 ha (!) großen Betriebe an der nicht mehr finanzierbaren Mechanisierung sterben, kann ein gerechter Tauschwert erreicht werden.

Wir haben die für unser Land, für unsere Zukunft und für unsere Kinder beste Struktur. Wollen wir jedoch mit der übrigen Gesellschaft mithalten, brauchen wir ein zusätzliches Einkommen, das meist nicht mehr aus dem landwirtschaftlichen Bereich stammt.

Nichtlandwirtschaftlicher Hauptberuf: Landwirtschaft im Nebenerwerb

In den letzten Jahrzehnten haben mehrere Hunderttausend unserer Berufskollegen diesen Schritt tun müssen. Derzeit sind zwischen 50 und 70% aller Bauern Nebenerwerbsbauern, was weitreichende Folgen für ihre Familien und Betriebe hat.

● Diese Menschen, die die einzige dem Land angepaßte Struktur aufrechterhalten, gingen und gehen auch heute oft noch ohne Betreuung, ohne Förderung, ohne Ausbildung an ihre neuen Arbeitsstätten. Dort waren und sind sie verlässliche, initiativ, belastbare, fleißige, aber oft sozial schlecht abgesicherte Mitarbeiter in einer fremden Welt, allzuoft nur Hilfsarbeiter.

Hafendorf will für die Ausbildung dieser Menschen, aber auch für die derzeit noch im Vollerwerb arbeitenden Bauern sorgen.

Die Schule Hafendorf:

Der Bauer brauchte und braucht viele Kenntnisse, vor allem im handwerklichen Bereich, um sich im eigenen Betrieb selbst helfen und an der fremden Arbeitsstätte durchsetzen zu können. Grundlage dafür ist die Förderung der in allen Schülern ruhenden schöpferischen Fähigkeiten.

● Hafendorf ist deshalb eine künstlerisch aktive Bauernschule mit zweiberuflicher Ausbildung.

● Jeweils zur Hälfte wird theoretischer und praktischer Unterricht erteilt.

● Jeweils zur Hälfte bezieht sich dieser auf die Land- und Forstwirtschaft und auf das Handwerk.

● Zusätzlich ergeben sich aus der engen Verflechtung zwischen Schule und Betrieb eine Fülle weiterer existenzverbessernder praktischer Erfahrungen und deren nachhaltige Übung.

Direktvermarktung:

Jede Vermarktung eigener Produkte durch eigene Initiativen setzt besondere Kenntnisse voraus. Diese müssen erlernt / geübt werden. In Hafendorf schlachten die Schüler die aus eigenen Beständen anfallenden Mastschweine und Rinder und verarbeiten deren Fleisch zu Fleisch- und Wurstwaren nach alten bäuerlichen Rezepten. Verkauft wird nur während der Schulzeit im selbstgebauten und eingerichteten Verkaufsraum. Die beste Werbung, die Mundpropaganda, bringt viele Kunden, die die „Töllermaor-Spezialitäten“ bis zum letzten Würstl einpacken.

Das Gespräch mit dem Kunden, das Vertrauen, die gleichbleibende gute Qualität und die Hygiene sowie die persönliche Ansprache und Beratung zur Lagerung und Zubereitung halten die Nachfrage stets über dem Angebot.

Qualifiziertes Wissen und Kenntnisse kann man aber auch im eigenen Betrieb „vermarkten“.

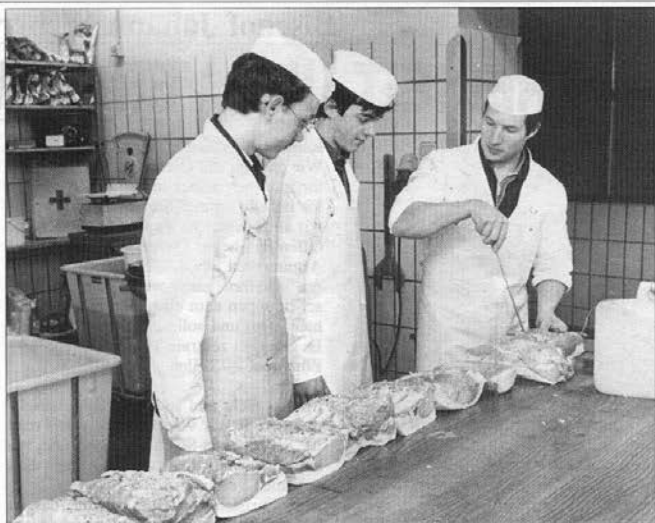
Die erlernte / geübte / gekonnte Selbsthilfe, auch die gemeinschaftliche Selbsthilfe,

fe, ist existenzhaltend. Sie war ja immer durch die Geschichte herauf erforderlich und hat sich in der Landeskultur manifestiert.

In Hafendorf wird prinzipiell versucht, möglichst viel selbst zu machen. Es soll ja für die Neigungen und Möglichkeiten eines jeden Schülers „etwas drin“ sein. Die Reparaturen von Traktoren und Landmaschinen, die den Eltern der Schüler gehören, sind ein solcher Teilbereich: unter der Devise „10 + 10“, also etwa 10 Jahre alte Maschinen möglichst billig und durch eigene Arbeitskraft für weitere 10 Jahre flottzumachen, soll der schlechte Allgemeinzustand der Landmaschinen verbessert werden. Die Eltern bezahlen nur die Ersatzteile und das verbrauchte Material.

Schon immer haben die Bauern handwerkliche Leistungen aller Art durch Störhandwerker erledigen lassen, denen die Hofleute nach Bedarf geholfen haben. In Hafendorf berechnet deshalb ein Baumeister die einfache Statik, liefert über Angebot das Eisen und das übrige Material, kommt mit dem Bagger vorbei und stellt Spezialkräfte, ansonsten arbeiten die Schüler unter fachkundiger Anleitung im praktischen Unterricht am Bau und Ausbau, und so entstanden und entstehen in Hafendorf neue Werkstätten, Neu- und Umbauten im Wirtschaftsbetrieb und im Freizeitbereich. Es ist einleuchtend, daß die Schüler zu diesen Bauten eine besondere Beziehung entwickeln.

Das Handwerk „Betriebsschlosser“ wird professionell in den selbst gebauten und überwiegend mit selbst erarbeiteten Mitteln eingerichteten Werkstätten erlernt. Die eigentliche Schlosserarbeit wird durch Schweißen, Schmieden, Motorenkunde, Anfertigung von Ersatzteilen, Pflege, Wartung und Reparatur von



Land- und Forstmaschinen und Traktoren ergänzt. Der Lehrabschlußkurs wird von der Arbeitsmarktverwaltung bezahlt und im Schulungszentrum Böhler abgehalten. Die Erfolge bei der Lehrabschlußprüfung liegen außergewöhnlich weit über dem Durchschnitt. Der Kurs soll in Hinkunft in Hafendorf selbst abgehalten werden und die Lehrabschlußprüfung weiterhin von der Handelskammer Steiermark abgenommen werden. Leider kann diese Prüfung, dem Berufsausbildungsgesetz entsprechend, erst im Alter von zwanzig Jahren abgelegt werden.

Zusammenfassung:

Die Schule Hafendorf hat sich die weite-

re Entwicklung des bisher Erreichten zum Ziel gemacht. Neben der Ausbildung der Schüler werden sich die Bemühungen auf die praktische Weiterbildung der Absolventen (Absolvententraining) und auf die stete Verbesserung der handwerklichen Ausbildung konzentrieren. Im Bereich der Landwirtschaft kommen durch die einsetzende Unruhe um den eventuellen EG-Beitritt noch unklare Aufgaben auf die Schule zu, die ein hohes Ausmaß an Beweglichkeit bei der Anpassung der Lehrpläne erfordern. Die Förderung der Selbständigkeit der Schüler soll deren harmonisches Hineinwachsen in die Selbständigkeit erleichtern.

45

Visionen:

Alle Diskussionen um die Zukunft der Bauern, um Strukturen und Alternativen, um die Erhaltung des ländlichen Raumes überhaupt, über die Auswirkungen eines allfälligen EG-Beitritts führen ins Leere, wenn die jungen Bauern keine Frauen mehr finden. In einem steirischen Bezirk sind tausend Bauern unter dreißig Jahren noch ledig und haben nur wenig Chancen, dies zu ändern.

An die 80% der jungen Bäuerinnen kommen — Gott sei Dank! — bereits aus nichtbäuerlichen Kreisen und üben ihre erlernten Berufe auch nach der Heirat weiter aus. Das führt bereits sichtbar und spürbar zum Wechsel vom Mann zur Frau als dem Ehepartner, der den nichtlandwirtschaftlichen Beruf ausübt. Das bringt neben dem Vorteil neuen Wissens am Hof aber auch bisher wenig bekannte Generationsprobleme mit sich.

Die Agrarpolitik muß diese Entwicklung rasch verarbeiten und über die bäuerlichen Grenzen hinaus ein positiv-selbstbewußtes, anziehendes Bild der bäuerlichen Landwirtschaft bieten.



FREIHEIT UND VERANTWORTUNG



Sie haben auf Ihrer Tagung über die Probleme Ihres Berufsstandes geredet. Kommt jetzt ein moralischer Anhang? Ja — denn Probleme und Sorgen Ihres Berufsstandes, der Wirtschaft, der Politik können von Moral nicht getrennt werden.

Viele nennen Österreich eine Skandalrepublik. Es geht uns auch tatsächlich nicht gut. Das heißt aber auch: haben wir die Prüfung, wie wir mit der geschenkten Freiheit und der Gnade der Verantwortung umgehen, nicht bestanden?

Ein erstes: Es war zwei Männer geprüft worden.

Lk 18, 9—14: die Erzählung vom Pharisäer und Zöllner. Der Pharisäer hat nichts Böses getan und sagt es auch. Der Zöllner hat wahrscheinlich Böses getan und entschuldigt sich nicht. Dann heißt es, daß der Pharisäer nicht „gerecht“ sei. Das ist also ein Mensch, dessen Maßstäbe nicht mehr stimmen, der „unordentlich“ ist, weil er sich von dem ihm zustehenden Platz entfernt hat, er hat sich vorn hingestellt. Er ist aber auch nur ein armer Mensch. Wir alle sind es, wir Christen nennen das Erbsünde. Zyniker sagen: Die Menschen sind eine Bagage. Christen sagen: „Selig, die arm sind vor Gott, denn ihnen gehört das Himmelreich“ (Mt 5, 3). Das ist der Start der Bergpredigt. Wir können über Freiheit und Verantwortung nur reden, wenn wir zur Kenntnis nehmen, daß wir schwache Menschen sind. Wer das vergißt, wird stolz, und vom Stolz zur Grausamkeit ist nur ein kleiner Schritt.

Gehen wir weiter: Private und öffentliche Tugenden sind untrennbar voneinander. Die jüngsten Gerichtsprozesse und auch die Kampagnen in Österreich sind doch mehr, als es zunächst scheint: Der Not-

schrei des Volkes und der Geschichte: Wie geht ihr mit Österreich um, wie geht ihr mit euch selber um?

Es ist ein wahrer Staatsnotstand, wenn wir auf öffentliche Tugenden verzichten. Öffentlich heißt: Davon reden — sie mit Argumenten loben — fördernde Strukturen schaffen, auch wenn man die Entscheidungen dem einzelnen nicht abnehmen kann und soll.

Es gibt drei zentrale Tugenden: Treue — Ehrfurcht — Teilen.

Treue:

Man braucht und soll sie nicht allzusehr definieren. Wir wissen doch, was Treue ist: Sie bedeutet Stabilität, Sicherheit, ich kann mich auf dich und du kannst dich auf mich verlassen.

Was Christen von Gott denken, das ist immer mit Treue verbunden. Im Alten Testament wird nachdrücklich geschildert, wie Gott zu seinem oft verräterischen Volk steht, aber er „verstehst keinen Spaß“. Die harten Gerichte sind ein Beweis dafür. Im Neuen Testament wird für Glaube und Treue oft dasselbe Wort verwendet: *pistis*. Die Ursehnsüchte des Menschen verstehen auch keinen Spaß mit der Treue. Da „hört sich der Spaß auf“. Treulosigkeit trifft uns tief. Deshalb sollen auch die Österreicher mit der Treue keinen Spaß verstehen.

Wie weit reicht aber die Treue? Nur so weit, als sie Vorteile bringt? Solange sie erträglich ist — etwa in der Belastung mit alten Leuten, mit Kindern? Solange es „gut geht“ — etwa in der Ehe? Solange es nicht später ist? Dagegen gibt es bei manchen Völkern eine wunderschöne Formel zur Eheschließung: „Ich will mit dir alt werden.“

Oder dauert sie nur so lange, als meine Bedürfnisse und Interessen sich nicht ändern? Gerade so wurden unzählige besiegelte Verträge gebrochen.

Man kann Treue jedoch nicht richtig würdigen und auch nicht durch das Leben hindurchtragen, wenn wir sie nur aus eigenem tun wollen. Sie braucht Wurzeln, die unter die bloß menschlichen Dimensionen reichen.

Urmenschliche Vollzüge von Treue haben durch Jahrtausende die Lebenskultur geprägt: die Ehe, die Treue zu Kindern, zu Alten, zu Schwachen und zur Würde des oft würdelos behandelten Alleinstehenden. Es wäre ein Alarmsignal für die innere Kraft Österreichs, wenn Ehe und Familie keinen Platz in der Verfassung finden. Es geht um die Tränen unserer Kinder, unserer Nachfahren: Verlorene oder zerstörte Treue gehört zum Schmerzlichsten, was der Mensch erleben kann.

Sind wir also unserer eigenen Vitalität, sind wir dem Umgang mit dem großen Geld, sind wir unseren Einflußmöglich-

keiten auch innerlich gewachsen? Der jüngste Wahlkampf von Graz, der zum Teil auf großspurige Aktionen und Versprechungen verzichtete, war wie ein wohlthuender Rahmen, in den das vertrauensweckende Bild der Treue hineinpassen kann.

Ehrfurcht:

Es wird immer wieder verlangt, die Tabus abzubauen. Es gibt auch tatsächlich solche, die abgeschafft gehören. Der Mensch kann aber gar nicht ohne Tabu leben — „das ist unberührbar, davor muß ich Ehrfurcht haben“. Wenn wir meinen, wir können uns über Tabus hinwegsetzen, entstehen automatisch neue. Derzeit werden Schuldzuweisungen zu einem neuen Tabu: Wir wissen ganz genau, wer an allem schuld ist, und da kann ich alle Verdächtigungen hinaufhängen.

Im Wort Ehrfurcht steht auch „Furcht“. Das ist nicht Angst, sondern die Erfahrung, daß ich nicht für mich allein stehe. Im Alten Testament heißt es öfters, daß jemand vor Ehrfurcht auf sein Angesicht fällt. Das Neue Testament führt das weiter zur Ehrfurcht, die sich in uns ansiedelt, weil Gott in uns Wohnung nimmt. Seine Menschwerdung wird angenommen in der Taufe, wir werden zu Kindern Gottes. Die Ehe ist nicht allein eine Sache zwischen zwei Leuten, sondern in uns wird die Liebe Christi zu seinem Volk hineingesenkt. Die Weihe ist mehr als die Übernahme einer Funktion, der Geweihte handelt als Hirte im Namen Christi. Die Quelle der Ehrfurcht ist zur Gnade geworden, die unter uns wohnt (vgl. Joh. 1, 14).

Deshalb können wir nicht beliebig umspringen oder ummodellieren etwa mit dem Gottesdienst. Deshalb können wir nicht über Sonntage und Feiertage verfügen lassen. Die ganze Kirche ist nicht verfügbar, wir können unsere Grundsätze nicht einfach anpassen an das, was gewünscht wird und erfolgreich ankommt. Damit leisten wir einen unbezahlbaren Dienst für den Staat, denn:

Erst wenn die Menschen knien, werden sie fähig zum aufrechten Gang. Aus der Ehrfurcht stammt die Menschenwürde, und sie ist das Gegenteil zur zerstörerischen Atombombe.

Teilen:

Es wird ohne Teilen einfach nicht gehen, wir können uns noch so sehr darum herumwinden. Die gefährlichste Art, das Teilen zu vermeiden, sich davor zu drücken, ist: sein Leben nicht mit Kindern teilen zu wollen, die Kinder nicht mit Geschwistern teilen zu wollen.

Der zweitgefährlichste Trick, sich vom Teilen zu dispensieren: das Teilen nur von anderen verlangen.

Der drittfährlichste Trick: Nur mit den Fernsten teilen. Es ist notwendig, aber nur eine Seite, wenn ich mich für andere Länder einsetze. Es geht ebenso um das Teilen mit dem Nächsten.

Gott teilt „auf Tod und Leben“. Er teilt mit uns das Menschsein, den Tod und das endgültige Leben in Jesus Christus.

Wir müssen uns den Herausforderungen zum Teilen stellen.

Arbeit wird geteilt werden müssen. Wenn es hochverdienende Ehepaare und immer mehr nichtverdienende Ehepaare gibt, dann staut sich etwas auf.

Wir müssen die Zeit teilen, das unentbehrlichste und größte Geschenk für Kinder und Alte.

Wir müssen den guten Geschmack der einfachen Leute teilen, die allergisch sind gegen das Protzertum der Karrieremenschen.

Wir müssen über die Grenzen teilen, nicht nur caritativ, sondern etwa in der Bereitschaft, eine andere Sprache zu lernen, andere Kulturen und Sitten anzuerkennen. Der kommende Papstbesuch, den wir Steirer und Kärntner zusammen mit den Slowenen feiern werden, ist eine unabsehbare Chance.

Wahrscheinlich wird kaum eine Gruppe bereit sein, freiwillig Vorteile auf Dauer mit anderen zu teilen. Wir brauchen die Ermutigung von einzelnen Menschen, die aus freien Stücken Vorteile abgeben, Platz machen für andere.

Die Tugenden müssen öffentlich sein: Treue, Ehrfurcht, Teilen. Wir brauchen dafür eine stille Koalition nachdenklicher Menschen, aber ebenso eine Koalition von still handelnden Menschen.

Schließlich: Verantwortung und Freiheit. Es wäre gut, die Verantwortung zuerster zu nennen. Sie ist Voraussetzung, daß Freiheit richtig gehandhabt wird.

In Verantwortung steckt „Antwort“ drinnen. Wer antworten will, muß etwas zu sagen haben. Archimedes sagte: Gebt mir einen festen Punkt und ich hebe die Welt aus den Angeln. Haben wir einen



festen Punkt, damit wir antworten können und damit Verantwortung haben — dann werden wir auch Freiheit haben können.

Man spricht von drei großen Beleidigungen, die den Menschen den festen Punkt weggenommen haben:

Galilei — wir sind nicht mehr Mittelpunkt der Erde.

Darwin — wir sind nicht die Krone der Schöpfung, sind hineingebunden in die Abstammung und Verwandtschaft mit dem Tier.

Sigmund Freud — in uns ist Dunkles, das immer wieder gehoben werden muß. Wenn auch vieles davon wieder modifiziert ist, wir müssen diese neu gefundene Ordnung, die uns scheinbar positionloser macht, annehmen. Als gläubige Christen setzen wir jedoch unseren „Standpunkt“ dazu, notfalls dagegen:

Ich glaube an den einen Gott — und an Jesus Christus, den Gekreuzigten — und den Heiligen Geist, der Leben schenkt.

So kommen wir nicht aus ohne eine sichtbare Kirche, sie ist die Garantie der Anwesenheit des lebendigen Gottes. Die große neue Gefühls- und Denkwelt des New Age steht dem entgegen: Glaube an eine höhere Harmonie und nicht an ihn, den Gott mit dem Angesicht.

So ist auch zu fragen, ob die ÖVP gut beraten ist, wenn sie in ein Allerweltschristentum verfällt mit einem fließenden Übergang in einen achselzuckenden Liberalismus. „Christliches Menschenbild“ — das vielgebrauchte Wort ist wie ein Goldstück, das nicht zu einer billigen Automatenmünze werden darf, die man nach Bedarf einwirft.

Verantwortung und Freiheit sind untrennbar. Wer Freiheit gibt, wird Freiheit gewinnen. Das heißt:

Es ist möglich, einen deutlichen Standpunkt zu empfangen, zu haben, zu suchen, und dem Menschen Freiheit zu geben zu seiner Entscheidung. Freiheit bedarf des Maßstabes der Wahrheit, für den Christen des Maßstabes der Auferstehung. Sie ist die endgültige Ordnung Gottes. Das Gewissen krönt den Menschen zu seinem Menschsein. Aber das Gewissen ist ein Feuer, bei dem man immer nachlegen muß — das Gewissen muß ständig in rechter Weise gebildet werden: im Dialog, im Hinhören auf die vielfältige Erkenntnis, für den Christen im Hinhören auf die Heilige Schrift und das Lehramt der Kirche.

Thomas (Joh. 20) war unsicher, die Reden von der Auferstehung genügten ihm nicht. Er wollte die Hand in die Wunden Christi legen. Er tat es und er fand wieder einen Boden: „Mein Herr und mein Gott!“ Wir brauchen Erkenntnisse und Strukturen und Gesetze. Aber es bleibt diese innerste Zelle, in die niemand anderer eintreten kann — dort, wo ich mit meinem Gott umgehe. Dann werde ich dasselbe hören wie Thomas: „Friede sei mit euch!“



FREIHEIT DURCH (MARKT)ORDNUNG



Die Diskussion um Freiheit und Ordnung bewegt sich immer im Spannungsfeld von Liberalismus und Kollektivismus. Heute haben wir erkannt, daß beide Extreme menschenunwürdig sind. Es geht darum, einen ausgewogenen Weg zu finden. Diesen zeigt die christliche Soziallehre auf, wonach die Freiheit des einzelnen dort endet, wo jene des anderen beginnt. Die christliche Soziallehre führte weiters zu der erst nach dem II. Weltkrieg entwickelten sozialen Marktwirtschaft. Diese bietet Chancen für Leistung und Tüchtigkeit, Schutz für die Schwächeren und ordnungspolitische Rahmenbedingungen, um die Spannungen zwischen Freiheit und Ordnung zu überwinden.

Ich habe schon früher versucht, diese Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft umzusetzen und habe nun dafür die Kurzformel der ökosozialen Agrarpolitik gefunden. Diese bedeutet, der Tüchtigkeit genügend Spielraum zu geben, die Schwächeren zu schützen und den ökologischen Aspekt, nämlich die Rücksicht auf Natur und Leben, in alle Überlegungen und Entscheidungen einzubauen. Das Ziel meiner Arbeit ist es daher, Rahmenbedingungen zu schaffen, die dem einzelnen die Chance geben, sich weiter zu entwickeln. Zugleich will ich den Schutz für den Kleineren besonders betonen, was eine besondere Hilfestellung für Bergbauern und Grenzregionen bedeutet. Dazu muß weiters die Verantwortung für die Umwelt in all ihrer Dringlichkeit erkannt und ausgefüllt werden.

Natürlich hat es zur Jahrhundertwende in unserem Land mehr Freiheit gegeben, aber viele Bauern sind daran zugrunde gegangen. Daher ist es auch Aufgabe der Interessenvertretung, einen ausgewoge-

nen Weg zwischen Freiheit und Ordnung in die Praxis umzusetzen.

Ich möchte anlässlich des Veranstaltungsthemas auch betonen, daß es ein Irrtum wäre, wenn ein Staat glaubt, er könne gerade im Bereich der Land- und Forstwirtschaft auf die ordnende Gestaltung verzichten. Es gibt immer wieder die neoliberalen Theoretiker, gerade in der Zunft der Wirtschaftsforscher und Wirtschaftswissenschaftler, wobei man sehr leicht von den Kräften des Marktes und von mehr Liberalität sprechen kann, wenn man selbst davon nicht betroffen ist und sich in einer pragmatischen Position befindet. Es schaut vieles wesentlich anders aus, wenn es um die geht, deren Existenz unmittelbar auf dem Spiel steht. Wir brauchen diese ordnende Gestaltung deshalb, weil eine auf einem guten wirtschaftlichen, sozialen Fundament stehende bäuerliche Landwirtschaft unverzichtbare Funktionen für Staat und Gesellschaft zu leisten hat. Das ist keine theoretische Frage, sondern das ist eine Frage, die in diesen Tagen im Streit um den künftigen Weg der Agrarpolitik in Brüssel oder im Rahmen der OECD in Paris und anderswo ausgetragen wird. Es steht die Frage wieder auf dem Spiel: Gehen wir in eine Zukunft, in der Westeuropa durch Bauern bewirtschaftet wird, oder wird diese Struktur, die sich in Jahrhunderten entwickelt und bewährt hat, aus einer — wie ich glaube — sehr einseitigen und kurzfristigen Betrachtungsweise auf das Spiel gesetzt. Deshalb also auch die Verantwortung des Staates und der Gesellschaft, für diesen Bereich durch ordnende Regelungen Vorsorge zu treffen. Es ist für einen neutralen Staat in einer so exponierten Lage wie Österreich wichtig, auf dem Gebiet der Ernährungssicherung und allem, was damit zusammenhängt, nicht von der Versorgung durch andere abhängig zu sein. Minister Kiehl hat es vergangene Woche anlässlich der Eröffnung der Grünen Woche in Berlin so formuliert, daß er gesagt hat: Wenn es unbedingt sein muß oder sein müßte, dann könnte man allenfalls auf das Auto auch verzichten. Aber selbst, wenn es sein müßte, könnten wir auf die Nahrungsmittel nicht verzichten.

Das ist ein so simpler Gedanke, daß er allzu leicht in der Tagesdiskussion übersehen wird, deshalb müssen wir ihn uns in Erinnerung rufen. Dazu kommt, daß gerade die landwirtschaftliche Produktion besonderen Bedingungen — von der Natur her — unterliegt, die für die industrielle Produktion nicht gelten. Ich meine, die extreme Abhängigkeit von Erntezeitpunkten und Witterungsverläufen. Diese Bedingungen erfordern einen ordnenden Ausgleich, denn es gibt eben nur einmal eine Getreideernte im Jahr, und

wir müssen für ein Jahr Vorsorge treffen. Es gibt die regionale Unausgewogenheit, denn die Milch wird nicht dort produziert, wo sie von den Konsumenten gebraucht wird. Es gibt natürlich die Möglichkeit, daß unvorhergesehene Ereignisse eintreffen — Tschernobyl ist noch nicht so lange vorbei, und wir wissen, wie wir damals gezittert haben, ob es gelingt, die Österreicher mit einwandfreien Lebensmitteln versorgen zu können oder nicht.

Es gibt in zunehmendem Maße die Notwendigkeit, daß die ökologischen Funktionen gesichert werden, daß die Nachhaltigkeit im bäuerlichen Wirtschaften in ihrer Bedeutung vielleicht wieder neu erkannt wird. Der holländische Landwirtschaftsminister hat mir erzählt, daß sie mit dem Problem der Gülle zu kämpfen haben. Er sagt übrigens: Wir haben nur Familienbetriebe in Holland, sie sind nur von einer anderen Struktur. Er hat insofern recht, als eine Familie Vermögens-eigentümer ist, aber sonst hat die dortige Struktur mit unserem Verständnis von Produktion, die auf Grund und Boden aufbaut, nicht mehr allzuviel zu tun. Er sagte weiters: Das Problem der Gülleentsorgung wird Holland noch etwa 5 bis 10 Jahre beschäftigen. Es ist an sich tragisch genug, wenn man eine solche Feststellung treffen muß, angesichts der bekannten Probleme und bei dem Abschieben dieses Problems auf eine noch aufnahmefähige Nordsee, um zu zeigen, was hier eigentlich wirklich auf dem Spiel steht.

Der Mensch ist heute in allen Berufen und in allen Gesellschaftsbereichen einer Vielzahl von Reglementierungen unterworfen, und es ist so, daß die Maschinerie der Gesetzgebung tausende Seiten in jedem Jahr produziert, und daß versucht wird, durch Gesetze, durch Verordnungen immer mehr Details des Zusammenlebens — oder auch des Auseinanderlebens — der Menschen zu reglementieren. Vom Strafrecht, Familienrecht und Steuerrecht über die Straßenverkehrsordnung und Gewerbeordnung bis zu Regelungen im Bereich der Arbeit- und Dienstnehmer reicht der Eingriff in die Lebens- und Berufsgestaltung. Sie alle treffen auch den Bauern, doch den Bauern treffen noch einige dazu, wie etwa das Forstgesetz, das sehr restriktiv in die Bewirtschaftung eingreift. Allerdings war das eine großartige Leistung der Gestaltung und der Vorsorge durch den Staat vor mehr als hundert Jahren; denn ohne Forstgesetz, ohne Reichsforstgesetz wären die Wälder in vielen Teilen unserer Heimat bereits um die Jahrhundertwende zerstört gewesen. Auch das Weingesetz ist ein besonders eindrucksvolles Beispiel der Eingriffsmöglichkeit durch den Gesetzgeber, zum

Teil notwendig, zum Teil mit Recht als zu weitgehend empfunden.

Die zentrale, ordnungspolitische Regelung für unsere Bauern ist mit dem Stichwort „Marktordnung“ angedeutet. Es ist richtig, daß dieses Thema der Marktordnung im Rahmen dieser Tagung besonders beleuchtet wird. Daher sei nochmals in Erinnerung gebracht, auch die Marktordnung ist nichts anderes als der Versuch, das gesellschaftspolitische System der sozialen Marktwirtschaft für die Bauern und für die Nahrungsmittelwirtschaft in die Praxis umzusetzen: soviel Freiheit wie möglich und auf der anderen Seite, soviel Regelung wie notwendig. Wobei im Falle von Regelungen auch jemand erforderlich ist, der verwaltet und kontrolliert, denn Gesetz ohne Verwaltung und Kontrolle ist Augenauswischerei. Ich habe vorher schon gesagt, das Spannungsverhältnis in der Landwirtschaft besteht in der Leistung und Tüchtigkeit auf der einen Seite und in der Grenze für den Handlungsspielraum des einzelnen auf der anderen Seite, wo es im Interesse des Nachbarn, aber auch im Interesse der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft notwendig ist. Ich möchte im Zeitraffer die Entwicklung der Marktordnung skizzieren, weil sie uns dieses innere Spannungsverhältnis verdeutlicht. In den 20er Jahren war die Auswirkung der „Tün-schen Kreise“ noch etwas Selbstverständliches in der Bauernschaft. Was ist damit gemeint? Sie wissen, die Tün-schen Kreise sind eine wirtschaftstheoretische Darstellung aus dem beginnenden 19. Jahrhundert und besagen, daß sich die Produktion in der Landwirtschaft in bestimmten Kreisen um die Konsumzentren herum entwickelt. Das, was besonders verderblich ist und was besonders transportabhängig ist, ist in unmittelbarer Nähe des Konsumzentrums herzustellen, und das, was möglichst unabhängig ist, wie das Getreide, das kann weiter weg produziert werden. Die Milch gehörte jedenfalls zu den Produkten, die unmittelbar dort erzeugt werden müssen, wo der Konsument lebt. Es ist noch nicht so lange her, daß es in Wien die Milchmeiereien gegeben hat, das waren die Milchproduktionsbetriebe in den Vororten von Wien, die die Milchversorgung für die Millionenstadt in einem erheblichen Maß übernehmen hatten. Für Bauern, die weiter weg waren, gab es praktisch keine Chance, mit diesem Produkt auf den Markt zu kommen. Aus der Not der Zeit heraus wurde 1931 das Grundgerüst für die Milchmarktordnung in Österreich geschaffen, im wesentlichen mit einem Transportausgleich und mit einem Preisausgleich. Das war ein ziemlich einfaches System, das aber diese Grundfunktion gehabt hat, diese Regel von den „Tün-schen Kreisen“ aufzuheben und auch dem Bauern, der weiter weg ist, die Chance zu geben, seine Milch verkaufen zu können und daher einen ähnlichen Preis zu bekommen, wie der Bauer unmittelbar vor den Toren der Großstadt.



Sie wissen, in der weiteren Entwicklung gab es dann ein System, das sich Reichsnährstand genannt hat und das durch sehr straffe und zentralistische Regelungen gekennzeichnet war: Wir müssen zugeben, daß vieles von den Beständen dieses Ordnungssystems notgedrungen nach 1945 aufrecht erhalten wurde. Es gab ja den Zwang für den Staat, die Versorgung der Menschen mit sehr zentralistischen Regelungen und Dirigismus sicherzustellen. 1952 kam dann der Vorläufer für das heutige Marktordnungsgesetz, das 1958 im wesentlichen in der heutigen Struktur beschlossen wurde. Dann ist in den 70er und 80er Jahren die Marktordnung immer perfekter geworden. Aus guten Gründen, denn das Mengenproblem mußte geregelt werden, Fehlentwicklungen bei den Molkereibetrieben durch Investitionsentscheidungen sollen durch zentrale Steuerungen vermieden werden. Die Folge ist, daß wir heute wirklich ein Dickicht von Bestimmungen, Verordnungen, Richtlinien nicht nur des Gesetzgebers, sondern vor allem des Milchwirtschaftsfonds, Getreidewirtschaftsfonds und anderer Verwaltungsinstanzen haben. Daß eigentlich der Bauer wirklich eingezwängt ist in Richtmenge, Bestandesgrenze, Flächenkontrakt, Mengenkontrakt und daher mit Recht sich heute sagt: Sehr viel von Freiheit ist nicht mehr übrig geblieben. Ich sage nochmals: Es waren keine Willkür und Boshaftigkeit, daß diese Regelungen gekommen sind, sondern sie waren der Versuch, Probleme der Bauern zu bewältigen, indem man eben immer mehr eingegriffen hat. Ich habe vieles nicht nur miterlebt, sondern muß es auch mitverantworten, auch die Fehler, die wir bei manchen Entscheidungen gemacht haben, im guten Willen, einigen zu helfen, und gleichzeitig haben wir anderen zusätzliche Schwierigkeiten bereitet. Daher geht es jetzt darum, eine Reform der Marktordnung und der übrigen Wirtschaftsgesetze für die Landwirtschaft einzuleiten, die das Verhältnis zwischen Freiheit und Dirigismus wieder

etwas ausgewogener macht, also die Grundfunktionen der Marktordnung gewährleisten, auf der anderen Seite den Spielraum für die Eigenverantwortung doch wieder etwas heben soll.

Dazu nur einige Stichworte: Im Viehwirtschaftsgesetz sind wir in Österreich als eines der wenigen Länder den Weg gegangen, soziale Marktwirtschaft ernst zu nehmen, und zu sagen: Wir wollen den Drang zu immer größeren Tierbeständen ganz bewußt durch den Gesetzgeber beschränken. Das geschah aus der Erkenntnis heraus, daß sich in der Geflügelproduktion eine Entwicklung vollzogen hat, die zwar immer größere Bestände gebracht hat, die aber die Einnahmen der Bauern nicht verbessert hat, im Gegenteil, der Effekt der Rationalisierung ist nicht den Bauern zugute gekommen, sondern in Wahrheit den Konsumentenpreisen und vielleicht auch der einen oder anderen Stufe, die in der Vermarktung der Produktion tätig ist. Wir wollten eine solche Entwicklung in allen Bereichen der Tierhaltung bewußt hintanhalten, ich habe mich daher persönlich auch sehr eingesetzt, daß 1978, also vor 10 Jahren, begonnen wurde, mit Bestandesgrenzen in der Geflügel- und Schweineproduktion einen Pfad einzuziehen. Es war sicher eine sehr einfache Regelung, die effektiven Zahlen waren weniger Ergebnis exakter wissenschaftlicher Berechnungen als eines politischen Handels, wo die einen mit 1000 Mastplätzen begonnen haben, die anderen mit 200. Auf 400 hat man sich dann nach vielen Diskussionen geeinigt. Wobei für die damalige Bewertung auch zugesagt werden muß, daß die Grenze nicht unvernünftig war, sondern etwa der Struktur der bäuerlichen Veredelungsproduzenten in diesem Bereich entsprochen hat. Ich sage dazu: Es war völlig klar, daß diese Bestandesregelung nicht dazu ausreichen kann, das Problem der Überproduktion in dem Bereich einzudämmen, sondern sie war nur zu verstehen als ein Schutzmechanismus für die bäuerlichen Veredelungsbetriebe

gegenüber einer sehr großen, vor allem bodenunabhängigen Produktion, wie wir sie im Extrem in Holland haben. Daher sagen auch die Holländer: Wir denken gar nicht daran, über Bestandesbegrenzungen zu diskutieren. Das paßt in unser System nicht hinein. Ich muß wirklich sagen, für mich war das nicht nur beeindruckend, sondern auch bedrückend. Die denken eben wirklich anders. Es ist ein Handelsvolk, das seit vielen Generationen eine völlig andere Denkweise hat, als es etwa unsere mitteleuropäische bäuerlich-orientierte Denkungsart ist. Wobei ihre Denkungsweise auch eine durchaus bestechende innere Logik hat. Nur führt sie zu völlig anderen Ergebnissen und Konsequenzen, und ich glaube, daß sie zu Konsequenzen führt, die für eine verantwortungsvolle Gestaltung der Agrarpolitik und der Erhaltung der Funktionen nicht geeignet ist. Die Diskussion wird jetzt vor allem darum gehen, wie weit man diese Bestandesregelung vorsichtig zu einer echten Flächenbindung entwickeln kann. Es gibt weiters verschiedene Anregungen, wie man die gesamte Einkommenssituation berücksichtigen sollte. Mein Eindruck ist, daß wir im Viehwirtschaftsgesetz nicht allzu sensationelle Veränderungen erreichen werden. Vor allem auch deshalb, weil die Bereitschaft der übrigen Gruppen, vor allem der anderen Sozialpartner, hier weitere Regelungen zu treffen, kaum erkennbar ist. Die Bemühung der Bauernschaft der übrigen Gruppen, vor allem der anderen Sozialpartner, hier weitere Regelungen zu treffen, kaum erkennbar ist. Die Bemühung der Bauernschaft der übrigen Gruppen, vor allem der anderen Sozialpartner, hier weitere Regelungen zu treffen, kaum erkennbar ist. Die Bemühung der Bauernschaft der übrigen Gruppen, vor allem der anderen Sozialpartner, hier weitere Regelungen zu treffen, kaum erkennbar ist.

gens die Holländer praktizieren. Sie haben ganz beachtliche Abgaben, beispielsweise eine Gülleabgabe, die eingehoben wird, die aber diese Betriebe auch aushalten und bezahlen. Im Bereich der Milchmarktordnung wird sehr sehr viel zu diskutieren sein, weniger auf der Ebene der Erzeuger, dort ist der Spielraum ziemlich eingeengt. Wir werden diskutieren, wie weit das Richtmengensystem wieder etwas beweglicher gestaltet werden kann. Zur Diskussion steht eine möglichst freie Handelbarkeit unter bestimmten Rahmenbedingungen, sei es eine maximale Obergrenze von 60.000 kg, eine maximale Zukaufsmenge pro Jahr, ein gewisser Flächenbezug, allenfalls ein fiktiver Einheitswert, der als Voraussetzung gegeben sein muß, um als Käufer auftreten zu können, und im übrigen sollte sich das Ganze eher im freien Bereich von Angebot und Nachfrage abspielen, allenfalls eingegrenzt nach Bundesländern und angrenzenden Bezirken. Da ist mir schon klar, wie groß die Nachteile dieser Regelungen sind. Mir ist genauso klar, wie groß die Nachteile sind, wenn der Milchwirtschaftsfonds die Richtmengen aufkauft und dann nach irgendeinem System verteilt. Die Nachteile wären nicht viel kleiner, wenn das der Landesrat machen müßte oder der Kammerpräsident oder sonst irgendjemand. Das Grundproblem ist in Wahrheit, daß 50 oder 100 mal mehr Richtmengen gewünscht werden, als auf der anderen Seite zur Verfügung stehen. Daher geht es gar nicht darum, im Detail viel herumzustreuen, das können wir innerhalb der Bauernschaft mit aller Intensität tun, doch wir werden zu keinem befriedigendem Ergebnis kommen. Wir werden die Regelung für den freiwilligen Anlieferungsverzicht weiterführen, im wesentlichen nach den Bedingungen, wie sie heuer gelten, mit einigen kleinen Ergänzungen, und ich möchte bei der Gelegenheit sagen, daß ich mich schon darüber

freue, daß sich nach vieler Skepsis am Anfang und auch einigen Quertreibern — nicht alle haben sich ja von vornherein gefreut, daß wir mit unserer Agrarpolitik auch Erfolge landen — die Sache nach dem ersten Anlauf gut eingeführt hat. Vor allem deshalb, weil es ja nicht nur darum geht, um 100.000 oder 150.000 Tonnen Milch weniger anzuliefern, sondern es ist ein Qualitätssprung im Denken innerhalb der Bauernschaft erzielt worden: erstmals ist nicht Mehrproduktion und Mehranlieferung das Ziel, sondern ist es gescheiter, weniger anzuliefern und dafür letztlich unter dem Strich einkommensmäßig mehr herauszubekommen. Das ist der entscheidende Grund. Wie sich dies längerfristig entwickeln wird, ist eine Frage. Wenn das Verhältnis zwischen Summe der Einzelmengen und Gesamtmenge wieder paßt, können wir vielleicht auf dieses Instrument verzichten, aber für die nächste Zeit halte ich es jedenfalls für notwendig und auch für sinnvoll. Ich sage das deshalb, weil Sie sich darauf einrichten können, daß diese Regelung auch für das nächste Wirtschaftsjahr in praktisch gleicher Form angeboten wird. Das waren die zwei entscheidenden Punkte für die Produktion. Wirklich heiß wird es diesmal in den Marktverordnungsverhandlungen für den Bereich des Vermarktungssystems, d. h. die Molkereistruktur und das System des Milchwirtschaftsfonds. Hier geht es darum, daß wir die entscheidenden Funktionen des Marktordnungsgesetzes, nämlich Importschutz, einheitlicher Erzeugerpreis, gesicherter Absatz und auch die entsprechende bundesweit gesicherte Versorgung oder das Angebot — Versorgung ist eigentlich ein überholter Begriff, er gehört noch in die Kriegswirtschaft — gewährleistet. Zugleich sollte aber etwas Wettbewerbswind in dieses Gebilde hineinkommen, und ich weiß schon, daß das gar nicht alle besonders gern hören, auch Molkereidirektoren waren in der Anfangsphase nicht immer begeistert, wenn wir das zur Diskussion gebracht haben. Manche haben gesagt: Warum denn? Man lebt ohnehin ganz gut in dem System. Das stimmt, nur steht ja viel mehr auf dem Spiel: Auf dem Spiel steht die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Molkereiwirtschaft, vor allem gegenüber den westlichen Nachbarstaaten. Wenn wir glauben, uns um eine Rationalisierung, um eine Strukturverbesserung herumdrücken zu können, dann geht es uns gleich, wie es heute der Verstaatlichten Industrie geht. Dort hat man auch Anfang der 70er Jahre geglaubt, man kann sich über alle Erkenntnisse hinwegsetzen und sagen: Die Strukturen werden einfach betoniert, doch irgendwann wird es immer schwieriger, dann den Sprung zu bewältigen. Daher, glaube ich, ist es höchste Zeit, daß eine Anpassung wieder forciert wird. Es wird darum gehen, das gesamte System etwas einfacher zu gestalten. Statt des sehr komplizierten be-



triebsindividuellen Abrechnungssystems, das Defizite und Gewinne zwischen den einzelnen Molkereien ausgleicht und nahezu alles entscheidet, soll es darum gehen, daß ein relativ einfaches System der Molkereiabrechnung, ein einfaches System von Sollsätzen für Transport- und Verarbeitungskosten angewandt wird, und daher die Eigenverantwortung des Molkereibetriebes und seiner organisatorischen Zusammenschlüsse gesteigert werden kann. Wir werden über das noch sehr viel diskutieren müssen, weil jeder darunter etwas anderes versteht, der Gewerkschaftsfunktionär etwas anderes als der der Bundeskammer. Jeder ist für mehr Markt und für mehr Wettbewerb, aber immer dann, wenn es den anderen trifft. Der von der einen Seite will, daß bei den Bauern der Preis und der Absatz freigegeben werden, und andere wollen Umgekehrtes. Daher wird es darum gehen, mit der notwendigen Ausgewogenheit und der sozialen Dimension diesen Schritt zu bewältigen. Ein Punkt ist für mich unantastbar, nämlich der, daß wir für den Bauern die Sicherheit des Absatzes und den möglichst einheitlichen Erzeugerpreis aufrecht erhalten. Ich möchte nicht haben, daß wir die Milchmarktordnung reformieren und dabei die Bauern auf der Strecke bleiben. Der Kampf der Lebensmittelgiganten untereinander darf nicht auf Kosten des schwächsten Gliedes in der Kette geführt werden. Und deshalb ist die Frage der Einzugsgebiete und der Verantwortung der Molkereibetriebe, den Erzeugerpreis sicherzustellen, ein sehr zentraler Punkt aus der Verantwortung gegenüber der Bauernschaft. Ich sage das gleich von vorneherein, ich habe das auch bei dem „Milch-Hearing“ in der vergangenen Woche gesagt, damit sich auch alle darauf einstellen können, denn es gibt für jede Gruppe gewisse sensible Punkte, die man nicht anrühren darf, und man soll daher auch wissen, daß es hier für die Landwirtschaft einen solchen gibt. Es besteht innerhalb dieser genannten Begrenzungen viel Spielraum, um unser milchwirtschaftliches System einen Schritt in Richtung der verbesserten Konkurrenzfähigkeit gegenüber Westeuropa zu bringen. Ich bin auch erfreut darüber, daß sich nach einer anfänglichen Schrecksekunde die Verantwortungsträger der Molkereiwirtschaft in einer sehr offensiven Form dieser Herausforderung stellen, wie es ganz besonders auch die sehr eindrucksvolle Tagung der Agrosserta in Leoben unterstrichen hat. Ich bin nicht nur überrascht, sondern wirklich erfreut von diesen Diskussionen weggegangen, weil sie zeigen, daß man es richtig verstanden hat, nämlich nicht mit Herumjammern, sondern mit dem Bewußtsein, wir müssen hier etwas zusammenbringen, wenn wir es nicht schaffen, dann wird uns eben die Verarbeitung der Milch von Österreich in angrenzende Staaten abfließen — um das geht es in Wahrheit.

Die schwierigste Aufgabe haben wir



diesmal, nach meiner Beurteilung nach, gar nicht im Bereich der Milch, sondern im Bereich Getreide zu bewältigen. Es geht im Bereich der Getreidemarktordnung darum, das Mißverhältnis zwischen Erzeugung und vernünftiger Verkaufsmöglichkeit rasch oder weiter abzubauen. Erste Schritte haben wir im vergangenen Jahr eingeleitet. Ich weiß schon, wie kritisch die Stimmung innerhalb der Bauernschaft war, als wir das Getreidepaket im Juni 1987 beschlossen haben. Gerade auch in der Süsteiermark hat es hier sehr heftige Reaktionen gegeben. Ich sage Euch das ganz schlicht und einfach: Es wäre meines Erachtens nicht der Verantwortung entsprechend, wenn man, nur um Konflikte zu vermeiden, eine Entwicklung weiterlaufen läßt, die offensichtlich falsch ist. Es wäre nicht im Interesse der Bauern gewesen, zu sagen, da rühren wir nichts an, aber ein Jahr später müssen wir die Verwertungsbeiträge, die Düngemittelabgabe, die Saatgutabgabe wieder um 50 % anheben. Das ist ja das eigentliche Problem, abgesehen davon, daß wir, wie Sie wissen, im Bundesbudget einen starren Rahmen haben und daß wir jede zusätzliche Million, die wir für die Exportstützung brauchen, auf der anderen Seite in der Förderung der Verbesserung in der Struktur nicht zur Verfügung haben. Es wäre eine Illusion, zu glauben, in einer Zeit, wo die Heiratsbeihilfe gestrichen wird, wo soziale Leistungen durch Gesetzesbeschlüsse reduziert werden, für die Landwirtschaft nicht nur ein stabilisiertes Budget, zu sondern ein jährlich steigendes Budget zu haben. So viel Kunst in der politischen Verhandlung wird wahrscheinlich niemand einbringen können, daß uns das gelänge. Deshalb geht es darum, daß wir die Umstellung rasch voranbringen, daß wir eben herunterkommen müssen mit der Getreideerzeugung, daß wir die sinnvollen Alternativen ausbauen und auch, zumindest als eine Zwischenlösung, einen Teil der Flächen werden stilllegen müssen, weil uns sonst die Finanzierung aus

den Fugen gerät. Ich hoffe, daß das nur eine Zwischenlösung ist und daß uns wirklich wirtschaftlich interessante Alternativen sehr bald gelingen werden. Daher wird weniger im Marktordnungsgesetz als vor allem in den privatwirtschaftlichen Regelungen ein weiterer Schritt notwendig sein, der auf der einen Seite die Finanzierungsbasis vernünftiger regelt und auf der anderen Seite für den Bauern auch eine Herausforderung bringt, sich im eigenen Betrieb gesamtwirtschaftlich richtig zu verhalten. Ich persönlich neige daher einer Regelung zu, daß wir für den Bereich der Futtergetreidefinanzierung ein System allgemeiner Flächenabgabe einführen und dem Bauern, so wie beim freiwilligen Lieferverzicht bei der Milch, die Möglichkeit anbieten: Du kannst, wenn du dich stärker an den Produktionsalternativen und an den Ökologiefächen beteiligst, dir einen Teil dieser Abgabe ersparen. Du mußt das nicht, aber dann ist auch dein Beitrag, den du finanziell zu bezahlen hast, ein größerer. Ich glaube, daß das ein Weg sein könnte, der uns sowohl politisch wie auch von der Durchführung her das ganze bewältigbar macht, denn soviel Sympathie ich auch für Regelungen einer Art Zwangsfruchtfolge haben könnte — aus anderen Zusammenhängen, vor allem aus ökologischen — so sehr habe ich meine Zweifel, daß wir in der Lage sind, für jeden der Getreidebauern praktisch einen detaillierten Anbauplan sicherzustellen und dann auch zu gewährleisten, daß das auch eingehalten wird, den dann brauchen wir wirklich schon bald hinter jedem Bauern einen Gendarmen, und das ist wirklich das andere Extrem von Ordnung, das wir weder vom Gesellschaftsverständnis noch von der Durchführbarkeit her haben können. Noch wichtiger als diese Regelung ist allerdings, daß uns der Schritt in wirtschaftlich vernünftige Alternativen weiter gelingt. Wir haben heuer 100.000 ha Alternativfläche, und das innerhalb von zwei Jahren aus dem Boden zu stampfen, ist eine riesige Lei-



stung, vor allem der Bauern, die das ja in die Praxis umsetzen müssen. Nur, wir werden sehr rasch weitere 100.000, 200.000 ha brauchen, die kostenmäßig wesentlich günstiger sein müssen, als das, was wir derzeit haben. Daher ist die Frage Dieselöl aus Raps, des Sojabohnenanbaues in Österreich und des Projektes „Austroprot“, also der Produktion hochwertiger Eiweißstoffe und von hochwertigen Substanzen für die chemische Industrie und für die Energiewirtschaft von großer Bedeutung. Nur weiß ich auch, wieviel Inaktivität und wieviel subtile Widerstände uns in diesen Projekten entgegenstehen. Die Inaktivität der Verwaltung, die jeder Neuerung skeptisch gegenübersteht, weil es möglicherweise mehr Arbeit mit sich bringt, das ist weiters der subtile Widerstand jener wirtschaftlichen Gruppen, die um ihr Monopol fürchten. Trotzdem ist das ein zentraler Punkt. Wenn wir von den Sozialpartnern und den Verantwortungsträgern in der Regierung verlangen, daß eine Alternativlösung gegen das Problem der steigenden Futtermittelimporte geschaffen wird, hängt das sehr eng mit diesem weiteren Einstieg in vernünftige Alternativen zusammen. Ich habe daher immer erklärt, diese Frage muß parallel mit den Marktordnungsverhandlungen 1988 konstruktiv gelöst werden. Von dieser Zielsetzung dürfen wir uns nicht abdrängen lassen. Damit sind die wesentlichen Aufgabenbereiche, aber wohl auch Konfliktzonen angerissen, die uns im Ringen um das ausgeglichene Verhältnis zwischen Freiheit und Ordnung gegenübersteht. Vielleicht ein Wort zur Frage Europäische Gemeinschaft, weil es ja bereits viele Leute gibt, die sagen: Warum machen wir überhaupt noch ein Marktordnungsgesetz, wir kommen ohnedies zur EG. Warum haben wir Bestandsgrenzen, in der EG gibt es das nicht? Bitte, liebe Freunde, am Boden bleiben, denn der Weg in Richtung EG ist mühsam, ist langwierig, und wir werden sicher nicht im nächsten Jahr bereits sagen, wir sind

bald Mitglied der EG. Diese Bundesregierung hat, bei allen Problemen, die sie hat, eines sicher u.a. herbeigeführt, nämlich eine wirkliche Qualitätsänderung in der österreichischen Außenpolitik. Bitte rufen Sie sich in Erinnerung, was sich zwischen 1972 und 1986 in der Aktivität Österreichs gegenüber Westeuropa getan hat, nämlich nahezu nichts. Es war weder ein Bundeskanzler, noch ein Außenminister, noch ein Handelsminister irgendwann einmal in Brüssel, außer ein- oder zweimal zu einem Höflichkeitsbesuch. Die Aktivitäten haben sich in anderen Regionen abgespielt, im näheren und fernen Osten und in anderen Weltgegenden. Das war ein echtes Versäumnis für Österreich, denn wir haben uns auseinanderentwickelt, oder wir sind abgehängt worden in vielen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technologie. Darum war es eine entscheidende Frage, daß sich in der Regierungserklärung die Zielsetzung findet, Österreich im Bereich der Wirtschaft, der Technologie, der Wissenschaft, der gesamten Entwicklung möglichst rasch und intensiv an Westeuropa heranzuführen. Es geht ja nicht nur darum, ob wir ein paar Produkte leicht oder weniger leicht verkaufen können, sondern es geht darum, daß wir vom Entwicklungsstand unserer Wissenschaft, Wirtschaft und Technik sowie unserer inneren Ordnungsgefüge nicht immer weiter vom EG-Standard abgedrängt werden dürfen, um irgendwann einmal zu einem isolierten Kleinstaat in Mitteleuropa zu werden. Das ist die eigentliche Aufgabe. Für die Landwirtschaft, sage ich ganz offen, stehen wir der Frage einer Einbeziehung in die EG einigermaßen reserviert gegenüber. Wir wissen auf der einen Seite — und wir werden versuchen, das möglichst klar herauszuarbeiten — um unsere Chancen und auch Nachteile, wenn wir als Drittländ draußen bleiben, aber wir wissen auch, daß wir mit der derzeitigen EG-Agrarpolitik sicher keine Freude haben. Wobei es ganz gut ist, wenn wir et-

was Zeit haben, denn wir sollen durchaus abwarten, wie sich letztlich die Entscheidungen, die derzeit in der EG diskutiert werden, endgültig auswirken werden. Dann müssen wir überlegen, unter welchen Bedingungen und unter welchen Vorkehrungen, auch innerösterreichischen Vorkehrungen, wir diese Integration auch für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft bewerkstelligen können. Daher brauchen wir die Bewältigung unserer eigenen Probleme, daher brauchen wir eine sinnvolle Reform unserer Wirtschaftsgesetze, weil wir nicht auf die EG warten können, sondern im Gegenteil, weil wir einen richtigen Schritt setzen müssen, um — ob drinnen oder draußen — unsere Position gegenüber der EG verbessern zu können.

Ich möchte mir zum Abschluß erlauben, einmal als Politiker eine Anleihe bei einem Journalisten zu machen. Mir ist ein Artikel unseres Freundes Fred Strohmaier untergekommen, in dem er sich mit diesem Problem der Freiheit auseinandersetzt und fragt, ob wir einen neuen Kuddlich brauchen. Ich glaube, daß Kuddlich sich heute sogar schwerer tun würde, einfach deshalb, weil die Mechanismen viel komplizierter und vielschichtiger geworden sind und es mit einem Akt einer Erklärung nicht getan ist, sondern sehr vieles vom Denken und vom wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Kräftespiel berücksichtigt werden muß. Ich glaube, daß es eine sehr vernünftige Darstellung ist, wenn Strohmaier sagt: Es geht nicht nur darum, uns auseinanderzusetzen, wie innerhalb der politischen Gestaltung diese Frage „Ordnung und Freiheit“ behandelt wird, sondern es geht auch darum, nachzudenken, welche Chancen zur Freiheit wir in der Bauernschaft selbst haben. Er nennt hier Befreiung durch Bildung: Ich glaube, daß wir hier erfreulicherweise viel Positives vorzuweisen haben, aber auch die neue Herausforderung sehen sollten. Befreiung durch Selbsthilfe: Die Selbsthilfe beginnt einmal in der eigenen Familie, auf dem eigenen Hof, das, was man dort falsch macht, kann einem letztlich niemand — aus der Politik oder sonstwo — abnehmen, aber sie hat vor allem die Vielfalt der bäuerlichen Gemeinschaft, der ländlichen und dörflichen Gemeinschaften, zum Ziel. Befreiung durch gerechten Lohn: ein sehr wichtiges Wort. Es geht eigentlich darum, innerhalb der Gesellschaft die Leistung der einzelnen Berufsgruppen gerecht zu beurteilen, und hier haben die Bauern sicher keinen sehr leichten Stand, bei uns nicht und anderswo nicht. Sie haben ihn eigentlich in der Geschichte kaum einmal gehabt, wenn ich mich recht erinnere, wenn man das einigermaßen intensiv verfolgt. Aber bitte, seien wir auch ehrlich genug, daß wir nicht nur die Probleme des gerechten Lohnes im eigenen Bereich sehen, sondern daß wir auch die Probleme der übrigen Berufsschichten kennen. Die Probleme der Arbeitslosen, der jungen Men-

schen, von Gewerbetreibenden und Unselbständigen. Das ist zur Gerechtigkeit in der Beurteilung sehr notwendig, und Strohmeier meint dann letztlich Befreiung durch Genügsamkeit. Ich zitiere das lieber, als daß ich es selber ausspreche, denn als Agrarpolitiker bekommt man dann allzuleicht den Vorwurf: Ihr redet's deshalb von Genügsamkeit, weil ihr zu wenig für uns zusammenbringt's. Nur, es ist in Wahrheit ein ganz tiefer menschlicher Kern drinnen, und Ihr wißt es alle selbst, daß Glück und menschliche Erfüllung nicht mit dem Kontostand und mit Besitzum in der Höhe der monatlichen Einkommen zusammenhängen, und daher ist die Frage des eigenen Wertmaßstabes und in dem Sinne der Genügsamkeit etwas ganz zentrales. Damit sind wir eigentlich beim Wesentlichsten, nämlich bei der Frage, wie es in unserer gesamten Gesellschaft überhaupt weitergeht, d.h., die Frage ist: Wo liegt das richtige Denken und Beurteilen? Ich glaube ja, daß die Wurzel vieler Probleme, die wir heute haben, des Unfriedens, der Zerstörung der Umwelt, der sozialen Ungerechtigkeiten, letztlich in den Denkfehlern der abendländischen Gesellschaft gesucht werden müssen, in den Denkfehlern, die aus der Aufklärung heraus über den Rationalismus und verschiedene andere Prägungen der Philosophie und der Gesellschaftstheorie zu unserem heutigen System der Konsum- und Industriegesellschaft geführt haben. Ganz schlicht ausgedrückt: Es ist der Egoismus, es ist die Einengung der Betrachtungsweise auf

das rein Materielle, und es ist letztlich die Kurzsichtigkeit und die Einseitigkeit der Betrachtungsweise. Wenn Sie — seien es die Fragen des unsinnigen Wetttrüsters, der Zerstörung der Regenwälder, der Zerstörung unserer Meere durch Atomabfall und anderen Mist, den wir dort abladen, der Zerstörung unserer Böden, unserer Wälder — wenn Sie sich alles das anschauen, werden Sie erkennen: es geht zurück auf den Egoismus, auf die Überbetonung des Materiellen, auf die Kurzsichtigkeit und Einseitigkeit der Betrachtungsweise. Daher ist die zentrale Herausforderung, daß es wieder gelingen muß, zu einem ganzheitlichen Denken zu kommen, und damit auch zu einer gesamthaften Beurteilung für die einzelnen Entscheidungen. Eigentlich — das ist meine persönliche Überzeugung — steht es für die Menschheit auf dem Spiel, entweder sich mit Hilfe der Technik und der Chemie im wahren Sinn des Wortes die Lebensgrundlage zu zerstören, oder die Chance wahrzunehmen, die uns durch den höchsten Wissensstand, den es je gegeben hat, die schnellste Informationsvermittlung, die wir je hatten, mit Computern und elektronischer Datenverarbeitung wieder zur gesamthaften Beurteilung von Entwicklungen und damit auch zu einer gesamthaften Basis für Entscheidungen zu kommen. Das gilt im kleinen Bereich und das gilt weltweit. Ich sehe darin auch eine Herausforderung und eine Chance für die Bauern, denn die Bauern haben eigentlich das, was die Gesellschaft von morgen braucht: Sie haben die

vielfache Verflochtenheit zwischen Beruf und Familie und den Gemeinschaften auf kleinerer und größerer Ebene. Sie leben eigentlich immer wieder mit der Herausforderung, die Verantwortung über den Tag hinaus wahrzunehmen, wenn sie sich als Bauer ernst nehmen und nicht nur als Bewirtschafter.

Wenn Sie Verantwortung für die nächste Generation, Verantwortung für die Lebensgrundlagen ausfüllen, dann müssen Sie eigentlich auch erkennen, daß der Kompaß für das eigene Leben stimmen muß, nämlich zwischen der Tüchtigkeit und der Selbstbescheidung, oder wenn man das Referat des Bischofs in Erinnerung ruft, daß es letztlich um das Bewußtsein geht, daß die Verantwortung des Menschen über diese Welt hinausreicht. Das sind eigentlich genau die Dinge, um die es insgesamt geht, und darum glaube ich, daß wir mit viel mehr Selbstbewußtsein die Leistungen und die Werte der Bauenschaft nicht nur uns selbst in Erinnerung rufen, sondern auch in die gesellschaftliche Diskussion einbringen müssen. Lassen wir uns nicht blenden von der banalen Logik der flachen und vordergründigen Begründungen und Entscheidungen, sondern gehen wir sehr selbstbewußt den Weg auf das Wesentliche. Ich glaube, daß wir damit nicht nur in der eigenen Problembewältigung, sondern unserem Staat, unserer Gesellschaft, und damit der menschlichen Gemeinschaft sehr viel Positives einbringen.



BAUERNFREIHEIT — DICHTERFREIHEIT NARRENFREIHEIT

Oder „Wie kommt die Kuh ins Hohe Haus?“

Zunächst der sicher unzulängliche Versuch, die Begriffe im klassischen Sinne zu erklären:

BAUERNFREIHEIT gestattet es, eigenen Grund und Boden nach eigener Entscheidung so zu nutzen, daß er für Generationen Lebensgrundlage bleibt.

DICHTERFREIHEIT gestattet es, Sprache und Wirklichkeiten umzugestalten, um sie so zu überhöhen.

NARRENFREIHEIT gestattet offene Kritik an mißliebigen Zuständen.

Nun haben zwar die Bauern, Dichter und Narren das Wort **FREIHEIT** gemeinsam, doch wie sollte es gelingen, sie auch in die Tat zusammenzuführen? — Die Lösung des Problems ist einfach: Man setzt sie alle in Beziehung zu einem Thema, das in diesem Falle beispielsweise lautet:

„Wie kommt die Kuh ins Hohe Haus?“ Was die Bauernfreiheit angeht, so läßt sich dazu sehr unmittelbar und ohne gleichnishafte Bilder folgender nicht ungewöhnliche Fall erzählen: Ein Bauer hatte sich, seine allgemein gepriesene Freiheit nutzend, dazu entschlossen, eine zusätzliche Kuh in den Stall zu stellen. Er hatte aber nicht bedacht, daß ihm dabei nur jene Freiheit zugestanden wäre, mit der sich andere einen Kanarienvogel, einen Goldhamster oder einen Pudel ins Haus nehmen — zu seiner Entschuldigung sei's gesagt, daß die Kuh zu den Haustieren gezählt wird und somit also eigentlich gar kein Stalltier ist. Aber die süße Milch, welche diese zusätzliche Kuh zum besten gab, stellte zwar einen betriebswirtschaftlichen Ertrag dar, er-

wies sich volkswirtschaftlich jedoch als saure Ware, deren Inverkehrsetzung gesetzlich untersagt wurde. Der Bauer vermochte das nicht zu begreifen und brachte daher sein Haustier, das er sich in den Stall genommen hatte, ins Hohe Haus, wo es nunmehr als Hohes-Haus-Tier sogleich Gegenstand der hohen Politik wurde. Der Präsident unterbrach sogleich die eben stattfindende Sitzung, rief aufgeregt die Fraktionsobmänner zusammen, welche sich darauf einigten, das Problem dem zuständigen Ausschuß zuzuweisen, der nach eingehenden Beratungen schließlich zum Ergebnis kam, einen Untersuchungsausschuß zu beantragen, welcher vom Hohen Haus schließlich auch mit einstimmigen Beschluß eingesetzt wurde. Die Kernfrage ihrer unabschätz-



bar komplizierten Aufgabe, für die jegliche Erfahrungswerte fehlten: Wie kam die Kuh ins Hohe Haus?

In einem zufällig in den Zuschauerrängen des Hohen Hauses sitzenden Dichter entfachte der Anblick einer Kuh augenblicklich die Phantasie, welche in einer grenzenlosen Freiheit dem unschuldigen Rindvieh zur Unsterblichkeit verhalf. Er zückte sein zerknittertes Notizbüchlein, das er stets bei sich trug, und begann zu schreiben: „Die dumpe, stehende, mit schalen Worten vollgepreßte Luft strömt auf in unerquicklicher Frische und wird verweht vom kraftvollen Ruch des warmen Kuhmistes. Die unendliche Weite der Natur quillt auf von einem Punkt, strömt in den engen Raum, wo alles nieder ist, bringt ihn zum Bersten. Und dieses Gemue! Ein unversehrter Laut, der die schlaff gewordene Seele zum Hochen bringt nach all dem geschwätzten, geflunkerten, gefloskelten Gerede! Ein Urlaut, der die Schöpfung innerlich veraugenblicklicht — die Schöpfung in ihrer Reinheit, als sie von den Folgen dieses Geredes noch unberührt war. Oh, verweile, du Gemue! Verweile, du kraftvoller Ruch des warmen Kuhmistes!“ — Unser Dichter genoß sein inneres Schnecken, Schauen und Fühlen, und er war dankbar für die ungestörte, grenzenlose Freiheit eines Dichters, im sicheren Wissen darum, daß keiner von den Anwesenden jemals seine Zeilen lesen werde, wiewohl sie alle ihn als großen poetischen Geist priesen. Sein Genuß, der auch später im Anblick einer imaginären Kuh nicht schal wurde, erlitt allerdings durch den vulgären Zuruf eines Dieners des Hohen Hauses einen jähen Abbruch: „Gemma, die Sitzung ist aus!“

Doch kehren wir zurück in jene bewegenden Augenblicke, als sich die Kuh noch im Hohen Haus befand und der Bauer sein Anliegen soeben vorgetragen, der Präsident die Sitzung aber noch nicht unterbrochen hatte. In der kurzen Stille einer seltenen Ratlosigkeit eilte der Narr ans Rednerpult, und zwar in einer Schnelligkeit, daß sich niemand erklären konnte, von woher er eigentlich gekommen war. Der Präsident fragte ihn geschäftsordnungsgemäß, ob er sich überhaupt zu Wort gemeldet habe. Der Narr jedoch stellte sich als solcher vor und berief sich auf seine Freiheit. Der Präsident vermochte sich allerdings nicht zu entsinnen, unter den Abgeordneten einen Narren zu kennen, und wollte daher das Wort nicht erteilen. Er mußte sich jedoch der lautstarken Forderung der Opposition beugen; gerade im Hohen Haus müsse die Freiheit über alles gehen, hieß es. Der Narr versicherte zunächst, am liebsten möchte er der Kuh das Pult überlassen, aber er erahnte eine Übereinstimmung mit dem Präsidenten darin, daß man lieber einem Narren als einem Rindvieh Gehör schenken wolle. Daß sich die zuvor halbleeren Bänke rasch füllten, schien seine Ahnung zu bestätigen. Zunächst überschüttete er alle Mitglieder

des Hohen Hauses mit einer wild schäumenden Flut von Schimpfwörtern, wobei er allerdings die Bezeichnungen Ochs, Kuh und Rindvieh sorgsam vermied, zumal er ja im Namen des vierbeinigen Gastes sprach. Die Zuhörer nahmen dies gelassen, heiter, ja sogar begierlich hin. Denn man empfand den Schimpf wie eine befreiende, weil verdiente Züchtigung, da er aber von einem Narren stammte, traf er doch nicht in die Herzmitte. „Wollt ihr denn nicht wissen, warum ich euch beschimpfe?“, fragte der Narr schließlich voll Staunen und in einem Anflug von gekränkt sein. Obgleich niemand nickte, setzte er erklärend fort. Jenseits der Milchseen und Käse- und Butterberge sähe er ein karges Land ohne Kühe. „Dieses Land heißt Zukunft“, fuhr der Narr wörtlich fort. „Und ihr habt Beifall geklatscht, als man die Kühe

nacheinander aus den Ställen und zu den Schlächtern getrieben hat!“ Hier unterbrach der Präsident mit heftigem Glockenzeichen. Es sei eine Ungeheuerlichkeit, erklärte er voll Zorn, daß sich ein Narr anmaße, im Hohen Haus über die Zukunft zu reden — das sei ein Unterfangen, wozu sich selbst seine gelehrtesten Mitglieder nur sehr zaudernd entschlossen. Da der Narr nicht davon ablassen wollte, grausige Bilder seiner visionären Schau zu vermitteln, wurde er von der Staatspolizei entfernt. Eine gleichfalls visionäre Nachbetrachtung: Weder dem Bauern, noch dem Dichter, noch dem Narren und schon gar nicht dem Rindvieh wird man im Hohen Haus ein Denkmal setzen, nicht einmal in den Protokollen werden sie aufscheinen, denn für alle Zeit soll die Frage vereitelt werden: Warum kam die Kuh ins Hohe Haus?



55



EUROPA HEISST AUCH OSTEUROPA

„Der Dialog mit DRÜBEN“

Am 28. Juli 1986 erschien in Österreichs Zeitungen folgende Meldung: „Der Chefredakteur des polnischen Fernsehens wurde ohne Angabe von Gründen abgelöst.“ Dieselbe Nachricht hätte auch im (nichtkommunistischen) Österreich erscheinen können, d.h. etwa so: „Generalintendant Gerd Bacher wurde ohne Angabe von Gründen abgelöst. Ebenso unbegründet folgte ihm der ehemalige Sportredakteur Thaddäus Podgorsky nach.“

Eine seiner ersten offiziellen Stellungnahmen übermittelte der neue Generalintendant just der kommunistischen „Volksstimme“, indem er die Demontage der Ostredaktion im ORF ankündigte. Wenn diese Ankündigung aufgrund allgemeiner Proteste auch öffentlich „zurückgenommen“ wurde, so sind die Ostredaktion und ihre derzeit im ORF sicht- und hörbaren Ergebnisse doch nur mehr ein Schatten von einst. An ihre Stelle treten die vielen neuen bunten Fortsetzungsfilmchen, mit denen der steuer- und pensionskarnifelte Österreicher von den „Machthabern“ allerart

liebevoll vom Denken abgelenkt werden soll. — Unsere Freunde und Nachbarn im Osten sollten unter solchen Mißständen jedoch nicht auch noch leiden. Gehört es doch zu den vornehmsten und wichtigsten Aufgaben Österreichs, allen nur denkbar möglichen Gesprächen und Kontakten zwischen „HÜBEN“ und „DRÜBEN“ eine ständige Chance und Grundlage zu geben.

Die mit der Kultur Mitteleuropas verbundenen Menschen sollten nicht aufhören, über alle Grenzen hinweg miteinander zu reden, zu leben und zu berichten. Die bloße Ankündigung von Arbeitskreisen über Ostpolitik allein ist zuwenig, angesichts der großen Probleme. Freilich ist das langfristige Engagement für ein dichteres Miteinander zwischen Österreich und den Völkern von „DRÜBEN“ mühsam und oft nicht ohne Risiko — soferne man nicht auf Staatskosten reist, fein abgeschirmt vom normalen Bürger in den Reichen des Sozialismus.

So aber bedarf es des Mutes, der langfristigen Zähigkeit und einer nicht versiegenden Phantasie, um Zeugnis abzulegen und zu berichten: nicht nur über dramatische, spektakuläre Ereignisse, vielmehr auch über Kultur und Alltag unserer Nachbarn, das Gemeinsame in oft schwerer Zeit zu betonen.

Verbundenheit zwischen den Menschen verschiedener Völker sollte man nicht

weglegen. Sonst findet man sie nicht mehr.

Die Kathedrale von Eger — Kunst und Kirche in Ungarn

Böhmen hat sein Eger, Ungarn auch. Doch den Älteren ist vielleicht nur der Name Erlau vertraut geblieben. Den Jungen werden beide Bezeichnungen wenig sagen. Doch gerade um auf die ganz alten Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn im großräumigen Mitteleuropa zu verweisen, auch darum wurden diese Zeilen geschrieben.

Im Norden Ungarns — nahe der slowakischen Grenze — umgreifen die weinbestandenen Hänge des Matragebirges die alte Stadt Eger.

Der Widerstand seiner Bewohner brach hier einmal die Eroberungsversuche eines türkischen Heeres. Zweitausend verzweiflungsmutige Ungarn standen gegen hunderttausend Krummsäbel, damals, in den langen Herbstmonaten des Jahres 1522.

Der große Erzähler Géza Gárdonyi hat in dem ungarischen Nationalepos „Sterne von Eger“ dieses europäische Ereignis durch die Kunst seines Wortes aus der Geschichte herausgehoben und in die Zeitlosigkeit gestellt.

Die steinernen Reste der Burganlage von Eger zeichnen noch heute die Spuren in das umgebende Grün der Landschaft.

Es sind die von fleißigen Archäologen exhumierten Erinnerungen an eine graue Vergangenheit. Gleichsam als historischer und räumlicher Kontrapunkt dazu findet sich — ein wenig abgerückt vom heutigen Zentrum der Stadt — das ungewöhnlich elegante Minarett, aus zartrosa Stein geformt und an die 40 Meter hoch und schlank. Es ist heute das nördlichste erhaltene Minarett Europas. Die engen Straßen von Eger zeigen sich in einem frohen Barock und hoch überragt noch immer die seltsame Baugestalt der alten Universitätssternwarte jenen Teil der Stadt.

Die kostbare Vielfalt des auf den umgebenden Südhängen reifenden Weines wird in ebenso weitläufigen wie tiefen Kellern geborgen, welche quer durch Zeit und Fels in das Matragebirge hineingegraben worden sind. Das gesamte Kellersystem mißt 30 km. Alter und Größe

dieser heimlichen unterirdischen Stadt entziehen sich bis heute jeder exakten Forschung: Der Inhalt der gewaltigen Fässer war bisher noch für alle neugierigen Wissenschaftler ein ebenso köstliches wie hinterlistiges Hindernis.

Die Güte des Weines von Eger findet in der Originalität seiner Namen manche Entsprechung: Egri Bikavér, das Erlauer Stierblut, heißt es hier, oder Egri Leányka, das Erlauer Mägdlein: Kaum verhüllte Lockrufe für den sinnfrohen Menschen und seine Lust am Durst. Auch dies sind wohl ganz alte Zeichen von Eger.

Neben der Festung und dem Minarett ist die von 1838 bis 1847 erbaute Kathedrale das bedeutendste Bauwerk der Stadt. Sie zählt zu den wichtigsten Beispielen der ungarischen klassizistischen Architektur. Mit der Errichtung dieser zweitgrößten Kirche Ungarns nahm auch die Reihe von klassizistischen Sakralbauten des später zu europäischem Ruf gelangten Architekten József Hild ihren Anfang.

König Stephan der I. hatte noch vor 1007 in Eger ein Bistum gegründet. Rudolf der II. erklärte die ehemals gotische, später von den Türken schwer beschädigte Kirche im Jahre 1580 zur Kathedrale. Der mächtige Baukörper der heutigen Kirche wird so verständlich, wenngleich er die kleinteilige Harmonie des barocken Stadtbildes ein wenig zu beeinträchtigen vermag. Diese Altstadt übrigens, sie beeindruckt auch durch eine unkonventionelle Art der Revitalisierung mit mancher kühnen Synthese von alt und neu. Diesem auch in Graz immer wieder angestrebten Weg wird allerdings hierzulande manchmal noch immer das „Gesunde Volksempfinden“ als Hindernis entgegen gestellt.

Der kunstsinnige Bauherr der Kathedrale und damit der eigentliche „Entdecker“ József Hilds war Erzbischof János László Pyrker. 1772 geboren, trat er nach Absolvierung der Akademie von Pecs (Fünfkirchen) dem Zisterzienserorden bei. Nach kurzer Zeit wurde er Prior und kam später als Abt des Klosters von Lilienfeld nach Österreich. 1818 ernannte man ihn zum Zipser Bischof, 1820 zum Patriarchen von Venedig und im darauffolgenden Jahr zum Primas von Dalmatien. Von hier gelangte er 1827 an die Spitze des Erzbistums von Eger. Welch ein Bildungsbewußtsein muß dieser „Karriere“ vorausgegangen sein bzw. wird diese stets begleitet haben! Wie großzügig konnten sich Talent, Sprach-

kunst und Seelsorge je am rechten Ort in einem Raum ohne politische Eingrenzung entfalten.

Der letzte Erzbischof von Eger hieß Dr. László Kádár. Vom gleichnamigen ungarischen Ministerpräsidenten unterscheidet ihn nicht nur sein Stand, auch ein weiteres „Akzentstricherl“ über dem ersten „á“ seines Namens ist zu bemerken. Seine Kathedrale beherbergt noch „stille Messen“, ohne peinlich bemühtes Händeschütteln. Den liturgiebewußten Westkatholiken berührt es ein wenig wie „Erinnerungen an die Zukunft“.

Die erzbischöfliche Kathedrale birgt eine musikalische Kostbarkeit: Die berühmte Orgel. Schon Zoltan Kodaly bemerkte, daß dieses von 1823 bis 1864 erbaute Instrument „eine der schönsten tönenden Orgeln Europas“ ist. Ein überraschend angekündigtes Nachmittagskonzert gibt Gelegenheit zu hören und zu prüfen. Aus

einem schlampigen Mithören wird schnell ein konzentriertes Zuhören:

Kraftvoll und differenziert schenkt das Instrument seine Fülle dem alten Johann Sebastian Bach, schlank und edel klingt es bei einem seltenen Robert Schumann. Zum Ende hört man neue Musik, effektiv und bunt. Die flirrenden chromatischen Läufer dieses letzten Stückes rieseln die klassizistischen Säulen gleichsam wie Glasperlen herunter. Eine Frage bleibt im Unterbewußtsein stecken, unbeantwortet: War das ein später Cesar Frank oder Olivier Messiaen, der im Steirischen Herbst verblüffend spät entdeckte?

Am Abend erfährt man dann die großzügige Gastfreundschaft des Erzbischofs von Eger im kleinsten Kreis. S. Exzellenz ist ein lebenswürdiger Gastgeber von geradezu rätselhaften Bildungsdimensionen. So wird auch das kleine Mu-

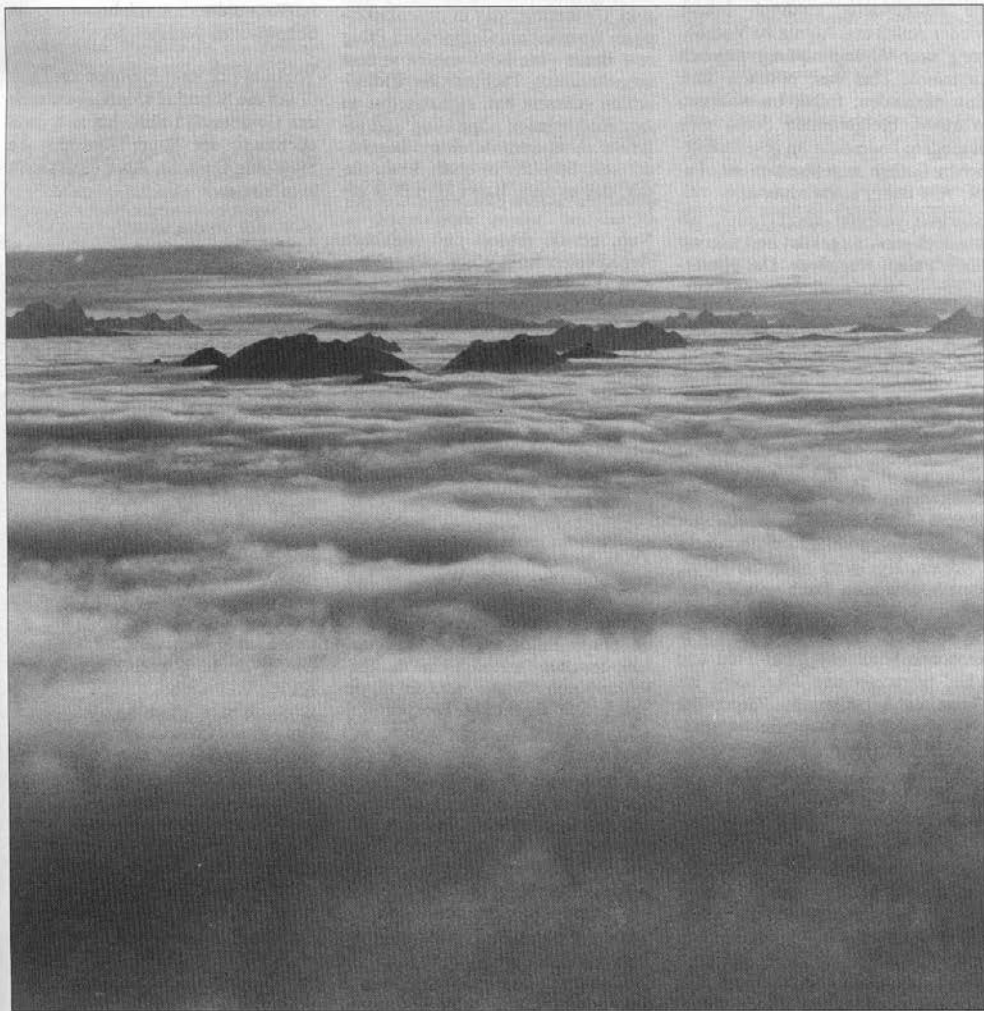
sikrätzel schnell gelöst, noch bevor der Barack gereicht wird: Der Komponist hieß Messiaen.

Beim Mokka erzählt der Erzbischof von seinem großen Vorgänger: Janos László Pyrker, der Erbauer der Kathedrale, starb 1847 in Wien. Seinem letzten Wunsche entsprechend brachte man sein Herz in die Erzbischöfliche Residenz Eger, während die sterbliche Hülle in der Kirche der Zisterzienserabtei im niederösterreichischen Lilienfeld beigesetzt wurde.

„Für unsere beiden Länder scheint darin ein aktueller Symbolgehalt zu liegen“, bemerkt S. Exzellenz, während sie uns leise verabschiedet.

Vor wenigen Monaten ist Erzbischof Dr. László Kádár gestorben.

In Österreichs Zeitungen wurde davon nicht berichtet...



safiricum



von Bernd Schmidt

Auf Bauer reimt sauer

Schon Adalbert von Chamisso, der große Balladendichter, läßt in seinem Poem „Das Riesenspielzeug“ zuletzt die Weisheit anklagen: „Der Bauer ist kein Spielzeug...“

Daß er das betonen mußte, spricht ohnehin beinahe Bände.

Doch scheint gerade der Bauernstand die Jahrhunderte hindurch immer wieder Anlaß und Ansatz zu Verhöhnung und Verunglimpfung gegeben zu haben. Und das, obschon ihm, dem nährenden, früher im wahrsten Wortsinn brotgebenden Stand eine besondere Bedeutung im gesellschaftlichen Gefüge zugekommen ist. Fazit: Auf Bauer reimt sauer...

Bäurisch bedeutet sogar heute, wo wir doch sooo aufgeklärt und tolerant (haha!) sind, Negatives. Das Hinterwäldlerische irritiert nach wie vor, das scheinbar Primitive läßt dem Städter den Urlaub auf dem Land wie den Blick in ein Reservat oder gar in die völkerkundliche Abteilung eines Museums (wenn nicht in eine Menagerie) erscheinen.

Nicht weniger verquer ist das romantizierende Bild, das mitunter vom Bauernsein entworfen wird. Da kommt dann der Bauersmann, der wackere, vor; frühtags stolziert er am Feldrain, legt wohl auch die Hand, zum schützenden Dach gewölbt, an die Stirn und über die Brauenbögen: So blickt er, das Aug' vor der Morgensonne schützend, über Feld und Flur, betrachtet den Tautropfen am Grase und hat dabei das Zirpen der Grillen und das honigfließversprechende Bienengesumme im Ohr... Ja, und DER, der von oben auf SEINE Saat sieht, ER also, ist folgerichtig nichts anderes als der Großbauer schlechthin. Amen.

Bedenkt man die diversen Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur, Dinge, die mit Mindestrentnertum, Nebenerwerbsproblematik, Butterberg, Milchüberschuß etc. nur unzureichend „umschrieben“ sind, ist man sich der persönlichen Härten einge-

denk, die bei Unglücks- und Notfällen gerade diesen Stand mit voller Wucht treffen — es nimmt nicht Wunder, daß allenthalben Verdrossenheit und Aufbegehren zu verzeichnen sind.

≈ ≈ ≈

„Der Bauer ist kein Spielzeug, da sei uns Gott davor!“ So schalt der Riese im obenzitierten Chamisso-Gedicht sein Töchterlein, das in riesenkindlichem Übermut ein Gespann mit Pflug und Bauer vom Feld weg in seinem ausgebreiteten Tüchlein ins Riesenschloß gebracht hat, sich daselbst an dem krabbelnden „Spielding“ zu erfreuen. Und auch der Riese begründet sein Schelten in erster Linie damit, daß es ohne Bauer kein Brot gäbe.

Nun, gerade diesem und ähnlichen Argumenten ist in einer Zeit schwer zum Durchbruch zu verhelfen, da alle Welt allem Anschein nach glaubt, der Strom komme aus der Steckdose und der Zinsfuß aus der Bank, das Defizit vom Vorgänger und der Untergang überhaupt nie. Denn der allerorten vorherrschende Endzeit-Optimismus (!) bringt es letztlich mit sich, daß nicht wenige glauben, das Brot käme einzig und allein vom Supermarkt.

≈ ≈ ≈

„Was hast du angerichtet? Das ist kein Spielzeug nicht! Wo du es hergenommen, da trag' es wieder hin!“, poltert der chamissoense Riese und tut etwas Edles zur Wiederherstellung der alten Ordnung. Und das Riesenkind muß nolens volens die zappelige Fracht erneut ins Tüchlein einschaulen und wieder 'nunter aufs Feld bringen.

Ich weiß nicht, ob es zulässig ist, aus dieser Rückführung den vergrößerten Schluß zu ziehen: So sei es nun; es könne sich im und mit dem Bauernstand wohl kaum etwas Grundlegendes ändern, wenn alles immer beim alten zu bleiben habe.

Aber eines steht fest, daß kaum wo anders das Beharrungsvermögen auf Traditionen einen so ausgeprägten (und wohl auch ausprägenden) Grad

erreicht hat wie im Ländlichen. Dort also, wo längst auch aus Gründen des Fremdenverkehrs und seiner verschleierte Techniken zwischen Volkstum und Volksdummlichkeit nur verschwommen abgegrenzt wird, wo sich mancher Bauer voller Bauernschläue lieber für dumm halten als für dumm verkaufen läßt, seinem Erbteil aus Jahrhunderten des Unterschätzterdens solcherart ein Schnippchen schlagend.

Wo man sich dem Fremden zur Gaudi auf die Schenkel klopf, damit sich das Gesäßtasch'l füllt, hat sich dann allerdings der Bauer zum eigenen Spielzeug gemacht. Aber — das sieht kein Riese.

≈ ≈ ≈

Vielleicht fragte damals, in den Zeiten, da Adalbert von Chamisso Gedicht sich abspielte, die Bauersfrau ihren Mann, als er — der erst auf zauberische Art hin zur Riesenburg gehoben, später wieder in die Furche gesetzt worden war — nachts neben (oder auf) ihr ruhte: „Sag, Hiasl, was ist denn heut' g'schehn?“ Und er antwortete: „Teufel 'nein auch, Sophie! Recht eigenartig ist's g'wen; wie im Traum schier, hochgehoben über meine sist so erdige Arbeit...“ Und nicht erklären konnten sie es sich. Bis sie, resolut und bestimmt bis in die kleinste Hirnwindung hinein, gemeint hat: „Wer weiß, wer da schon wieder einmal g'spielt hat mit unser-ein'm! Wer weiß...“

Das Riesenfräulein seinerseits mag zum erstenmal in sich Zweifel gespürt haben darüber, ob Größe auch gleich Macht über alles bedeute.

Einen tiefen Schluchzer tat sie, die riesige Tochter des riesigen Burgriesen. Und eine Träne rann ihr aus dem Blauauge. In ihr kam ein vor einigen Tagen aufgelesener Schneidergeselle elendig um. Doch das hat das Schicksal: Es gibt immer noch einen Schwächeren.

CHRONIK

1. Jänner 1988

Der Salzburger Erzbischof Karl Berg sagt zum Bedenkjahr 1988: „Es steht uns gut zu, der Summe von Grausamkeiten, Versäumnissen und Blindheiten als letzten Posten die Reue und die Bitte um Vergebung hinzuzufügen.“

5. Jänner 1988

„Hauptmangel in der ÖVP im letzten Jahr ist gewesen, daß man sich zu wenig mit der Regierungsarbeit und viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt hat“, erklärt ÖVP-General Kuckacka.

VOEST und VEW, die 1987 mit 17.000 Mitarbeitern begannen, hatten zu Jahresende nur noch 15.400 Leute auf der Lohnliste.

8. Jänner 1988

Bruno Kreisky übt in einem Interview scharfe Kritik an der gegenwärtigen Politik der SPÖ. Bundeskanzler Vranitzky um eine Stellungnahme gebeten, sagte nur: „Dieses Interview interessiert mich genauso wenig wie bisherige Kreisky-Interviews.“

11. Jänner 1988

Einen „Marshallplan“ der Länder der „Ersten Welt“, der das Verhungern ganzer Völker in den Entwicklungsländern verhindern soll, fordert Caritas-Präsident Prälat Ungar. FPÖ-Chef Jörg Haider betreibt Stammtischpolitik: Beim Neujahrstreffen in Graz spricht er sich unter anderem gegen die Weiterbildung von Gastarbeitern bei anhaltender Arbeitslosigkeit in Österreich aus.

14. Jänner 1988

In der Steiermark erscheint zum erstenmal die neue Wochenzeitung der Steirischen Volkspartei unter dem Titel „Die Steirische — Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur“.

15. Jänner 1988

Österreichs Oppositionsparteien befinden sich im verbalen Wettstreit: Andreas Wabl von der Grün-Alternativen-Liste bezeichnet FPÖ-Chef Haider als „Politischen Vampir, der das Blut der Gastarbeiter saugt“. Haider kontert: „Der Krypto-Kommunist Wabl nützt das in der Verfassung verankerte Recht auf Dummheit maximal aus.“

Die VOEST steht vor einer Prozeßlawine: Rund 70 Pensionisten erhielten eine Abfertigung als Ersatz für ihre Firmenpension. Sie wollen die Rücknahme der Pensionsvereinbarung einklagen.

Zentralbetriebsratsobmann Alois Rechberger bekommt seine Zusatzpension infolge einer Sondervereinbarung weiterhin.

19. Jänner 1988

Bildungsmanko in steirischen Bezirken: Die Bezirke Hartberg, Feldbach, Radkersburg, Leibnitz und Deutschlandsberg weisen den geringsten Anteil an Maturanten und Akademikern von ganz Österreich auf. Hingegen hält Graz den österreichischen Akademikernrekord.

Der Rechnungshof kritisiert die hohen Personalkosten der E-Wirtschaft, die bei der Steuergewinn bei durchschnittlich 400.000 Schilling liegen. Dadurch seien auch die Strompreise stark belastet.

20. Jänner 1988

CA-Generaldirektor Hannes Androsch wird von einem Wiener Gericht wegen falscher Zeugenaussage vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu einer Geldstrafe von 1.080.000,— Schilling verurteilt.

24. Jänner 1988

Ergebnis der Grazer Gemeinderatswahlen: SPÖ (24) und ÖVP (19) gewinnen je 1 Mandat, FPÖ (7) und Alternative (2) verlieren je 2 Mandate, die KPÖ bleibt mit einem Mandat unverändert. Die Grazer Bürgerliste zieht mit zwei Mandatären in den Gemeinderat ein. Die kommerzielle Ausnutzung der Gebärbarkeit der Frau ist rechtlich sittenwidrig. Ihr ist ein Riegel vorzuschieben, erklärt Staatssekretärin Johanna Dohnal.

An der — durch die Einigung von SP und VP über das Objektivierungsgesetz überholten — Volksabstimmung im Burgenland nahmen 19 Prozent der Stimmberechtigten teil. 91,32 Prozent lehnten das (ohnedies bereits geänderte) Gesetz ab.

26. Jänner 1988

Im Alter von 68 Jahren stirbt in einem Wiener Krankenhaus Nationalbankpräsident Dr. Stephan Koren. Sein Name ist untrennbar mit einer Währungspolitik verbunden, die sich immer an Stabilitätszielen orientiert und niemals in Inflationsziele gerettet hat, um zu überleben.

Klaus Turek feiert in der steirischen FP ein Comeback als Obmann.

Skandale feiern in der Alpenrepublik fröhliche Urständ'. Ein Auszug aus der Chronique scandaleuse: In Linz fliegt der illegale Waffendeckel der VOEST-Tochter Noricum auf. Der Ex-Geschäftsführer Peter Unterwiesing gesteht, daß er Waffengeschäfte im Ausmaß von vier Milliarden Schilling mit dem kriegsführenden Iran abgewickelt hat.

In Wien tritt der Umwelt- und Freizeitstadtrat Helmut Braun zurück. Der Grund: Unregelmäßigkeiten bei der Führung der Konten und der Auszahlung von Beträgen des Berufsförderungsinstitutes.

Ein Manager im Dunstkreis der Bundestheater wird verhaftet (Verdacht auf Unterschlagungen).

28. Jänner 1988

Seit 1945 sind in Österreich zwei Millionen Flüchtlinge aufgenommen worden. 613.000 von ihnen wurden sesshaft.

Erstmal landeten zwei Draken-Abfangjäger des Bundesheeres im Rahmen eines „Überstellungsfluges“ auf dem Flughafen Wien-Schwechat. Der Abflug verzögerte sich dann um zwei Tage — es herrscht Schlechtwetter.

1. Februar 1988

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ veröffentlicht ein Dokument, mit dem die Zeitschrift Bundespräsident Waldheim eine Mittäterschaft bei Kriegsverbrechen nachweisen will. Wie sich später herausstellt, ist auch dieses Dokument gefälscht. Der „Spiegel“ behauptet, das Schriftstück nicht mit der gebotenen Distanzierung präsentiert zu haben.

Der Aufsichtsrat der CA nimmt das Rücktrittsangebot von Hannes Androsch an. Er bekommt eine Abfindung in Form eines Jahresgehaltes und ab 1989 eine Pension von 3,9 Millionen Schilling.

9. Februar 1988

Die Waldheim-Historiker-Kommission legt ihren Bericht vor. Darin ist nicht von persönlicher Schuld, aber von Mitwisserschaft die Rede. Innerhalb der Kommission gibt es ein hartes Ringen um eine „moralische Schuld“.

12. Februar 1988

Der frühere Außenminister Karl Gruber erklärt, die Historiker-Kommission hat aus Feinden Waldheims bestanden. Der Bundespräsident wird angegriffen, weil Österreich nicht bereit war, das an Reparationen zu zahlen, was Deutschland bezahlt hat. Vranitzky entschuldigt sich bei der Historiker-Kommission, Mock bedauert die „höchst mißverständliche Äußerung“.

Statt veranschlagter 75 Milliarden gibt es 1987 nur 70 Milliarden Schilling Nettodefizit im österreichischen Budget. Die Staatsschulden haben dennoch bereits 50 Prozent des BIP erreicht.

Jugoslawien schiebt den Bau weiterer Atomkraftwerke bis zum Jahr 2000 auf.

15. Februar 1988

Rund 50.000 Europapatente werden in München (Sitz des europäischen Patentamtes) im Jahr angemeldet, aber nur 500 davon — 1 Prozent — kommen aus Österreich. Der Sowjet-Botschafter Schikin äußert Bedenken zu einem EG-Beitritt Österreichs. Bundespräsident Waldheim erklärt in einer TV-Ansprache, daß er weiterarbeiten werde. Tagelang ist er damit erstes Gesprächsthema. Bundeskanzler Vranitzky droht mit seinem Rücktritt. Doch die Wogen glätten sich.

19. Februar 1988

Die Mehrheit der Österreicher, nämlich 54 Prozent, befürwortet einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft.

Der Große Österreichische Staatspreis für 1987 wird dem Dichter Peter Handke zuerkannt. Es ist die höchste kulturelle Auszeichnung, die der Staat vergibt und mit 200.000 Schilling dotiert.

22. Februar 1988

Die siebente Enzyklika des Papstes wird veröffentlicht, in der das Oberhaupt der katholischen Kirche die vorrangige Option der Kirche für die Armen betont. Caritas-Präsident Leopold Ungar meint dazu: „Von den Einnahmen aus Kirchenbeiträgen wäre etwas mehr für die Behebung der Armut im Land aufzuwenden.“

25. Februar 1988

Für die Zukunft wäre zu überlegen, ob man die Kriegsgeneration nicht aus der Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten ausklammern sollte, meint Altbundespräsident Rudolf Kirchschläger: „Ich kann mir durchaus auch einen jungen Präsidenten vorstellen, was freilich die Frage aufwirft, welche Rolle nach Ablauf zweier Amtsperioden ein etwa 50-jähriger in der Öffentlichkeit spielt.“

27. Februar 1988

Otto Habsburg bezeichnet Gerüchte um eine mögliche Präsidentschaftskandidatur in Österreich als völlig unrealistisch. OECD-Experten bewerten den wirtschaftlichen Kurswechsel der österreichischen Koalitionsregierung in Richtung Sanierung des Budgets und Senkung der Verschuldung als richtig.



AUTOREN DIESER NUMMER

Redaktion und Gestaltung dieser Nummer:
Franz GROSSCHÄDL

Fotos:

Stefan AMSÜSS, Christian JUNGWIRTH,
A. M. BEGSTEIGER

culturpoliticum: Dr. Heimo WIDTMANN

satiricum: Bernd SCHMIDT

chronik: Reinhart HRASTNIG

Labg. ÖR Rupert BUCHBERGER
Landesobmann des Steirischen Bauernbundes,
Präsident der Landeskammer für Land- und
Forstwirtschaft in der Steiermark; Hamerling-
gasse 3, 8010 Graz

Dr. Günther BURKERT
Universitätsdozent;
Drosselweg 14, 8071 Wagnersfeld

KR Franz GADY
Unternehmer;
8403 Lebring 128

Martin GASTEIGER
Bauer;
Unterlohen 5, BRD, 8093 Rott am Inn

Reinhart HRASTNIG
Redakteur der Wochenzeitung „Die Steirische“
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

LKR August JOST
Bauer;
Unterscharza 33, 8471 Spielfeld

Dipl.-Ing. Adolf KASTNER
Direktor der landwirtschaftlichen Fachschule
Edelhof;
Edelhof 1, 3910 Zwettl

Waltraud KLASNIC
III. Landtagspräsident;
Weizerstraße 22, 8044 Graz

Dr. Erwin LINDENAU
Direktor, Abt. Marktwirtschaft,
Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft;
Hamerlinggasse 3, 8010 Graz

Dipl.-Ing. Heinrich LUNACEK
Generaldirektor der Österreichischen Raiffeisen-
Warenzentrale; Neuer Markt 2, 1015 Wien

LKR ÖR Heinrich ORSINI-ROSENBERG
Präsident der CEA (Verband der Europäischen
Landwirtschaft); Schauflegergasse 6/5, 1010 Wien

Minister a. D. Dr. Theodor PIFFL-PERČEVIČ
Nothelferweg 15, 8020 Graz

NRAbg. Dr. Alois PUNTIGAM
Direktor des Steirischen Bauernbundes;
Reitschulgasse 3, 8010 Graz

Dipl.-Ing. Josef RIEGLER
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft;
Stubenring 1, 1012 Wien

Dr. Hans SCHIFFMANN
Vizedirektor des Zentralverbandes schweizeri-
scher Milchproduzenten, Werkstraße 10,
CH-3000 Bern 6

Bernd SCHMIDT
Schriftsteller und Kulturjournalist (Steirerkrone)
Körblergasse 35-37/1, 8010 Graz

Dr. Ulrich SCHMOTZER
Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskam-
mern Österreichs; Löwelstraße 12, 1014 Wien

Fred STROHMEIER
Chefredakteur der Wochenzeitung „Neues Land“,
Literat;
Reitschulgasse 3, 8010 Graz

Karl TOTTER
Bauer;
Eichfeld 35, 8480 Mureck

Dr. h. c. Johann WEBER
Bischof der Diözese Graz-Seckau;
Bischofplatz 4, 8010 Graz

Dipl.-Ing. Helmut WEINHANDL
Direktor der landwirtschaftlichen Fachschule
Hafendorf;
8605 Kapfenberg

LKR Gerhard ZÜGNER
Bauer;
Altenmarkt 156, 8280 Fürstenfeld